

EP-P-01 Präambel: Europas Versprechen erneuern - Gemeinsam voran oder getrennt zurück? Das ist die Frage unserer Zeit

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-P Europawahlprogramm (Präambel)

1 **Liebe Wählerinnen und Wähler,**

2 **die Europawahl 2019 ist eine Richtungswahl: Fällt unser Kontinent in den Nationalismus**
3 **zurück? Kapituliert die Politik vor den Herausforderungen der Globalisierung und verschärft**
4 **so die vielen Krisen? Oder begründet sich die Europäische Union kraftvoll neu? Wir sind uns**
5 **sicher, dass nur ein handlungsfähiges Europa die großen Aufgaben lösen kann. Dafür müssen**
6 **wir Europas Versprechen erneuern.**

7 Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat, sozialer Ausgleich und Bewahrung unserer
8 Lebensgrundlagen – das ist das Versprechen Europas. Es ist ein Versprechen, für das es sich
9 zu kämpfen lohnt. Wir haben mit dem gemeinsamen Europa einen Raum geschaffen, in dem
10 Bürger*innen mitbestimmen können, Parlamente und nicht Heere entscheiden und alle Menschen
11 vor dem Recht gleich sind.

12 Doch Europa und seine Menschen sind so herausgefordert wie lange nicht mehr. Grundfesten
13 geraten ins Wanken, die internationale Ordnung bröckelt, die europäische Einigung steht in
14 Frage.

15 Zum ersten Mal will mit Großbritannien ein Land die EU verlassen. Im Gründungsland Italien
16 regieren Faschisten mit Antieuropäern. In Österreich ist der rechtsnationale Innenminister
17 dabei, die Pressefreiheit einzuschränken. In Rumänien, Polen und Ungarn höhlen die autoritär
18 agierenden Regierungen den demokratischen Rechtsstaat aus. Die transatlantische
19 Partnerschaft, die als Garant unserer Sicherheit galt, hängt am seidenen Faden, weil in den
20 USA ein Populist regiert, dem internationales Recht nichts mehr gilt und der Europa zum
21 wirtschaftlichen Feind erklärt. Und währenddessen fliehen Menschen vor Krieg, Verfolgung und
22 Hunger, erhitzt sich unser Planet rasant, werden Vielfalt und Gleichberechtigung
23 angegriffen, wächst die Ungleichheit innerhalb und zwischen den europäischen
24 Mitgliedsländern, verändern Globalisierung und Digitalisierung radikal unsere Art zu leben,
25 zu denken, zu arbeiten.

26 In dieser unübersichtlichen Lage suchen viele Menschen Halt. Ihre Unsicherheit ist den
27 Nationalisten und Europafeinden willkommen, denn Angst ist der Rohstoff ihrer Politik. Der
28 Populismus wird aber auch durch die Unfähigkeit, den Egoismus und die Ängstlichkeit der
29 europäischen Regierungen – auch der deutschen – genährt. Sie beschränken die Demokratie aufs
30 Lösen kleinteiliger Probleme und überlassen das Primat der globalisierten Wirtschaft. Diese
31 im Kern neoliberale Antwort verstärkt die Probleme.

32 Es ist die Spirale der Angst, aus der wir ausbrechen müssen. Denn nur wenn wir uns etwas
33 zutrauen, können wir gemeinsam der Politik ihre Handlungsfähigkeit zurückgeben und Europa
34 als Idee des Gemeinsamen behaupten. Wir laden Sie ein, mit Ihrer Stimme daran mitzuwirken.
35 In diesem Programm finden Sie unsere Ideen für eine ökologische, soziale und demokratische
36 europäische Antwort. Wir bitten Sie: Gehen Sie jetzt mit uns in Europa gemeinsam voran.

37 *Neue europäische Antworten*

38 Ein Land allein will ein faires Steuersystem, in dem die große Kaffeekeite genauso Steuern
39 zahlt wie der Bäcker an der Ecke? Bislang lachen die Konzerne nur darüber und verschieben
40 ihre Gewinne von Land zu Land, so lange, bis sie gar keine Steuern mehr zahlen. Ein Land
41 allein will den digitalen Kapitalismus regulieren? Bislang scheren sich die Internet-
42 Giganten nicht darum. 5, 15 oder auch 50 Millionen Nutzer*innen weniger sind ihnen egal.
43 Aber ganz Europa ist ein zu großer Faktor, auf den sie nicht verzichten können. Wir haben es
44 bei der Datenschutzgrundverordnung gesehen – sie ist quasi der weltweite Maßstab geworden,
45 weil Europa sie geschlossen beschlossen hat.

46 Wenn wir nicht wollen, dass uns das große Geld auf der Nase herumtanzt, dann müssen wir die
47 Macht der multinationalen Konzerne regulieren und den unfairen Dumpingwettbewerb eindämmen.
48 Dazu kann eine europäische Unternehmenssteuer beitragen, selbst wenn sie zunächst nur von
49 Deutschland und Frankreich vorangetrieben wird. Auch kann eine europäische Bankenunion die
50 globalen Spieler in die Schranken weisen und so Europa krisenfest machen.

51 Die drohende Heißzeit durch die Klimakrise bekommen wir nur im europäischen Zusammenspiel in
52 den Griff. Ein Kontinent hat für die Energiewende eigentlich die richtige Größe. In Europa
53 können wir eine sichere Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen statt aus Kohle, Gas und
54 Atom gewährleisten, wenn wir die spanischen Solarparks, die griechische Geothermie, die
55 dänischen Offshore-Windparks, die deutschen Onshore-Parks, und die österreichischen
56 Wasserkraftwerke miteinander verbinden. Alleine werden auch für jedes Land die Kosten sehr
57 viel höher werden.

58 Wenn wir Klimaschutz vorantreiben wollen, wenn wir neue Arbeitsplätze schaffen wollen, wenn
59 wir wollen, dass unsere Bäuerinnen und Bauern auch in Zukunft noch fruchtbare Böden haben,
60 dann brauchen wir einen radikalen Wandel in der europäischen Politik. CO₂ muss einen
61 vernünftigen Preis bekommen. Wir brauchen eine neue Landwirtschaftspolitik in Europa, eine
62 Alternative zum Prinzip „Wachse oder Weiche“. Klimaschutz, Tierwohl und Gewässerschutz
63 funktionieren nur, wenn nicht ein Land die Standards des anderen unterbietet. Die
64 Plastikflut können wir nur bekämpfen, wenn Wegwerfplastik europaweit ein Ende hat.

65 Europa muss sich in einer sich verändernden Weltordnung immer stärker selbst beweisen – als
66 außenpolitische Akteurin, für die der Mensch mit seiner Würde und Freiheit und seinen
67 unveräußerlichen Rechten im Mittelpunkt steht. Um diese Würde auch für die Menschen zu
68 wahren, die in Europa Schutz suchen, muss ein solidarisches europäisches Asylsystem
69 eingeführt werden, das für mehr Menschlichkeit und Handlungsfähigkeit sorgt.

70 Auch in der Europäischen Union selbst gibt es Mitgliedstaaten, in denen sich autoritäre
71 Strukturen immer weiter verfestigen. Die Zivilgesellschaften dort benötigen europäische
72 Unterstützung, wenn sie für Demokratie und Menschenrechte kämpfen. Dafür wollen wir die
73 Einklagbarkeit von Grundrechten auch in den europäischen Mitgliedstaaten ermöglichen. Wenn
74 korrupte und undemokratische Regierungen gegen EU-Recht verstoßen, sollten europäische
75 Gelder nicht mehr an sie, sondern direkt an die Kommunen und damit die Menschen dort gehen.

76 *Europa kann, wenn wir Bürgerinnen und Bürger das wollen*

77 Die Antwort auf die Herausforderungen Europas ist Europa. Die Europäische Union kann das
78 Vertrauen in ihre demokratischen Institutionen stärken. Sie kann die Klimakrise bekämpfen.
79 Sie kann dazu beitragen, dass die Stärke des Rechts gilt und nicht das Recht des Stärkeren.
80 Dass Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit ihr strahlendes Versprechen einlösen. Die
81 Europäische Union kann den Frieden bewahren. Sie kann. Wenn wir Bürgerinnen und Bürger das
82 wollen.

83 Darum geht es bei der Europawahl: zu entscheiden, was wir wollen. Wie wir zusammen leben
84 wollen. Und dann etwas dafür zu tun. Europa ist nicht aus Versehen und von allein

85 entstanden. Es hat die fürchterlichen Wunden des Krieges überwunden, weil es Frauen und
86 Männer gab, die Vision, Mut und Willen aufgebracht haben.

87 Es ist aber offensichtlich, wie schwer es geworden ist, dass Europa mit einer Stimme
88 spricht. Deshalb sollten die europäischen Staaten mutig sein und dort zu
89 Mehrheitsentscheidungen finden, wo diese die EU gemeinschaftlich handlungsfähiger machen.
90 Oder sie sollten in einer verstärkten Zusammenarbeit mit einigen Staaten vorangehen. Auf
91 jeden Fall müssen Deutschland und Frankreich den Schulterschluss suchen. Sie müssen mit
92 Ideen loslaufen, ohne in die historische Falle zu treten und alte Mauern wieder
93 hochzuziehen. Ein Europa, in dem dauerhaft nur ein Kern vorangeht und andere zurückbleiben,
94 wird entkernt enden. Wenn aber eine verstärkte Zusammenarbeit neue Lösungen bringt, wenn sie
95 damit beweist, dass es geht und dass es gut geht, dann können sich die Zögerlichen
96 vielleicht leichter anschließen. Und dann kann von Europa ein neues Versprechen ausgehen.

97 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten an, die notwendigen Veränderungen in der europäischen Politik
98 für mehr Nachhaltigkeit, Solidarität und Humanität anzustoßen und dafür zu sorgen, dass
99 Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewahrt bleiben. Dabei stehen wir an der Seite
100 der vielen, die in Initiativen, Bewegungen oder eigenständig vor Ort für diese Ziele
101 eintreten – und zwar überall in Europa. Als europäische Parteienfamilie, verbunden über die
102 Europäische Grüne Partei (EGP), streiten wir europaweit für unsere Idee.

103 Erwartbar werden wir nach der Europawahl einen starken nationalistischen Block im
104 Europäischen Parlament sehen, der destruktiv und antieuropäisch agieren wird. Wir wollen
105 alles tun, was in uns liegt, um für eine progressive und proeuropäische Mehrheit im EU-
106 Parlament zu sorgen. Eine Mehrheit gegen den konservativen Status quo und gegen die
107 Nationalisten, eine Mehrheit, die Europas Versprechen erneuert, eine Mehrheit für eine
108 Kommissionspräsident*in, die dafür einsteht.

109 Nie war die Zukunft Europas so unsicher wie heute. Es hängt jetzt entscheidend vom
110 gemeinsamen Einsatz der Proeuropäer*innen ab, welche Richtung Europa einschlagen wird, ob es
111 am Ende scheitern wird oder zu neuer Stärke und Handlungsfähigkeit findet als europäische
112 Demokratie.

113 Es ist keineswegs sicher, dass wir diesen Kampf gewinnen. Aber sicher ist, dass wir
114 verlieren werden, wenn wir jetzt nicht kämpfen. Gerade die europäische Geschichte ist eine
115 Geschichte von Verlusten und Niederlagen und falschen Führern. Aber nie wurde etwas besser,
116 wenn man nicht gekämpft hat.

117 Deshalb bitten wir Sie: Lassen Sie uns gemeinsam Europas Versprechen erneuern. Wählen Sie
118 Europa, denn Europa ist die Antwort. Wählen Sie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie finden im Jahr
119 2019 keine entschlossenerere politische Kraft, die für ein geeintes, ökologisches und
120 gerechtes Europa arbeitet.

121 Europa kann es. Wenn wir es wollen.

EP-U-01 Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-U Europawahlprogramm (Kapitel 1)

1 Ein Europa ohne Kohle, Atom und Fracking ist möglich. Wir wollen die Europäische Union zum
2 weltweiten Vorreiter für Klimaschutz, erneuerbare Energien und Energieeffizienz machen.
3 Unser Kontinent hat gerade hier noch enorme Potenziale, die bislang weitgehend brachliegen.
4 Durch saubere Energiequellen kann eine weitgehende Energie-Unabhängigkeit erreicht, können
5 Klima und Umwelt geschützt und nachhaltige Jobs geschaffen werden. Das ist unser Ziel. Die
6 gute Nachricht: Alle Lösungen dafür stehen bereit, sie müssen nur angepackt werden!

7 Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Generation. Versagen wir bei
8 der Eindämmung der Krise, haben wir als politische Generation versagt. Mit Klimaschutz
9 schützen wir nicht nur (und noch nicht einmal in erster Linie) Arten und Natur. Wir schützen
10 unsere Lebensgrundlagen, aber auch die liberale Demokratie, ein Gemeinwesen, das in der Lage
11 ist, wertebasierte Politik zu machen. Und wir schützen die ökonomische Basis, auf der wir
12 unsere Politik aufbauen. Eine Erderhitzung über 2 Grad wird unkontrollierbare Folgen auf
13 unser Zusammenleben und unsere Freiheit haben. Und sie trifft immer erst die Schwächsten.
14 Menschen werden ihr Zuhause verlassen müssen und sich als Klimaflüchtlinge auf den Weg
15 machen. Die weltweiten Migrationsbewegungen werden zunehmen. Die Weltbank, nicht gerade
16 bekannt für ökologische Sensibilität, rechnet mit 150 Millionen Klimaflüchtlingen bis 2030.
17 In elf Jahren. Es wird zu Kriegen um Wasser, fruchtbare Böden oder sichere Stätten kommen.
18 Wir werden uns der Verantwortung so oder so nicht entziehen können. Doch die Zeit läuft uns
19 davon. Hitzerekorde, Dürren, Überschwemmungen und starke Stürme liefern fast täglich neue
20 Schreckensmeldungen. Der vergangene Sommer hat auf eindringliche Weise gezeigt, dass die
21 Klimakrise längst auch bei uns in Europa Realität ist.

22 Die Europäische Union muss zu einer Union des Klimaschutzes werden. Das heißt nicht nur,
23 dass sie eine andere Energie-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik betreibt, sondern
24 dass sie die ökologischen Fragen auch ins Zentrum ihrer Außen-, Sicherheits- und
25 Friedenspolitik stellt. Wie wir unseren Energiehunger stillen, wird maßgeblich die
26 Leitlinien der Außenpolitik bestimmen. Ob wir schmutzige Deals mit Diktatoren um Öl, Gas und
27 Kohle eingehen oder eine demokratische Energieinfrastruktur auf Basis der Erneuerbaren
28 aufbauen, macht einen Unterschied. Eine Handels- und Landwirtschaftspolitik, die unseren
29 Reichtum auf Kosten Dritter erwirtschaftet, oder stattdessen faire Partnerschaften, die
30 einen gedrosselten Ressourcenverbrauch bei uns bedeuten, machen einen Unterschied. Fischen
31 wir die Meere leer oder sorgen wir für halbwegs intakte Meeresökologie? Exportieren wir
32 unseren Müll ins Ausland oder verzichten wir auf Wegwerfplastik?

33 Viele Menschen sind weiter als die Politik: zum Beispiel Bürger*innen, die Bike- und
34 Carsharing nutzen, sich an Bürgerenergieprojekten beteiligen, auf ökologisch erzeugte
35 Lebensmittel setzen, die in Nachhaltigkeit und grüne Infrastruktur investieren. Aber auch
36 innovative Unternehmen, Ingenieur*innen und viele mehr haben sich auf den Weg gemacht. Mit
37 ihnen allen verbünden wir uns. Und packen an. Für ein Europa, das ohne Kohle- und Atomstrom
38 auskommt, eine Agrarpolitik betreibt, die auf ökologischen Kriterien basiert und Landwirten
39 eine Perspektive gibt, ein Europa, das mit einer Plastikabgabe plastikmüllfrei wird und
40 unsere Meere schützt.

41 Schadstoffbelastete Böden und Gewässer, weniger Summen und Brummen in der Luft. Das sind
42 Anzeichen für eine kranke Natur, die auf den Menschen zurückgeht. Und Anzeichen dafür, dass
43 wir Grenzen überschreiten. Diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen. In einem
44 gemeinsamen Europa können wir mit weniger Pestiziden und einem Verbot von Glyphosat Tieren
45 und Pflanzen wieder mehr Lebensraum geben. Mit einer Wasserrahmenrichtlinie, die wir
46 konkretisieren und konsequent umsetzen, verbessern wir die Qualität von Flüssen und Seen.
47 Und mit europäischen Korridoren für Biotop und mehr Wildnisflächen erhalten wir wichtige
48 Lebensgrundlagen. Wir wollen ein gemeinsames Europa, das seine Umwelt und Natur schützt.

49 Bei der sauberen Mobilität, bei den erneuerbaren Energien oder auch beim Divestment hinkt
50 Europa hinterher. Wir wollen grüne Anleihen europaweit stärken und eine Richtlinie für
51 ökologische Transparenz am Finanzmarkt schaffen. Für den Verkehr der Zukunft wollen wir eine
52 europäische Batteriezellenproduktion aufbauen. Damit sorgen wir für mehr klimafreundliche
53 Mobilität und halten zugleich die Wertschöpfung in Europa. Zudem knüpfen wir ein
54 europaweites Schienennetz und verlagern Güter von der Straße auf die Gleise. Mit einem CO₂-
55 Mindestpreis sorgen wir für wirksamen Klimaschutz. Und für mehr Erneuerbare und größere
56 Versorgungssicherheit schaffen wir einen gesamteuropäischen Stromverbund und ein
57 intelligentes Stromnetz. Das alles geht nur gemeinsam. In einem gemeinsamen Europa.

58 **1.1 Klimaschutz fördern, aus Kohle und Atom aussteigen**

59 Die Europäische Union ist reich an sauberen Energiequellen. Die Erneuerbaren haben weltweit
60 8,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, davon mehr als 1,1 Millionen in der EU und über
61 300.000 in Deutschland. Investitionen in Erneuerbare und in Energieeffizienz sind
62 mittlerweile der kostengünstigste Weg für eine nachhaltige Energieversorgung. Es darf nicht
63 sein, dass Europa durch die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung und der
64 Europäischen Union bei dieser rasanten Entwicklung den Anschluss verliert. In China und den
65 USA wird pro Kopf mittlerweile deutlich mehr in Erneuerbare investiert als in der EU.

66 Wir wollen das ändern! Wir wollen ein zu 100 % erneuerbares und ein energieeffizientes
67 Europa als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür muss das europäische
68 Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt,
69 ambitionierter und verbindlich werden. Bis 2030 müssen 45 % von Europas Energie, die wir
70 beim Strom, der Wärme und bei der Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein, und bis 2050
71 müssen es 100 % sein. Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, um die Klimakrise
72 einzudämmen und die globale Erhitzung deutlich unter 2 Grad zu halten. Die CO₂-Emissionen
73 müssen zudem bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990 gesenkt werden. Bei der
74 Energieeffizienz braucht es eine Verbesserung um 40 % im Vergleich zum Jahr 1990, um ein
75 maximal technisch mögliches Niveau der Energieeffizienz für 2050 zu erreichen.

76 Die Verbrennung von Kohle ist die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung. Dabei gibt es
77 längst Alternativen: Erneuerbare Energien sind sauberer, sicherer, effizienter und
78 mittlerweile auch billiger. Das haben Länder wie Frankreich, die Niederlande oder Italien
79 längst verstanden und sich der globalen Allianz für den Kohleausstieg (Global Alliance to
80 Power Past Coal) angeschlossen, die sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030
81 ausspricht. Diesen Vorreitern muss sich die Europäische Union inklusive Deutschland
82 anschließen, statt an der klimaschädlichen Kohle festzuhalten.

83 Der Export von dreckigem deutschem Kohlestrom untergräbt in europäischen Nachbarländern den
84 Ausbau der Erneuerbaren. Kohlekraft schadet nicht nur dem Klima, sondern setzt auch
85 hochgiftige Schadstoffe frei. Die hohen Folgekosten für die Verbrennung von Kohle in Europa
86 dürfen nicht weiter zu Lasten der Allgemeinheit gehen, die die Kosten und Risiken dafür
87 trägt. Die Bundesregierung ist super darin, anzukündigen, wie ehrgeizig sie in 10, 15 oder
88 20 Jahren sein will. Und regelmäßig macht sie nichts in der Gegenwart. Damit muss Schluss
89 sein. Je energischer wir jetzt handeln, desto leichter werden die letzten Etappen. Wir

90 müssen jetzt beginnen, Kohlekraftwerke abzuschalten. Daran muss sich Politik messen lassen.
91 Wir brauchen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen
92 Kohleausstieg.

93 Die hochgefährliche Atomkraft, deren Kosten und Risiken auf viele zukünftige Generationen
94 abgewälzt werden, bekämpfen wir europaweit. Der dringend notwendige Kohleausstieg darf nicht
95 dazu führen, dass Kohle durch Atom ersetzt wird. Die Atombranche etwa in Frankreich setzt
96 auf eine Renaissance der französischen Atomkraft – mit Atomstrom-Exporten nach ganz Europa.
97 Die dort diskutierte Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken lehnen wir ab. Es ist völlig
98 unverantwortlich, dass Atomkraftwerke, die für eine Laufzeit von maximal 40 Jahren
99 konzipiert wurden, nun trotz zunehmender Stör- und Unfälle 60 Jahre am Netz hängen sollen.
100 Auch Belgien macht keine Anstalten, seine Schrottreaktoren vorzeitig stillzulegen. Risiko-
101 AKWs wie das französische Cattenom, das belgische Tihange oder das tschechische Temelín
102 gehören sofort abgeschaltet. Der Betrieb dieser Schrottmeliler birgt unbeherrschbare Risiken
103 für alle Europäer*innen. Darüber hinaus fordern wir ein neues Regelwerk auf europäischer
104 Ebene, das es Bürger*innen und Anrainerstaaten ermöglicht, Einfluss auf die
105 Sicherheitsanforderungen für grenznahe Atomkraftwerke nehmen zu können. Die Atomtransporte
106 in Europa müssen systematischer erfasst, transparenter gemacht und auf ein Minimum
107 beschränkt werden.

108 Nur durch milliardenschwere staatliche Beihilfen rechnet sich der Bau von Atomkraftwerken in
109 Europa überhaupt noch. Diese Subventionen sind möglich, weil immer noch auf Grundlage des
110 längst überholten Euratom-Vertrags entschieden wird. Alle Passagen dieses Vertrages, die
111 Investitionen, Forschungsförderung und Genehmigungsprivilegien im Bereich der Atomkraft
112 begünstigen und AKW-Projekten gegenüber anderen Energieträgern einen wettbewerbsverzerrenden
113 Vorteil verschaffen, müssen gestrichen werden. Der AKW-Rückbau und die Entsorgung von
114 Atommüll sollen zur Kernaufgabe von Euratom werden. Zudem müssen die EU-weit geltenden
115 einheitlichen Sicherheitsstandards wesentlich strenger werden. Ebenso ist ein neues
116 einheitliches europäisches Haftungsregime mit deutlich höheren Anforderungen notwendig;
117 Subventionierungen durch die Hintertür müssen beendet werden. Bei den Entscheidungen zu
118 Euratom wollen wir in Zukunft ein klares demokratisches Mitspracherecht durch das
119 Europäische Parlament. Damit die Energiewende europaweit gelingt, braucht es eine
120 Erneuerbare-Energien-Union.

121 *CO₂ einen Preis geben und den Menschen das Geld*

122 CO₂ muss einen Preis bekommen. Dieser Preis besteht nach unseren Vorstellungen aus zwei
123 Komponenten: Für alle Anlagen, die dem Emissionshandel unterliegen – das sind vor allem
124 Industrieanlagen sowie Kohle- und Gaskraftwerke –, sollte es einen Mindestpreis für CO₂
125 geben. Die letzte Reform des Emissionshandels war viel zu zaghaft, die Zertifikate sind
126 weiterhin viel zu billig und verfehlen damit ihre Wirkung. Daher müssen sie verknappt und
127 verteuert werden. Wir wollen, dass Deutschland zunächst mit einigen EU-Staaten die
128 Initiative ergreift und in einer regionalen Staatengruppe einen gemeinsamen CO₂-Mindestpreis
129 einführt; die Niederlande und Frankreich haben ihre Absicht dazu schon erklärt.
130 Perspektivisch wollen wir eine gesamteuropäische Lösung vorantreiben.

131 Für die Sektoren, die bislang nicht vom Emissionshandel erfasst werden, wie Verkehr, Wärme
132 und Landwirtschaft, braucht es eine Anpassung der Steuersätze auf Heizöl und Erdgas. Die
133 fossilen Energieträger müssen für ihren jeweils spezifischen CO₂-Ausstoß den wahren Preis
134 zahlen.

135 Da Steuern und Abgaben auf Verbrauch immer sozial schwächere Haushalte stärker belasten als
136 reichere, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO₂-Besteuerung an die
137 Verbraucher*innen zurückgeben. Unser Ziel ist die Schaffung eines Energiegeldes als Pro-

138 Kopf-Zahlung an die Menschen in Europa. Solange dies nicht europäisch umsetzbar ist, werden
139 wir in Deutschland vorangehen.

140 *Beschäftigte beim Strukturwandel in Kohlerevieren unterstützen*

141 Der Kohleausstieg wird auch dazu führen, dass Arbeitsplätze verloren gehen und neue in
142 Zukunftsbranchen entstehen. Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Betroffenen ernst und
143 lassen die Menschen nicht im Stich. Bei diesem Strukturwandel müssen wir die Beschäftigten
144 und die Regionen unterstützen, damit sie eine Perspektive haben. Im Europäischen Fonds für
145 regionale Entwicklung (EFRE) sollen „Kohleausstiegsregionen“ speziell gefördert werden. Neue
146 regionale Wirtschaftsschwerpunkte werden aufgebaut und passgenaue Weiterbildung wird
147 angeboten. Wir werden dafür ein Recht auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen in ganz
148 Europa verankern. Das hilft nicht nur den vom Strukturwandel Betroffenen, sondern ist auch
149 ein Mittel gegen Fachkräftemangel.

150 *Europas Energie vernetzen*

151 Selbst wenn Energiepolitik innerhalb der EU heute immer noch vor allem in der nationalen
152 Kompetenz liegt, sind die Mitgliedsländer durch den gemeinsamen Strommarkt eng miteinander
153 verbunden. Europa muss sich energiepolitisch weitgehend unabhängig machen. Doch die geplante
154 Gaspipeline Nord Stream 2 durch die Ostsee, die von Russland und der deutschen
155 Bundesregierung vorangetrieben wird und die osteuropäischen und baltischen Staaten nicht
156 miteinbezieht, konterkariert dieses Ziel und widerspricht dabei auch der gemeinsamen
157 europäischen Energieunion. Zudem ist Nord Stream 2 – wie auch neue Pipeline- und Fracking-
158 Projekte in anderen Ländern – klimapolitisch falsch, stellt die europäische Solidarität in
159 Frage und ist für die Ukraine politisch desaströs. Deshalb muss es gestoppt werden. Wir
160 brauchen nicht mehr Erdgas, sondern mehr Erneuerbare und Energieeffizienz.

161 Europa muss zusammenwachsen, auch im Strombereich. Mit einem gesamteuropäischen Stromverbund
162 stärken wir die Versorgungssicherheit, indem Angebot und Nachfrage auf eine breitere Basis
163 gestellt werden. Damit schaffen wir ein gemeinsames Netz für ganz Europa und verbinden
164 Lissabon mit Helsinki. Wir beugen auch Lieferengpässen vor und sorgen für mehr
165 Unabhängigkeit.

166 Für Europa brauchen wir dringend ein intelligentes Stromnetz, das sowohl die erneuerbaren
167 Energien dezentral verknüpft und überregional verbindet als auch über flexibel steuerbaren
168 Stromverbrauch clever das zunehmend erneuerbare Stromangebot vernetzt. Dafür wollen wir eine
169 echte europäische Energienetzgesellschaft.

170 Nötig sind europäische Strom- und Gasnetze, die der Energiewende dienen und helfen, die
171 natürlichen Schwankungen der Erneuerbaren auszugleichen. Dieses Prinzip muss Leitschnur für
172 die Auswahl der transeuropäischen Netzbauprojekte sein. Wir wollen die Erzeugungspotenziale
173 in Europa vernetzen und dabei Maß und Mitte halten zwischen zentralen und dezentralen
174 Strukturen.

175 Risikotechnologien wie die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS), also die Einlagerung von
176 CO₂ in unterirdische Lagerstätten, und die Förderung von Erdgas und Erdöl durch Fracking
177 lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit, Trinkwasser und Umwelt ab.

178 *Union für Energie- und Ressourceneffizienz*

179 Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare schaffen Arbeitsplätze und reduzieren die
180 Kosten für die Verbraucher*innen. Wir wollen den Umstieg privater Verbraucher*innen auf
181 Geräte mit geringerem Energieverbrauch fördern sowie kleinen Unternehmen eine günstigere
182 Grundversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen. Die vom EU-Parlament und Rat geschaffene
183 Ökodesign-Richtlinie legt für verschiedene Produktgruppen ökologische Mindeststandards fest.
184 Das ist richtig, reicht aber lange noch nicht aus. Wir wollen für weitere Produkte

185 ökologische Mindeststandards festlegen. So können wir ökologische Innovationen,
186 beispielsweise im Bereich Verkehr, fördern. Schlüssel für weniger Energieverbrauch sind der
187 Bereich Bauen und Wohnen und der Umstieg auf eine energieeffiziente Elektromobilität.

188 Wir wollen einen Wettbewerb um die ökologischste Produktionsweise entfachen. Die Ökodesign-
189 Richtlinie muss Recycling und Ressourceneffizienz fördern und fordern. Auch wollen wir
190 erreichen, dass die jeweils ressourcenschonendste Produktionsweise nach einiger Zeit zum
191 Standard erklärt wird, den dann alle einhalten müssen. Die Ökodesign-Richtlinie hat das
192 Potenzial, 90 Milliarden Euro pro Jahr an Energie- und Materialkosten einzusparen und 1
193 Million Jobs zu schaffen. Insgesamt können wir mit einer ressourcenschonenden
194 Wirtschaftsweise bis zu 2,8 Millionen neue Arbeitsplätze in Europa schaffen.

195 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 196 • einen europaweiten Ausstieg aus Kohle- und Atomstrom,
- 197 • Investitionen in intelligente Stromnetze und einen transeuropäischen Netzausbau,
- 198 • einen vernünftigen Preis für CO₂,
- 199 • ein Programm, das Arbeitnehmer*innen in Kohleausstiegsregionen unterstützt.

200 **1.2 Europa verbinden mit grüner Mobilität**

201 Europa lebt vom grenzüberschreitenden Austausch. Reisen, leben, lieben und arbeiten jenseits
202 nationaler Grenzen ist selbstverständlich geworden. Wir wollen ein Verkehrssystem in Europa
203 aufbauen, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ein System, das unsere
204 Lebensqualität steigert. Steigende CO₂-Emissionen verschärfen die Klimakrise, Stickoxide und
205 Feinstaub schädigen massiv die Gesundheit, und Staus auf zahlreichen Straßen rauben uns die
206 Zeit. Gleichzeitig fehlt in ländlichen Regionen ein flächendeckender Nahverkehr, sind Züge
207 unzuverlässig und Radwege oftmals in schlechtem Zustand. Das wollen wir ändern. Wir möchten
208 in Europa eine Mobilität, die klimaneutral, kostengünstig und für alle nutzbar ist und
209 Umwelt und Gesundheit schützt. Das bedeutet: weniger, aber dafür saubere und leise Autos,
210 mehr Car- und Bikesharing, bessere Zug- und ÖPNV-Angebote und eine bessere Vernetzung
211 unterschiedlicher Verkehrsträger in der Stadt und auf dem Land. Mittelfristig wollen wir
212 autofreie Innenstädte schaffen.

213 Europa braucht einen Paradigmenwechsel bei den Investitionen in Straßen: Statt Milliarden in
214 den Neubau zu stecken, muss die bröckelnde öffentliche Infrastruktur dringend saniert
215 werden. Wir wollen, dass auch der Verkehrssektor seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet.
216 Dazu fordern wir die Einführung eines CO₂-Preises auf fossile Treibstoffe wie Benzin und
217 Erdgas, damit saubere Antriebe im Verhältnis günstiger werden.

218 Auch den Fahrradverkehr wollen wir ausbauen. Mittlerweile gibt es 14 europäische
219 Fernradwege, die Euro-Velo-Routen. Diese wollen wir ausbauen, um den grenzüberschreitenden
220 Fahrradverkehr zu fördern.

221 *Ein europäisches Schienennetz knüpfen*

222 Um die grüne europäische Mobilität zu fördern, wollen wir, dass Europa auf der Schiene
223 zusammenwächst. Anstatt vorrangig milliardenschwere Großprojekte, wie Stuttgart 21, mit
224 wenig europäischem Nutzen zu finanzieren, müssen europäische Fördermittel gezielt für
225 bestehende und fehlende Abschnitte eingesetzt werden. Das europäische Eisenbahnnetz ist noch
226 immer ein Flickenteppich mit zahlreichen Lücken an den nationalen Grenzen. Wir wollen das
227 ändern. Das 2016 erstmals aufgelegte europäische Lückenschlussprogramm ist ein grüner
228 Erfolg, der deutliche Verbesserungen schafft. Aber schon jetzt wird deutlich, dass die
229 Nachfrage das Programm überfordert. Deswegen fordern wir eine Verdoppelung der Mittel. Damit

230 schaffen wir mit wenig Aufwand einen besseren grenzüberschreitenden Schienenverkehr. Davon
231 profitieren gerade die Menschen, die alltäglich darauf angewiesen sind.

232 Während man in Europa relativ einfach mit dem Auto über Grenzen fährt, müssen im
233 Schienenverkehr oftmals Loks, Personal und Stromnetz gewechselt werden. Das kostet nicht nur
234 Zeit, sondern macht den Zugverkehr insgesamt unattraktiver. Deshalb müssen die
235 unterschiedlichen nationalen Verkehrsnetze europaweit vereinheitlicht werden. Ein
236 gemeinsames Verkehrsnetz braucht gemeinsame Standards, von Ticketsystemen und Bahnsteighöhen
237 bis zu Sicherheitsstandards. Nur wenn die Kleinstaaterei aufhört, kann Europa mehr Personen-
238 und Güterverkehr auf die Schiene verlagern. Das schont das Klima und senkt die Belastung
239 durch Lärm und Schadstoffe. Wir brauchen massive Investitionen in transnationalen Güter- und
240 Personenverkehr. Wir setzen uns für die Wiederaufnahme europäischer Nachtzüge zwischen allen
241 Metropolen und einen funktionierenden Pendelverkehr in Grenzregionen ein.

242 *Weltmarktführer für saubere Autos*

243 Um die Mobilität der Zukunft zu prägen, muss Europa den Wandel in der Autoindustrie
244 anpacken. Neue Automobilhersteller, Mobilitätsdienstleister und Digitalkonzerne aus den USA
245 und China fordern die europäischen Hersteller heraus. Nur wer die saubersten, bequemsten und
246 intelligentesten Mobilitätslösungen anbietet, kann internationaler Marktführer bleiben.
247 Dabei geht es um unglaublich viel: Wertschöpfung, Arbeitsplätze, Klima- und
248 Gesundheitsschutz – um nur einige wenige Aspekte zu nennen.

249 Es sind vor allem die nationalen Regierungen und oft Deutschland, die in Brüssel die CO₂-
250 Grenzwerte für Autos verwässern, Diesel-Tricksereien vertuschen und strengere Abgastests
251 blockieren. Gerade die Große Koalition hat damit der Automobilindustrie einen Bärendienst
252 erwiesen. Wir Grünen wollen den nötigen Technologiewandel vorantreiben: weg vom fossilen
253 Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben. Dafür braucht es ambitionierte europäische
254 CO₂-Grenzwerte für Neuwagen, eine Förderung der europäischen Ladeinfrastruktur und eine
255 europaweite Quote für abgasfreie Neuwagen, damit ab 2030 möglichst nur noch abgasfreie Autos
256 neu zugelassen werden. Zudem brauchen wir strengere Kontrollen bei Abgastests und das Ende
257 der Steuerprivilegien bei Kraftstoffen. Außerdem wollen wir die Batteriezellenproduktion
258 sowie die Produktion von Wasserstoffautos europäisch unterstützen, um beim sauberen Auto
259 Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Auch beim ÖPNV wollen wir die
260 Elektromobilität voranbringen: Bahnstrecken müssen elektrifiziert und abgasfreie Busse
261 produziert werden.

262 In einem neuen umfassenden Mobilitätssystem wird das Auto vernetzt mit Bus, Bahn, Fahrrad
263 und Fußverkehr. Über Carsharing teilen sich Menschen Autos. Hinzu kommen neue Entwicklungen
264 wie die intelligente Verkehrssteuerung und autonome Autos, die unter den richtigen
265 Rahmenbedingungen mehr Klimaschutz, Sicherheit und Effizienz schaffen können. Wir wollen die
266 digitale, emissionsfreie Mobilität stärken und damit unsere Lebensqualität erhöhen. Dazu
267 wollen wir auf europäischer Ebene einen Förderwettbewerb für Städte starten, die den
268 Autoverkehr verringern und Carsharing, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr gezielt ausbauen.

269 *Umsteuern bei Flugverkehr und Schifffahrt*

270 Auch den Flugverkehr und die Schifffahrt möchten wir auf einen nachhaltigen Kurs bringen.
271 Wir wollen, dass die EU sich auf internationaler Ebene für klare Klimaziele für die
272 Schifffahrt und den Flugverkehr einsetzt. Wir setzen daher auf eine einheitliche europäische
273 Regelung, die emissionsarme Kraftstoffe wie Wasserstoff aus erneuerbaren Energien in der
274 Schifffahrts- und Flugindustrie fördert. Landstromanschlüsse für Kreuzfahrts-, Container- und
275 Frachtschiffe sollen europaweit verbindlich werden.

276 Neben Nord- und Ostsee sollen weitere EU-Gewässer wie das Mittelmeer als
277 Emissionssonderzonen ausgewiesen und die Nutzung von Schweröl soll generell verboten werden.

278 Wir wollen darüber hinaus eine europaweite Abgabe für Kreuzfahrtschiffe einführen, ähnlich
279 der Flugverkehrsabgabe bzw. Kerosinsteuer. Derzeit sind Kreuzfahrtenreisen nahezu von allen
280 Steuern ausgenommen, der Schiffstreibstoff steht den Reedern ebenfalls steuerfrei zur
281 Verfügung. Diese Ungleichbehandlung wollen wir abschaffen.

282 Auch im Luftverkehr kommt es darauf an, die unfairen Wettbewerbsvorteile abzuschaffen.
283 Internationale Flüge unterliegen weiter keiner Mehrwertsteuer und Kerosin wird nicht
284 besteuert. Das wollen wir ändern. Zudem muss der internationale Flugverkehr endlich in den
285 europäischen Emissionshandel einbezogen werden, um seinen Beitrag zum Schutz der Atmosphäre
286 beizutragen.

287 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 288 • Vorfahrt für die Schiene,
- 289 • die Förderung sauberer Autos und zukunftsfester Arbeitsplätze,
- 290 • eine Schifffahrt ohne Schweröl,
- 291 • ein Ende der Steuerbefreiung für Kerosin.

292 **1.3 Ressourcenschonende Wirtschaftsdynamik entfachen**

293 Europa steht vor der Jahrhundertaufgabe, seine Wirtschaft ökologisch und sozial
294 umzugestalten. In Politik und Wirtschaft gibt es viele, die sich offenbar vor dieser Aufgabe
295 scheuen und sie weiter vor sich herschieben wollen. Damit werden die Probleme aber größer.
296 Wir Grünen bleiben dagegen hartnäckig, wenn es darum geht, der Wirtschaft einen ökologischen
297 und sozialen Rahmen zu setzen. Erst dieser Rahmen ermöglicht es der Wirtschaft, in einem
298 fairen Wettbewerb ihre Innovationskraft, ihre Ingenieurskunst und ihre technologischen
299 Stärken unter Beweis zu stellen. Das wollen wir unterstützen.

300 Wir wollen eine Modernisierungsoffensive zur Förderung ressourcenschonender und CO₂-armer
301 Innovationen. Dafür brauchen wir eine industriepolitische Strategie, die die europäische
302 Wirtschaft fit für die Zukunft macht und eine neue Wirtschaftsdynamik entfacht. So vereinen
303 wir eine hohe Lebensqualität und gute Jobs mit dem Erhalt unserer natürlichen
304 Lebensgrundlagen. Ermutigend für die Perspektive einer ökologischen Transformation unserer
305 Wirtschaft ist es, wenn sich die europäische Stahlindustrie dazu bekennt, in den nächsten
306 Jahren auf CO₂-neutrale Stahlproduktion umzuschwenken.

307 Wir verbrauchen die Ressourcen und Rohstoffe unseres Planeten in einem atemberaubenden
308 Tempo. Für nachhaltigen Wohlstand brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft, die wertvolle
309 Rohstoffe wiederverwertet. Deshalb muss die Förderung der europäischen Kreislaufwirtschaft
310 Zentralanliegen jeder ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik sein. Digitalplattformen
311 können dabei vor allem mit Blick auf industrielle Sekundärrohstoffe eine wichtige Rolle
312 spielen. Europa muss darauf achten, dass etwa im Bereich von Elektronikschrott nicht
313 wertvolle Ressourcen rücksichtslos auf Müllkippen in der ganzen Welt exportiert werden,
314 während durch Hightech-Recycling der Rohstoffverbrauch reduziert und Kosten für Unternehmen
315 und für die Umwelt verringert werden können. Besonderes Gewicht für die Recyclingwirtschaft
316 hat auch die europäische Plastikstrategie, deren Ziel es ist, die ständige Vermehrung von
317 Plastikmüll drastisch einzudämmen.

318 *Geld nachhaltig anlegen und raus aus den Fossilen*

319 Wir setzen uns dafür ein, Investitionen in fossile Brennstoffe zu stoppen – und sind damit
320 Teil der internationalen Divestment-Bewegung. Statt aus dem Raubbau an unserem Planeten
321 Profit zu ziehen, wollen wir in den Klimaschutz finanzieren. Das ist auch finanziell
322 sinnvoll, da die internationale Energiewende dazu führen wird, dass Investitionen in Kohle,

323 Öl und Gas mittelfristig abgeschrieben werden müssen. Grüne in Ländern und Kommunen haben es
324 vorgemacht: Auf ihren Antrag hin werden die Kommunal- und Landesfinanzen nachhaltig
325 ausgerichtet.

326 Der ökologische Umbau braucht massive Investitionen, die finanziert werden müssen. Heute
327 wird immer noch viel Kapital in alten fossilen Technologien angelegt. Das ist nicht nur ein
328 ökologisches Problem, sondern gefährdet auch die Stabilität der Finanzmärkte und die
329 Altersvorsorge der Menschen. Wir wollen Finanzmärkte, die nicht in die Vergangenheit,
330 sondern in die Zukunft investieren. Nachhaltige Kapitalanlagen sind dazu ein Wachstumsmarkt,
331 der den Finanzplatz Europa stabiler und zukunftsfähig macht.

332 Grüne Anleihen wollen wir europaweit stärken und eine einheitliche Klassifizierung schaffen.
333 Wir fordern eine Richtlinie für ökologische Transparenz am Finanzmarkt, damit Anleger
334 wissen, wie ökologisch ihre Geldanlage ist. Wir wollen ein europäisches „Green Finance
335 Label“ für Investitionen und Anlagen einführen, die die höchsten Nachhaltigkeitskriterien
336 erfüllen. Außerdem wollen wir ökologische und soziale Ziele in der
337 Unternehmensberichterstattung verpflichtend machen und ein unabhängiges Siegel für
338 nachhaltige Geldanlagen einführen.

339 Der Staat ist selbst ein sehr großer Nachfrager von Gütern. Zukünftig wollen wir auch das
340 öffentliche Beschaffungswesen an verbindliche ökologische, soziale und Fairtrade-Kriterien
341 knüpfen. Damit schaffen wir einen gewaltigen Markt für Unternehmen, die ökologisch und
342 sozial wirtschaften. Staatliche Subventionen für klimaschädliches Wirtschaften wollen wir
343 abschaffen.

344 Wir wollen die Mittel des Zukunftsfonds im EU-Haushalt für die soziale und ökologische
345 Modernisierung der europäischen Wirtschaft und Infrastruktur nutzen und vor allem kleinen
346 und mittleren Unternehmen sowie dem Handwerk den Zugang zu europäischen Förderprogrammen für
347 energie- und ressourceneffiziente Produktion erleichtern.

348 Wirtschaftspolitik richtet sich oft nur an profitorientierten Unternehmen aus. Dabei werden
349 Chancen vertan, die Genossenschaften und soziale Unternehmen bieten. Wir wollen eine
350 Strategie der EU zur Förderung der Gemeinwohlökonomie. Sie soll künftig in die
351 Unternehmensberichterstattung und in EU-Förderprogramme integriert werden. Unternehmen mit
352 Gemeinwohlorientierung sollen durch eine anerkannte Kennzeichnung gestärkt und bei
353 öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.

354 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 355 • das Anlegen öffentlicher Gelder in nachhaltigen Geldanlagen (Divestment),
- 356 • ein nachhaltiges Finanzsystem und ökologisch transparente Geldanlagen,
- 357 • eine Stärkung der Gemeinwohlökonomie.

358 **1.4 Natur und Umwelt schützen**

359 Sauberes Wasser, reine Luft, gesunde Böden und intakte Landschaften bilden unsere
360 Lebensgrundlagen. Aber diese sind bedroht. Der ehemals große Reichtum an Tieren, Pflanzen
361 und Lebensräumen schwindet täglich. Lebensräume gehen verloren, Arten sterben aus. Auf den
362 Wiesen und in den Wäldern wird es stiller, es brummt, summt und zwitschert immer weniger:
363 Die Vogelpopulation in Deutschland hat sich in den letzten 30 Jahren halbiert, die Anzahl
364 von Insekten ist seit 1989 um bis zu 80 % zurückgegangen. Rund ein Drittel der bei uns
365 heimischen Arten sind bedroht, darunter viele Bienen. Auch in anderen europäischen Ländern
366 sieht die Situation nicht viel besser aus.

367 Wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, den negativen Trend beim Artensterben zu stoppen.
368 Wir wollen eine artenreiche und intakte Natur erhalten und dort wiederherstellen, wo sie
369 bereits Schaden genommen hat. Das bedeutet auch, dass wir Natura-2000-Gebiete verteidigen,
370 verbessern und Schutzgebiete wo möglich vergrößern.

371 Die EU, und damit ihre Mitgliedstaaten, hat sich im Rahmen der Vereinten Nationen
372 verpflichtet, den Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume bis 2020
373 aufzuhalten – und wird diese Ziele voraussichtlich deutlich verfehlen. Wir fordern daher,
374 umgehend eine ambitionierte europäische Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt für
375 den Zeitraum nach 2020 und ein Nachfolgeprogramm für das 7. Umweltaktionsprogramm zu
376 erarbeiten. Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir darin als neue
377 Leitprinzipien verankern.

378 In den letzten Jahren war es immer wieder die Europäische Union, die im Bereich der Umwelt-
379 und Naturschutzgesetzgebung Druck gemacht hat. Und es waren die nationalen Regierungen, die
380 sie verwässert oder nicht erfüllt haben. Dann sanktioniert die EU: Um einen der letzten
381 intakten Urwälder in Europa zu retten, hat der Europäische Gerichtshof die polnische
382 Regierung durch Androhung von Strafzahlungen gezwungen, die Abholzung des Białowieża-Waldes
383 zu stoppen. Ebenso hat die EU Deutschland aufgrund der zu hohen Nitratwerte in unserem
384 Wasser verurteilt.

385 Die gute gesetzliche Grundlage beim europäischen Umwelt- und Naturschutz muss von der EU-
386 Kommission und den Mitgliedstaaten umfassend umgesetzt werden. Hierzu sind auf allen Ebenen
387 personelle und finanzielle Kapazitäten zu schaffen. Außerdem muss die EU-Kommission ihre
388 Rolle als Hüterin der Verträge und des EU-Rechts ernst nehmen und hierfür Verstöße gegen das
389 europäische Umweltrecht konsequent durch Vertragsverletzungsverfahren ahnden.

390 Umweltschädliche Subventionen wollen wir abbauen und den Naturschutz besser finanzieren.
391 Außerdem wollen wir transeuropäische grüne Korridore für Biotope vorantreiben. Um
392 Lebensgrundlagen in der EU zu erhalten, braucht es eine intakte Natur. Dafür fördern wir
393 mehr Wildnisflächen: Möglichst bis 2030 wollen wir die Wildnisflächen in Europa verdoppeln.
394 Dafür muss Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und sein beschlossenes Ziel von 2 %
395 Wildnis bis 2020 umsetzen. Doch all das bringt uns nur voran, wenn wir das mit einer
396 Agrarwende, weniger Pestiziden auf den Feldern und mehr ökologischem Landbau verbinden.

397 Für Umwelt- und Tierschutzverbände wollen wir ein volles Verbandsklagerecht schaffen, damit
398 der Umweltschutz gegenüber kurzfristigen Industrieinteressen gestärkt wird. Wir wollen die
399 Entscheidungsprozesse demokratisieren, indem wir die Bürgerbeteiligung stärken und
400 Lobbyismus regulieren.

401 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 402 • den Schutz einzigartiger Kulturlandschaften und Urwälder in Europa,
- 403 • grenzüberschreitende Biotope,
- 404 • eine bessere Naturschutzfinanzierung,
- 405 • ein Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzorganisationen

406 **1.5 Die Landwirtschaft so verändern, dass sie unsere Lebensgrundlagen bewahrt**

407 Wir streiten und werben für eine vielfältige, nachhaltige, regional verankerte, bäuerliche
408 Landwirtschaft, die Natur und Tiere schont und gesundes Essen für uns alle erzeugt. Wir
409 wollen eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer europäischen Agrar- und
410 Ernährungspolitik, die im Einklang ist mit den europäischen Zielen in der Klima-, Umwelt-,
411 Verbraucher- und Entwicklungspolitik. Zudem möchten wir die vielfältigen Kulturlandschaften

412 in Europa und lebendige ländliche Räume mit zukunftsfesten Betrieben erhalten. Deswegen
413 streiten wir für die europäische Agrarwende: für den Aufbau einer nachhaltigen
414 Lebensmittelproduktion, die sowohl eine gesunde Ernährung sichert als auch hohen Umwelt- und
415 Tierschutzstandards genügt und faire Preise für die Landwirt*innen erzielt.

416 Zusammen mit Landwirt*innen und Umweltverbänden haben wir schon viel erreicht: Immer mehr
417 Verbraucher*innen in der EU wollen gesunde, ökologisch und regional produzierte
418 Lebensmittel. Daher ist Bio-Landbau längst ein fester Bestandteil der europäischen
419 Landwirtschaft geworden. Genauso setzen sich immer mehr Menschen in der EU mit uns für
420 bessere Tierhaltung und mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft ein, wie zuletzt die
421 europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat gezeigt hat. Doch der Handlungsdruck bleibt
422 groß.

423 Durch intensive Landwirtschaft und Monokulturen gehen noch immer europaweit fruchtbare Böden
424 verloren, das Artensterben geht ungebremst weiter, der Pestizideinsatz ist ungemindert hoch
425 und industrielle Tierhaltung degradiert Tiere zu Rohstoffen. Die Landwirtschaft, eine der
426 Hauptbetroffenen der Klimakrise, ist selbst für einen nicht geringen Anteil des Ausstoßes
427 klimaschädlicher Gase und damit mit für die Erderhitzung verantwortlich.

428 Es ist höchste Zeit, eine Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln, die die europäische
429 Landwirtschaft zukunftsfähig macht. Der Schutz von Klima, Boden, Wasser, Artenvielfalt und
430 Tierwohl steht im Mittelpunkt dieser neuen Landwirtschaftspolitik. Die europäische
431 Agrarpolitik sollte dazu beitragen, dass die Konsum- und Produktionsstrukturen in Europa
432 nicht die natürlichen Ressourcen und die Lebensgrundlagen bei uns in Europa und in sich
433 entwickelnden Ländern zerstören, indem EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen die Märkte
434 Afrikas, Asiens und Lateinamerikas überfluten. Vielmehr muss sie dazu beitragen, dass die
435 bäuerliche Landwirtschaft in Europa erhalten wird und die nachhaltigen Entwicklungsziele
436 erreicht werden.

437 *Qualität statt Masse – Neuausrichtung der Agrarförderung*

438 Um die europäische Landwirtschaft an die gesellschaftlichen Herausforderungen anzupassen,
439 muss sich vor allem die EU-Agrarförderungspolitik grundlegend ändern. Immer noch kommt der
440 größte Teil der bisher knapp 60 Milliarden Euro, mit denen die Landwirtschaft jährlich
441 subventioniert wird, insbesondere großen Betrieben zugute und fördert so Umweltzerstörung,
442 Industrialisierung und Exportorientierung. Die Mittel belohnen zudem pauschal Bodenbesitz.

443 Eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) dagegen muss Leistungen der Landwirtinnen und
444 Landwirte für das Gemeinwohl fördern und ihnen so Alternativen zum Prinzip „wachse oder
445 weiche“ eröffnen. Der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, eine artgerechte und eine
446 flächengebundene Tierhaltung würden dann gezielt unterstützt. Betriebe, die weniger oder gar
447 keine Pestizide einsetzen, unser Wasser sauber halten, würden also deutlich mehr Förderung
448 bekommen als industriell wirtschaftende Betriebe. Nur mit dem Prinzip „öffentliches Geld für
449 öffentliche Leistung“ lassen sich die hohen Zahlungen noch rechtfertigen.

450 Die Vorgaben für diese Leistungen müssen auf EU-Ebene definiert werden, damit die
451 Mitgliedstaaten nicht um den niedrigsten Standard konkurrieren. Voraussetzung für jedwede
452 Förderung ist das Einhalten von Umweltstandards, die ebenfalls für alle Mitgliedstaaten auf
453 EU-Ebene festgelegt werden müssen. Im Rahmen der GAP fordern wir einen 15 Milliarden Euro
454 schweren Naturschutzfonds.

455 *Landspekulationen und Aufkauf von Land eindämmen*

456 Landgrabbing, das heißt das Aufkaufen von landwirtschaftlichen Flächen als
457 Investitionsobjekten durch Kapitalanleger und Staaten, sowie eine verzerrende

458 Strukturpolitik bedrohen die vielfältige, solide und nachhaltige bäuerliche
459 Landwirtschaftsstruktur, auch in Europa.

460 Bäuerliche Betriebe sollen vor Agrarkonzernen und Bodenspekulation geschützt werden, etwa
461 durch verpflichtende Obergrenzen für Agrarzahungen pro Nutznießer (und nicht nur pro
462 Tochterunternehmen), mehr Geld für die ersten Hektare, um kleine und mittlere Betriebe zu
463 unterstützen, Einstiegs erleichterungen für Neugründungen, Transparenz der
464 Eigentumsverhältnisse, Monitoring der Preise und des Zustands des Bodens durch eine
465 europäische Beobachtungsstelle. Landwirtschaftlicher Boden ist ein öffentliches Gut und muss
466 vor Spekulationen geschützt werden.

467 *Trinkwasser und Gewässer schützen*

468 Wasser ist ein kostbares Gut, das geschützt werden muss. Der Zugang zu sauberem Wasser ist
469 ein Menschenrecht. Doch fast 2 Millionen Menschen in Europa haben keinen ordentlichen Zugang
470 zu Trinkwasser oder sanitärer Versorgung. Die Klimaerhitzung verschärft diese Situation. In
471 südlichen Ländern wie Spanien, Italien oder Griechenland wird Wasser bereits zu einem immer
472 knapperen Gut. Unsere Art zu konsumieren und zu wirtschaften verschwendet und verschmutzt
473 Wasser zu leichtfertig. Um das Menschenrecht auf Wasser in der EU zu verankern, gründete
474 sich 2012 die Europäische Bürgerinitiative Right2Water, die wir von Anfang an unterstützt
475 haben. Knapp 1,7 Millionen Europäerinnen und Europäer aus 13 EU-Mitgliedstaaten trugen diese
476 erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative. Wir werden uns weiterhin jedem Versuch
477 entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum Investitionsobjekt für internationale
478 Unternehmen zu machen.

479 Unser Leitbild sind lebendige Flüsse und Seen in Europa, die in einem guten ökologischen
480 Zustand sind. Gesunde Gewässer sind besonders wertvolle Ökosysteme, denn sie garantieren
481 Artenreichtum. Doch davon sind wir in vielen Teilen Europas noch meilenweit entfernt.
482 Deshalb setzen wir uns vehement für eine ambitionierte Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
483 ein und werden diese durch entsprechende Leitfäden konkretisieren. Außerdem wollen wir den
484 Antibiotikaeinsatz, eine Gülleüberproduktion und den Einsatz gefährlicher Pestizide in der
485 Landwirtschaft weiter zurückdrängen.

486 *Insekten- und Vogelsterben aufhalten – Glyphosat vom Acker!*

487 Die industrielle Landwirtschaft ist eine Hauptursache für das Artensterben. Wichtige
488 Lebensräume für Tiere und Pflanzen gehen durch Ackergifte, Überdüngung, Monokulturen,
489 intensive Landnutzung und fehlende Wildnis verloren.

490 Wir reduzieren den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch, indem wir die
491 giftigsten Pestizide sofort verbieten – darunter auch alle Neonikotinoide, denn sie schaden
492 unseren Insekten und Bienen massiv. Für das Ende des Totalherbizids Glyphosat setzen wir uns
493 weiterhin mit aller Kraft ein – und machen Druck auf die Bundesregierung, die schon einmal
494 auf europäischer Ebene für die Verlängerung der Glyphosat-Zulassung gestimmt hat. Die
495 Zulassungsverfahren für Pestizide wollen wir auf Basis eines gestärkten Vorsorgeprinzips
496 reformieren und das zugrunde liegende Wissenschaftsprinzip transparenter machen. Es braucht
497 dringend eine unabhängige Risikobewertung sowie strenge Kontrollmechanismen.

498 *Fischbestände schützen*

499 Wir machen uns stark für eine nachhaltige EU-Fischereipolitik, die dafür sorgt, dass unsere
500 Meere geschützt und Fischarten nicht überfischt werden. Nur die nachhaltige Bewirtschaftung
501 von Fischbeständen gibt der Fischerei eine Zukunft. Um der katastrophalen Plünderung der
502 Meere und der Fischbestände Einhalt zu gebieten, reichen kosmetische Korrekturen der EU-
503 Fischereipolitik nicht aus. Fangquoten müssen verbindlich an wissenschaftlichen Kriterien
504 ausgerichtet werden, statt rein politisch festgelegt zu werden. Die Tiefseefischerei und

505 besonders umweltschädliche Fangmethoden wollen wir gänzlich verbieten. Die EU soll
506 bestehende Meeresschutzgebiete ausweiten, neue schaffen und die Gebiete effektiv sichern.

507 *Tierwohl stärken*

508 Gerade angesichts der Klimakrise brauchen wir eine Abkehr von den großen Tierbeständen.
509 Neben den ökologischen Problemen wird schlicht die Futtergrundlage zu knapp. Deshalb sollten
510 alle Förderungen daran gekoppelt werden, dass die Anzahl der Tiere pro Fläche begrenzt wird.
511 Ein Betrieb sollte also nur so viele Tiere haben, wie er mit dem Ertrag seiner Flächen
512 grundsätzlich ernähren kann.

513 Viel zu häufig konkurrieren die EU-Länder um die niedrigsten Preise und reduzieren so die
514 Tierschutzstandards. Wir wollen hingegen, dass die EU alle Tiere durch neue Gesetzgebung und
515 ordnungsgemäße Durchführung bestehender Regelungen schützt.

516 Je weniger Tiertransporte, desto besser für die Tiere. Falls Transporte nicht vermieden
517 werden können, müssen sie so unstrapaziös wie möglich sein. Daher fordern wir, dass Tiere
518 verpflichtend zu einem nahe gelegenen Schlachthof gebracht werden müssen – statt zu dem, der
519 am billigsten arbeitet. Tiertransporte für Schlachttiere wollen wir auf maximal vier Stunden
520 begrenzen. Wir wollen regionale Schlachtstätten und mobile Schlachteinrichtungen fördern
521 sowie regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen aufbauen, um eine Infrastruktur
522 für regionale, tierschutzkonforme Schlachtung zu schaffen.

523 Exporte lebender Schlachttiere in Länder außerhalb der EU sowie jede Form von Klonen und
524 Qualzucht wollen wir verbieten. Das Verbot von Tierversuchen in der Kosmetik muss konsequent
525 umgesetzt und auf weitere Produkte ausgeweitet werden. Zusätzlich benötigen wir eine
526 Förderung für die Erforschung von Alternativen. Auch Straßentiere müssen in Europa ein
527 würdiges Leben haben. Wir fordern ein Ende der Tötung von streunenden Katzen und Hunden.
528 Stattdessen müssen öffentliche und private Maßnahmen der Geburtenkontrolle, etwa die
529 Kastration, gestärkt werden.

530 Wildtiere wollen wir besonders schützen. Hierfür sind internationale Arten- und
531 Naturschutzabkommen konsequent umzusetzen. Wir wollen illegalen Wildtierhandel in Europa
532 bekämpfen und den Import von Wildfängen in die EU verbieten.

533 *Landwirtschaftliche Ökosysteme stärken – Gentechnik konsequent regulieren*

534 Eine andere Landwirtschaft bedeutet auch anders anzubauen – gerade im Lichte der
535 Klimaauswirkungen. Das Potenzial verschiedenster Anbaumethoden, robuste landwirtschaftliche
536 Ökosysteme zu bilden – über Push-and-Pull-Techniken und Permakultur bis zu Agroforstsystemen
537 –, ist riesig, ebenso wie das Potenzial ökologischer Anbautechniken, widerstandsfähig
538 gegenüber Krankheiten, Trockenheit, Versalzung, Vernässung zu sein. Dieses Potenzial ist
539 aber in Europa nur in Ansätzen erforscht. Wir fordern daher eine deutlich stärkere
540 Forschungsförderung in diesem Bereich. Denn aktuell werden agrarökologische Methoden – zu
541 denen auch der zertifizierte Ökolandbau gehört – in Europa und weltweit nur mit einem
542 Bruchteil der finanziellen Mittel erforscht und weiterentwickelt, die konventionelle und
543 gentechnische Ansätze erhalten.

544 Wir Grünen lehnen seit vielen Jahren die Agrogentechnik ab, anders als Gentechnik im
545 medizinischen Bereich und bei der industriellen Produktion. Die großen Probleme, die Länder
546 wie die USA oder Argentinien als Folge des Einsatzes von Gentechnik haben – wie ein massiver
547 Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat, Superunkräuter, Gefährdung landwirtschaftlicher
548 Vielfalt, die große Monopolmacht der Agrarkonzerne sowie die eingeschränkte
549 Verbraucherefreiheit –, unterstreichen, wie wichtig diese Ablehnung war und ist.

550 Daher ist es essenziell, dass das Vorsorgeprinzip entsprechend der Entscheidung des EUGH
551 auch gegenüber neuen Verfahren in der Gentechnik europaweit angewandt wird. Weil

552 gentechnische Veränderungen nicht rückholbar sind, muss sichergestellt werden, dass keine
553 Organismen freigesetzt werden, die Schaden anrichten. Ob die Probleme, die es bei der
554 herkömmlichen Gentechnik gibt, bei neuen gentechnischen Verfahren wie CRISPR/Cas zum Tragen
555 kommen, muss in jedem einzelnen Zulassungsverfahren im Sinne des europäischen
556 Vorsorgeprinzips geklärt werden.

557 Der Einsatz von Gentechnik ist aber nicht nur eine Frage der gesetzlichen Zulassung, sondern
558 vielmehr eine Frage der Ethik und der gesellschaftlichen Akzeptanz. Deshalb muss der weitere
559 Umgang mit neuen gentechnischen Verfahren breit gesellschaftlich diskutiert werden.

560 In diesem Zusammenhang halten wir es auch grundsätzlich für höchst problematisch, dass bei
561 der finalen Zulassung einzelner Konstrukte der Ständige Ausschuss und die Mitgliedstaaten
562 ohne das Europäische Parlament entscheiden. Das können wir so nicht akzeptieren. Wir Grünen
563 werden uns dafür einsetzen, dass das Parlament bei dieser Entscheidung angemessen beteiligt
564 und gehört wird.

565 Eine klare Kennzeichnung von Gentechnik ist zentral. Auch Produkte von Tieren, die mit
566 gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, müssen als solche gekennzeichnet
567 werden.

568 Für den Schutz des gentechnikfreien konventionellen und ökologischen Landbaus ist ein
569 Standortregister nach wie vor unverzichtbar. Die Regelungen zur gesamtschuldnerischen
570 Haftung sind entsprechend so zu gestalten, dass Mehrkosten und Aufwand, der für den
571 konventionellen, gentechnikfreien und ökologischen Landbau entsteht, den Nutzern von Sorten,
572 die mit neuer Gentechnik hergestellt wurden, angerechnet werden.

573 *Keine Patente auf Saatgut, Pflanzen und Leben – Klonen, nein danke!*

574 Das zentrale Problem beim Herumexperimentieren am Saatgut ist dessen Patentierbarkeit. Sie
575 führt zu immer größeren Monopolen der Agrarkonzerne. Landwirte werden damit abhängig
576 gemacht, gerade in den Entwicklungsländern mit fatalen Folgen. Problematisch ist zudem, dass
577 Pestizide bei gentechnisch veränderten Pflanzen häufig eingesetzt werden und die
578 Wahlfreiheit der Verbraucher*innen unterlaufen wird.

579 Der entscheidende Kampf ist daher der um ein Verbot von Patenten auf Saatgut und Leben
580 insgesamt. Züchtung muss, wie seit Jahrtausenden, ein Open-Source-System bleiben. Das Recht
581 auf Nahrung ist ein Menschenrecht und damit darf es keine Patente auf Pflanzen und auf Tiere
582 geben.

583 Zugleich fordern wir ein dauerhaftes Verbot des Klonens in der EU. Den Import von Klonen
584 sowie von Produkten von deren Nachkommen lehnen wir ab. Es kann nicht sein, dass Milch und
585 Fleisch von Nachkommen von Klontieren ungekennzeichnet auf den europäischen Markt kommen.

586 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 587 • eine Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik an ökologischen Kriterien,
- 588 • sauberes Wasser in ganz Europa,
- 589 • ein Verbot von Glyphosat und giftigen Pestiziden,
- 590 • eine EU-Fischereipolitik, die unsere Fischbestände erhält,
- 591 • konsequente Regulierung und Transparenz bei Gentechnik ein Verbot von Patenten auf
592 Saatgut, Pflanzen und Tiere.

593 **1.6 Europa vom Plastikmüll befreien**

594 Unser Ziel ist ein Europa ohne Plastikmüll, mit sauberen Meeren, einem reichhaltigen
595 Fischbestand und einer Natur ohne Müll. Die Realität sieht bedrückend anders aus: In den
596 Ozeanen schwimmen Plastikmüllteppiche von der Größe Mitteleuropas. Auch unsere Flüsse und
597 Böden leiden unter der zunehmenden Vermüllung. Wenn wir jetzt nicht radikal umsteuern, wird
598 es 2050 mehr Plastik als Fische im Meer geben. Inzwischen findet sich Mikroplastik sogar in
599 der Arktis und im Gletschereis – obwohl dort nahezu keine Menschen leben.

600 Ein erster Schritt dagegen ist ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und
601 Pflegeprodukten. Denn Mikroplastik schadet nicht nur den Fischen, sondern kann
602 möglicherweise auch für unsere Gesundheit schädlich sein. Mikroplastik wurde schon in Salz,
603 Bier und Mineralwasser nachgewiesen. Welche giftigen Plastikzusätze wir dadurch zu uns
604 nehmen, weiß bisher niemand genau. Auch für das Klima ist Mikroplastik schlecht. Denn durch
605 den Zerfall in immer kleinere Partikel wird Methan freigesetzt – das wiederum zur Erhitzung
606 unserer Erde beiträgt.

607 *Plastikflut eindämmen*

608 Das Importverbot für Plastikmüll, das China Anfang 2018 verhängt hat, beweist, welch
609 riesiges Problem wir haben. Allein aus Europa importierte China rund 1,5 Millionen Tonnen
610 Plastikmüll pro Jahr. Seither müssen die Mitgliedstaaten ihre Müllberge selbst in die Hand
611 nehmen.

612 Um die zunehmende Plastikflut einzudämmen, brauchen wir anspruchsvolle Minderungsziele für
613 Plastikabfälle und höhere Recyclingquoten. Bis 2030 müssen wir unseren Verpackungsabfall in
614 der EU um 50 % reduzieren. Außerdem darf es nicht sein, dass Plastikmüll weiterhin deponiert
615 wird. Das wollen wir ändern. Ab 2030 müssen alle in der EU in den Verkehr gebrachten
616 Kunststoffprodukte wiederverwendbar oder komplett abbaubar sein oder kosteneffizient
617 recycelt werden können.

618 Plastik ist nicht per se schlecht. Für viele Einsatzgebiete, etwa in der Medizin, ist
619 Plastik ein wichtiger und sinnvoller Werkstoff. Problematisch ist die zunehmende Verwendung
620 von Plastik für Einweg- und Wegwerfprodukte. Denn als langlebiges Produkt darf Plastik nicht
621 in erster Linie für wenige Minuten verwendet werden, wie das beispielsweise bei Trinkhalmen
622 der Fall ist. Da, wo es Alternativen gibt, müssen sie auch genutzt werden. Die Europäische
623 Kommission hat dieses Problem in ihrer Plastikstrategie aufgegriffen und unter anderem ein
624 Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik wie Wattestäbchen, Plastikgeschirr und auch
625 Trinkhalmen angestoßen. Das ist ein guter erster Ansatz, reicht jedoch noch nicht, um den
626 Massen an Einwegplastik umfangreich Einhalt zu gebieten.

627 Zudem braucht es eine EU-weite Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte. Eine solche Abgabe bietet
628 den Anreiz, Verpackungsmüll zu reduzieren, indem die Rohstoffe verteuert werden. Zugleich
629 kann dadurch der Anteil von recyceltem Plastik gesteigert werden. Erdöl und Erdgas zur
630 Produktion von Kunststoffen dürfen nicht subventioniert werden. Die Besteuerung von Plastik
631 muss in eine umfassende und ambitionierte Strategie zur Einsparung und Vermeidung von
632 Plastik, zur Steigerung des Mehrweganteils und für besseres Produktdesign eingebettet
633 werden. Dazu gehört auch, die Forschung und Entwicklung von alternativen Materialien
634 auszubauen.

635 *Recycling stärken*

636 Wir wollen das Recycling von Plastik stärken. Auch hier bietet die Plastikstrategie der EU-
637 Kommission einen guten Ansatz, der jedoch erweitert werden sollte. Die Recyclingkapazitäten
638 in der EU müssen massiv ausgebaut werden. Dazu brauchen wir ein ökologisches und
639 recyclingfreundliches Produktdesign. Die Verpackungsindustrie muss hierzu ihren Beitrag

640 leisten. Denn immer mehr Verpackungen setzen sich aus vielen unterschiedlichen Materialien
641 zusammen – was die Recyclingfähigkeit einschränkt.

642 Getränkeflaschen sind ein Alltagsprodukt aus Plastik. Doch während wir in Deutschland ein
643 funktionierendes Mehrwegsystem haben, besteht auf europäischer Ebene noch Handlungsbedarf.
644 Qualitativ hochwertige Plastikflaschen können rund 40 Mal wieder befüllt werden. Das ist
645 wesentlich ökologischer als Einmalflaschen, die direkt in den Müll wandern. Unser Ziel ist
646 eine Mehrwegquote in der EU. Deutschland, Österreich und Portugal sind hier schon sehr viel
647 weiter als andere Mitgliedstaaten. Daher muss eine solche Quote zunächst gestaffelt
648 aufgebaut werden, um allen die gleichen Chancen zu geben. Für Einweggetränkeflaschen
649 brauchen wir ein EU-weit einheitliches Pfandsystem. Denn gerade diese Wegwerfprodukte
650 vermüllen unsere Landschaften, Strände und Meere.

651 Mit einer ambitionierten Strategie für ein plastikmüllfreies Europa können wir Vorbild sein.
652 Die Europäische Union muss sich aber auch für eine internationale Plastikkonvention unter
653 dem Dach der Vereinten Nationen einsetzen. Schließlich kennt Plastikmüll keine Grenzen.

654 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 655 • ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten,
- 656 • eine europäische Plastiksteuer,
- 657 • verbindliche Mehrwegquoten,
- 658 • ein EU-weit einheitliches Pfandsystem für Einweggetränkeflaschen.

EP-W-01 Kapitel 2: Stärken, was uns zusammenhält: die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vertiefen

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-W Europawahlprogramm (Kapitel 2)

1 Jede*r Europäer*in soll sich frei entfalten können. Niemand wird zurückgelassen. Es geht
2 fair und gerecht zu. Diesen Anspruch haben wir an Europa. Alles in allem hat die Europäische
3 Union den Wohlstand auf dem Kontinent vergrößert. Aber Anspruch und Wirklichkeit passen
4 nicht zusammen. Die Lebensverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten, zwischen Nord und Süd,
5 Ost und West, klaffen auseinander. Genauso innerhalb der einzelnen Länder. Und die
6 ökonomische Globalisierung macht es immer schwieriger, soziale Gerechtigkeit zu
7 organisieren. Etwa wenn große Konzerne versuchen, Staaten gegeneinander auszuspielen, und
8 die Länder in einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern und die niedrigsten Löhne geraten.
9 Oder wenn Unternehmen und Vermögende sich ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen mehr und
10 mehr entziehen oder erst gar nicht stellen. Diese Situation wird nun noch verschärft, weil
11 die Digitalisierung die Art, wie wir leben und arbeiten, radikal verändern wird.

12 In den letzten Jahren und Jahrzehnten war in der Europäischen Union sowie in vielen
13 Mitgliedstaaten die Auffassung vorherrschend, dass die Ökonomie Vorrang vor dem Politischen
14 hat, dass Regeln und Eingriffe in den freien Markt schädlich sind, dass es nur vom Willen
15 und Vermögen des Einzelnen abhängt, ob sie oder er glücklich wird. Diese Auffassung war
16 blind für die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die unsere Leben prägen und die es einigen
17 schwerer und anderen leichter machen. In der Folge ist die Schere zwischen Arm und Reich
18 weit auseinandergegangen. Vor allem die einseitige Sparpolitik während der Eurokrise hat in
19 einigen Ländern eine ganze Generation ihrer Zukunft beraubt und Europa gespalten. Das ist
20 ein ökonomisches, ein soziales Problem und ein demokratisches Problem: Zu viele leben in
21 Armut, zu viele sind verunsichert, wenden sich enttäuscht ab, verabschieden sich aus der
22 Gesellschaft.

23 Wenn wir diese Probleme lösen und mehr Sicherheit, Perspektive und Vertrauen geben wollen,
24 müssen wir europäisch handeln. Denn angesichts der globalen Herausforderungen, angesichts
25 der international agierenden Konzerne, die Unternehmenssitze und Produktionen je nach
26 Steuer- und Lohnhöhe verlagern können, stoßen die Nationalstaaten an ihre Grenzen. Aber ein
27 solidarisches Europa als gemeinsamer Wirtschaftsraum kann ihnen Paroli bieten und einen
28 Rahmen setzen.

29 Für eine europäische Politik brauchen wir aber einen anderen Geist: Politik muss wieder das
30 Heft des Handelns aufnehmen und wir müssen für Wohlstand, Freiheit und Gerechtigkeit für
31 alle kämpfen. Es gilt, dafür Geld in die Hand zu nehmen. Nicht mehr ein Europa des
32 Sparzwangs und der Neiddebatten, sondern eines, das in die Zukunft seiner Bürgerinnen und
33 Bürger investiert. Europa soll europäische öffentliche Güter, die für alle da sind, wie
34 Klimaschutz, innere und äußere Sicherheit, Finanzstabilität, Forschung, eine europäische
35 Infrastruktur für Kommunikation, Energie und Mobilität, schaffen und durch gemeinsame
36 Steuern solidarisch und gerecht finanzieren.

37 Wenn Europa Steuerdumping entschlossen bekämpft, kann es dafür sorgen, dass auch die großen
38 Unternehmen und alle Vermögenden ihren gerechten Beitrag zum Solidarsystem leisten. Zudem
39 möchten wir die Eurozone so umbauen und stabilisieren, dass sie bei Krisen umso fester

40 zusammensteht. Der Binnenmarkt soll so ausgestaltet werden dass er die Rechte von Umwelt,
41 Verbrauchern und Arbeitnehmer*innen umfassend schützt.

42 Europäischer Zusammenhalt heißt, allen Menschen in der EU soziale Rechte zu garantieren, sie
43 überall durchzusetzen und einklagbar zu machen. Gerade Jugendliche brauchen eine
44 Perspektive. Alle Menschen in der EU müssen sich auf faire Löhne und Arbeitsbedingungen, auf
45 einen Schutz vor Armut und Ausbeutung verlassen können. Gerade auch, wenn sie in
46 unterschiedlichen Ländern leben und arbeiten.

47 **2.1 EU-Haushalt neu aufstellen**

48 Europa muss in allen Mitgliedstaaten spürbar sein. Aber Europa gibt es nicht umsonst. Daher
49 ist für uns klar: Je mehr Aufgaben wir auf die europäische Ebene verlagern, umso mehr Mittel
50 müssen auch bereitgestellt werden.

51 Statt sich um die großen europäischen Zukunftsaufgaben zu kümmern, achten die nationalen
52 Regierungen im Wesentlichen darauf, dass sie den Anteil ihres Landes am gemeinsamen Budget
53 wieder zurückerstattet bekommen. Dabei profitieren von erstklassiger Forschung in Sofia auch
54 Firmen in Amsterdam, und von der Finanzstabilität in Finnland haben auch Bankkund*innen in
55 Spanien etwas. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass sich die Anstrengungen der EU in
56 Zukunft so stark wie möglich auf europäische Gemeingüter konzentrieren und der Haushalt
57 entsprechend ausgerichtet wird. Wir fordern einen EU-Haushalt in Höhe von 1,3 % des
58 europäischen Bruttoinlandsproduktes, damit die Europäische Union die ihr übertragenen
59 Aufgaben sachgerecht erfüllen kann. In dem Maße, wie die EU eigene Einnahmequellen
60 erschließt, reduzieren sich die nationalen Beiträge.

61 Ab 2021 wird Großbritannien nicht mehr in den EU-Haushalt einzahlen. Die dadurch entstehende
62 Gesamtlücke im EU-Haushalt in Höhe von mindestens 12 Milliarden Euro muss geschlossen
63 werden. Auch Deutschland muss dafür seinen Anteil am EU-Budget angemessen erhöhen.

64 Heute wird das Geld der EU oftmals falsch ausgegeben. So bildet im jetzigen EU-Haushalt die
65 Gemeinsame Agrarpolitik der EU den zweitgrößten Posten. Diese wird aber der Anforderung,
66 eine nachhaltige, klimaschonende und für die Bäuer*innen auskömmliche Landwirtschaft und
67 damit lebenswerte ländliche Regionen zu fördern, nicht gerecht, weil sie die
68 Industrialisierung der Landwirtschaft und damit die Überproduktion besser vergütet. Die
69 Agrargelder sollen konsequent nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“
70 auf Klimaanpassung, Umweltschutz und Tierwohl umgestellt werden.

71 Wir wollen, dass die EU strukturschwache Regionen und die Entwicklung ländlicher Regionen
72 auch in Zukunft unterstützt. Ärmere Regionen wollen wir besonders fördern, um die
73 Lebensverhältnisse der Menschen in Europa einander anzunähern. EU-Mittel wollen wir
74 gezielter dort einsetzen, wo Zivilgesellschaft, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen
75 europäische Unterstützung brauchen. Außerdem wollen wir die Vergabe öffentlicher Aufträge
76 vereinfachen, gerade für Kommunen und für kleinere Projekte.

77 *Eigene Einnahmen stärken die EU*

78 Mit Steuern kann man steuern – und das sollten wir auch auf europäischer Ebene tun, statt
79 einfach jeden Mitgliedstaat einen Scheck nach Brüssel schicken zu lassen. Wer eine starke
80 Union will, muss ihr auch eigene Einnahmen geben.

81 Europa soll dort besteuern, wo es eine faire Besteuerung besser sicherstellen kann als die
82 Mitgliedstaaten. Die Wertschöpfung der großen digitalen Konzerne wie Google oder Facebook
83 ist häufig immateriell und keinem Land zuzuordnen. So schaffen es diese Unternehmen, sich
84 der Besteuerung ganz zu entziehen. Wir wollen mit einer am Umsatz orientierten Digitalsteuer
85 einen Teil dieser enormen Gewinne den europäischen Bürger*innen zugutekommen lassen.

86 Auch CO₂, Plastik und den spekulativen Handel mit Finanzprodukten können wir leichter in
87 Europa besteuern und damit gleichzeitig die Einnahmen der Union verbessern. Mit der
88 Finanztransaktionssteuer beteiligen wir Spekulanten an der Finanzierung des europäischen
89 Gemeinwesens, und wir beschränken den sinnlosen und gefährlichen Hochfrequenzhandel, der
90 solide Unternehmen und unsere Altersvorsorge bedroht.

91 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 92 • einen leistungsfähigen EU-Haushalt für gemeinsame Aufgaben,
- 93 • starke eigene Einnahmen für eine handlungsfähige Union,
- 94 • eine Beteiligung des Finanzsektors und der digitalen Wirtschaft an der Finanzierung
95 öffentlicher Aufgaben.

96 **2.2. In Europas Zukunft investieren**

97 Europa hat eine schwere Wirtschaftskrise durchlebt, die immer noch schwelt. Ihre Folgen
98 bestimmen den Alltag vieler Menschen. Mehr als 15 Millionen Europäer*innen sind ohne Arbeit.
99 In Italien, Spanien und Griechenland ist mehr als jeder dritte junge Mensch arbeitslos. Das
100 Leben einer ganzen Generation wird von Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit geprägt.

101 Der harte Sparkurs als Konsequenz aus der Finanz- und Eurokrise hat die Lebensbedingungen
102 vieler Menschen massiv verschlechtert, die Krise in vielen Ländern verlängert und vertieft
103 und das Vertrauen in Europa unterminiert. Wir haben diese einseitige Sparpolitik,
104 vorangetrieben von Merkel und den europäischen Konservativen, immer abgelehnt. Nun ist es
105 Zeit für einen grundlegenden Kurswechsel.

106 Wir wollen massiv in Europas Zukunft investieren. Mit unserer Investitionsoffensive lösen
107 wir zwei Probleme. Wir schaffen Arbeit und eine wirtschaftliche Perspektive für alle
108 Europäer*innen. Gleichzeitig erneuern, erweitern und modernisieren wir unsere Infrastruktur.
109 Das ist die Voraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität auch in der Zukunft.

110 Durch die Finanz- und Eurokrise sind sowohl öffentliche als auch private Investitionen stark
111 zurückgegangen. Bei den öffentlichen Investitionen haben wir in Europa noch nicht einmal das
112 Vorkrisenniveau wieder erreicht. Es ist ein Investitionsstau von erheblichem Umfang
113 entstanden. Auch die EU2020-Ziele sind noch lange nicht erreicht. So fehlen allein bei den
114 Ausgaben für Forschung und Entwicklung noch über 100 Milliarden Euro jährlich. Um den
115 Investitionsstau aufzulösen, müssen wir die Rahmenbedingungen für nationale Ausgaben so
116 gestalten, dass notwendige und nachhaltige öffentliche Investitionen stärker möglich sind.
117 Die Europäische Kommission hat hier in den letzten Jahren richtigerweise die Spielräume für
118 solche Investitionen erweitert.

119 Auch die privaten Investitionen sind zu niedrig und müssen gesteigert werden. Die
120 Europäische Investitionsbank leistet hier gute Arbeit bei der Finanzierung von kleinen
121 Unternehmen und Start-ups in Europa. Wir wollen sie weiter stärken. Der Europäische
122 Investitionsfonds für strategische Investitionen (EFSI) wurde temporär zur Krisenbewältigung
123 geschaffen. Er hat sich bewährt und sollte nicht wie ursprünglich geplant 2020 beendet
124 werden. Wir wollen ihn dauerhaft fortführen. Allerdings muss er seine Strategie ändern.
125 Bislang kam das Geld häufig nicht dort an, wo es am nötigsten gebraucht wird. Finanzierte
126 Projekte waren nicht zusätzlich, sondern wären auch ohne EFSI zustande gekommen. Zahlreiche
127 Investitionen waren nicht nachhaltig. Wir wollen, dass alle geförderten Investitionen
128 zusätzlich und nachhaltig sind. Die Förderschwerpunkte ökologische Effizienz und
129 Kreislaufwirtschaft müssen auch tatsächlich umgesetzt werden. Die Mitgliedstaaten sollen das
130 Eigenkapital der Europäischen Investitionsbank erhöhen, damit diese den Fonds weiterführen
131 kann.

132 Klimaschutz, innere wie äußere Sicherheit, Finanzstabilität, Forschung in
133 Zukunftstechnologien, eine europäische Infrastruktur für Kommunikation, Energie und
134 Mobilität, soziale Absicherung – dies sind europäische Gemeingüter, in die wir auch
135 europäisch investieren wollen. So können wir die Energiewende in ganz Europa nur dann
136 vorantreiben und das Klima schützen, wenn wir in die Vernetzung der bestehenden Stromnetze
137 investieren und ein europäisches Netz schaffen. Denn nur so kann Windenergie von den
138 Niederlanden nach Österreich und Solarenergie von Spanien nach Polen transportiert werden.

139 Europa soll verbinden. An der Grenze aber endet die Bahnfahrt manchmal abrupt oder es wird
140 kompliziert. Mit einem europäischen Bahnnetz verbinden wir die Menschen von Neapel bis
141 Tallinn. Während das Internet weltweit läuft, wird in Europa die digitale Infrastruktur des
142 21. Jahrhunderts noch immer in nationalen Grenzen geplant und gebaut. Das ist
143 anachronistisch. Wir wollen in ganz Europa schnelles Internet schaffen. Und bei der
144 Forschung zu neuen Technologien wie zum Beispiel der künstlichen Intelligenz kann Europa nur
145 gemeinsam erfolgreich sein.

146 Europas Sicherheit in einer unübersichtlichen Weltlage lässt sich am besten gemeinsam
147 gewährleisten. Die Schaffung europäischer Strukturen in der Verteidigung kann Europa
148 sicherer und unabhängiger machen. Das spart langfristig auch viel Geld.

149 *Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen*

150 Junge Menschen sind die Zukunft Europas. Jugendliche brauchen überall in Europa eine
151 Perspektive. Die arbeitslosen Jugendlichen in Griechenland, Spanien und Italien sind auch
152 unsere Arbeitslosen. Wir wollen eine große Offensive für die Zukunft der europäischen
153 Jugend.

154 In der Theorie gibt es bereits eine europäische Jugendgarantie, die allen jungen Menschen
155 unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre
156 Ausbildung abgeschlossen haben, ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen Arbeitsplatz,
157 eine Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum zusichert. Aber sie muss auch
158 funktionieren. Deswegen setzen wir uns für Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote von
159 hoher Qualität ein, die auskömmlich finanziert sind, beispielsweise angelehnt an die duale
160 Ausbildung in Deutschland.

161 Dazu gehört auch ein Programm der Europäischen Investitionsbank für zukunftsfähige Start-
162 ups, die überall in Europa von jungen Gründerinnen und Gründern auf den Weg gebracht werden.
163 Denn Länder mit leeren Kassen und Zombie-Banken können die Jugendgarantie nicht mit Leben
164 füllen. Spanische, griechische und italienische Jugendliche haben in ihren Heimatländern
165 derzeit oft keine Chance auf eine Arbeit, wenn sie in einem andern EU-Land einen Job finden
166 möchten. Auch dabei soll die EU ihnen helfen, damit könnte in Deutschland auch der
167 Fachkräftemangel bekämpft werden.

168 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 169 • Investitionen in Europas Infrastruktur, Klimaschutz, Energie und Mobilität,
- 170 • Stärkung von Gründerinnen und Gründern,
- 171 • Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

172 **2.3 Die Eurozone vor künftigen Krisen schützen**

173 Der Euro ist unsere gemeinsame Währung. Er wurde eingeführt, um Wohlstand zu schaffen und
174 dazu beizutragen, dass Europa noch enger zusammenwächst. Auch in unserem Alltag. Vieles
175 davon hat der Euro bereits eingelöst. Wo er versagt hat, liegt das an den
176 Konstruktionsfehlern der Währungsunion. Wir stehen zum Euro, doch wir wollen die

177 Währungsunion besser machen. Gerade die deutsche Bundesregierung hat das immer wieder
178 verhindert. Wir wollen die Zeit der Flickschusterei überwinden und einen Euro schaffen, der
179 die Europäer*innen zusammenführt.

180 Dieses Versprechen wurde in der Vergangenheit zu oft nicht eingelöst. Mit einer harten und
181 übertriebenen Sparpolitik wurden Finanz- und Eurokrise unnötig verlängert. Gleichzeitig
182 haben sich die Staats- und Regierungschef*innen, und allen voran die Bundesregierung, einen
183 schlanken Fuß gemacht und viel zu sehr auf die Europäische Zentralbank vertraut, die mit
184 niedrigen Zinsen und weitreichenden Maßnahmen die Kohlen aus dem Feuer holen musste. Das
185 darf nicht so bleiben.

186 Denn ein Exportland wie Deutschland, das am meisten vom Euro profitiert und in dem Millionen
187 von Arbeitsplätzen von einer stabilen Währung abhängig sind, hat nichts gewonnen, wenn wir
188 einen Haushalt mit schwarzer Null vorlegen, Europa aber vor die Hunde geht, weil die
189 Jugendarbeitslosigkeit antieuropäische Parteien stark macht. Die Eurozone muss also stabiler
190 und demokratischer werden. Das schließt ein, mehr als bisher auf Zusammenhalt und
191 Solidarität in der Eurozone zu setzen.

192 Eine stabile und demokratische Währungsunion hat drei wesentliche Elemente: Erstens müssen
193 wir in europäische Gemeingüter investieren und durch ihre Finanzierung wirtschaftlichen
194 Krisen entgegenwirken. Zweitens wollen wir die Bankenunion vollenden, damit einige
195 verantwortungslose Banken nie wieder die ganze Währung gefährden können. Und drittens wollen
196 wir die wichtigen Entscheidungen aus den Hinterzimmern holen und demokratischer Kontrolle
197 unterwerfen.

198 *Euro stabilisieren – Haushalt für die EurozonePlus*

199 Zu einem krisenfesten Euro gehört auch, dass sich alle Mitgliedstaaten an die gemeinsamen
200 Regeln halten, egal ob es um Haushaltsdefizite oder Leistungsbilanzüberschüsse geht. Die
201 deutsche Bundesregierung kritisiert gerne andere Länder, verstößt aber mit einem hohen
202 Leistungsbilanzüberschuss – das heißt, Deutschland exportiert mehr, als es importiert – seit
203 Jahren selbst gegen europäische Regeln. Eine nationale und doch europäische Antwort ist,
204 dass wir auch in Deutschland mehr investieren und gegen Lohndumping vorgehen. Das nützt der
205 Stabilität unserer Währung und macht die deutsche Wirtschaft zukunftsfähiger und sozialer.

206 Alle Mitgliedstaaten müssen mehr gemeinsame Verantwortung für die Stabilität des Euro
207 übernehmen. Die Europäische Zentralbank ist dafür nicht alleine verantwortlich. Deshalb
208 befürworten wir einen eigenen Haushalt für die Eurozone im Rahmen der allgemeinen EU-
209 Finanzen. Wir schaffen ein EurozonePlus-Budget, das in dem Maße aufwächst, wie sich die
210 beteiligten Mitgliedstaaten darauf einigen, darüber gemeinsame Aufgaben gemeinsam zu
211 finanzieren, die sie bisher national finanziert hatten. Solche europäischen Gemeingüter
212 wären zum Beispiel ein gemeinsames Eisenbahnnetz, ein europäisches Stromnetz für erneuerbare
213 Energien oder eine flächendeckende digitale Infrastruktur für Europa. Dieses EurozonePlus-
214 Budget soll möglichst im Rahmen des mittelfristigen Finanzrahmens für alle Mitgliedsländer
215 der Union offen sein. Es speist sich aus gemeinsamen konjunkturabhängigen Steuern.
216 Insbesondere wollen wir eine gemeinsame Unternehmenssteuer vorantreiben, die besonders
217 antizyklisch wirkt, Bürokratie für grenzüberschreitende Unternehmen abbaut und Steuerdumping
218 beendet. Deutschland und Frankreich sollten hier vorangehen. Durch ein so finanziertes
219 Budget werden Mitgliedstaaten in konjunkturell schwachen Zeiten entlastet. Das stützt die
220 Wirtschaft und bewahrt Arbeitsplätze. Der Haushalt für die Eurozone sollte verpflichtend für
221 alle Euroländer, aber offen für alle sein, daher „EurozonePlus“.

222 Zur Stabilisierung könnte auch eine ergänzende europäische Rückversicherung der nationalen
223 Arbeitslosenversicherungen beitragen.

224 Europa sollte künftige Krisen alleine lösen können. In der Eurokrise hat der internationale
225 Währungsfonds geholfen. Wir wollen einen europäischen Währungsfonds schaffen und im EU-Recht
226 verankern. Um zu verhindern, dass ein Land plötzlich durch Spekulation in eine tiefe Krise
227 schlittert, braucht es eine schnelle Reaktion. Dafür wollen wir eine kurzfristige
228 Kreditlinie schaffen, die schon präventiv wirkt. Das Europäische Parlament sollte das Recht
229 auf Information, Kontrolle und Miternennung der Direktorin bzw. des Direktors dieses
230 europäischen Währungsfonds erhalten. Die Entscheidungen über längerfristige Kredite aus dem
231 europäischen Währungsfonds würden aber trotzdem weiterhin bei den nationalen Parlamenten
232 liegen, solange das Geld dafür auch aus den nationalen Haushalten kommt.

233 *Bankenunion vollenden für mehr Sicherheit*

234 Ein krisenfester Euro bedeutet auch, dass keine Bank mehr die Stabilität unserer gemeinsamen
235 Währung gefährden können darf. Mit der gemeinsamen Bankenaufsicht bei der Europäischen
236 Zentralbank, mit den neuen Abwicklungsregeln, die die Gläubiger der Banken jetzt endlich zur
237 Kasse bitten, und mit dem gemeinsamen Abwicklungsmechanismus ist der Einstieg in die
238 Bankenunion geschafft. Doch einige Elemente fehlen noch immer, damit die neuen Regeln
239 wirksam angewandt werden können:

240 Erstens dürfen Banken nicht mehr zu Lasten der Steuerzahler gerettet werden. Dafür braucht
241 der gemeinsame Abwicklungsfonds eine Letztsicherung über den europäischen Währungsfonds. So
242 wird verhindert, dass er sich im Krisenfall als zu klein erweist und dann doch wieder die
243 Steuerzahler einspringen müssen.

244 Zweitens muss ein Euro überall gleich sicher sein, egal ob er bei einer niederländischen
245 oder einer slowenischen Bank angelegt ist. Sonst verstärkt sich jede Krise selbst, weil
246 Kund*innen im Krisenfall um ihr Ersparnis bangen müssen und ihr Geld abziehen. Deshalb
247 brauchen wir eine gemeinsame europäische Einlagensicherung. Sie soll als Rückversicherung
248 ausgestaltet sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale
249 überfordert ist. Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf
250 ihre bewährten Institutssicherungssysteme setzen.

251 Es ist richtig, uns in Europa gemeinsam gegen Risiken zu versichern, weil nur Europa das
252 überhaupt leisten kann. Allerdings müssen dafür auch die Risiken der Banken in allen
253 Euroländern abgebaut werden. Auch Staatsanleihen dürfen sich nicht länger nur in den Banken
254 des jeweiligen Landes konzentrieren. Sonst führt die Krise eines Landes immer zur Krise
255 seiner Banken. Die Regulierung der Banken als Konsequenz aus der Krise ist auch noch immer
256 nicht abgeschlossen. Wir setzen uns für die Erhöhung der Eigenkapitalquoten auf 10 % bei den
257 Großbanken sowie für eine Trennung des Investmentgeschäfts vom Kundengeschäft der Banken
258 ein. Für Banken muss eine feste Schuldenbremse („leverage ratio“) gelten, damit sie ihre
259 Risiken nicht künstlich kleinrechnen können. Unterschiedliche Geschäftsmodelle wollen wir
260 nach Risiko und Komplexität unterschiedlich behandeln. Die Aufsicht über kleine Banken
261 wollen wir entbürokratisieren, um sie im Wettbewerb nicht zu benachteiligen.

262 *Europolitik raus aus den Hinterzimmern – rein ins Parlament!*

263 Die gemeinsame Währung ist so wichtig für alle Europäer, dass über sie demokratisch
264 entschieden werden muss. Das Europäische Parlament ist der Ort dafür. Keine wichtige
265 Weichenstellung sollte ohne seine Zustimmung erfolgen. Ausführendes Organ und Dreh- und
266 Angelpunkt der gemeinsamen Wirtschaftspolitik ist und bleibt die vom Parlament legitimierte
267 Europäische Kommission. Wir wollen, dass die zuständige Kommissarin für Wirtschaft und
268 Finanzen auch Vorsitzende der Eurogruppe wird.

269 Mit dem Euro ist ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten bereits Realität: Die Länder des
270 Euro teilen eine gemeinsame Geldpolitik. Das macht für diese Länder auch in anderen
271 Bereichen gemeinsame Schritte notwendig, die für die Nicht-Euroländer nicht essenziell sind.

272 Lösungen für die Eurozone sollten aber immer offen für andere Mitgliedstaaten sein, wie es
273 etwa schon heute bei der Bankenunion der Fall ist.

274 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 275 • einen krisenfesteren Euro,
- 276 • ein EurozonePlus-Budget zur Finanzierung gemeinsamer Aufgaben,
- 277 • die Vollendung der Bankenregulierung.

278 **2.4 Steuersümpfe austrocknen, Steuertricksern das Handwerk legen**

279 Unser europäisches Sozialmodell braucht eine ausreichende Finanzierung. Fehlt es den Staaten
280 an Steuereinnahmen, werden öffentliche Leistungen gekürzt und die Infrastruktur wird
281 vernachlässigt. Wir wollen, dass die Finanzierung gerecht ist: Starke Schultern sollen auch
282 mehr beitragen.

283 Der gemeinsame Binnenmarkt ist ohne Frage eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte. Doch er
284 lädt wegen seiner Lücken in der Steuerpolitik, die nach wie vor in der primären Hoheit der
285 Mitgliedstaaten liegt, zur Steuervermeidung ein: Große Unternehmen können derzeit überall in
286 Europa ihre Produkte verkaufen und gleichzeitig nur im Land mit den niedrigsten Steuern ihre
287 Gewinne versteuern. Damit verabschieden sich gerade große Unternehmen, die Rekordgewinne
288 erzielen, aus der gesellschaftlichen Solidarität. Das schädigt unser Gemeinwesen und alle
289 ehrlichen Steuerzahler*innen. Kleine und mittlere Unternehmen können ihre Gewinne nicht
290 verlagern und zahlen die vollen Steuern. Sie haben damit einen Nachteil im Wettbewerb mit
291 den Konzernen. Wir wollen deshalb, dass große Unternehmen genauso wie kleine
292 Handwerksbetriebe ihre Steuern da zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Dafür wollen
293 wir beherzt gegen Steuerdumping vorgehen.

294 *Steuerdumping beenden*

295 Einige Mitgliedstaaten haben es zu ihrem Geschäftsmodell gemacht, sich gegenüber dem Rest
296 der EU durch niedrige Steuersätze oder großzügige Ausnahmen attraktiv für Unternehmen zu
297 machen. Die Einzigen, die davon langfristig profitieren, sind internationale Unternehmen,
298 die damit ihre Renditen steigern. Die Steuervermeidung untergräbt das Fundament unserer
299 Wohlfahrtsstaatsmodelle in Europa. Denn die Praxis treibt indirekt Menschen in die Armut und
300 Staaten dazu, dass sie nicht in das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger investieren können.
301 Die Steuerbelastung verschiebt sich damit immer mehr zu denen, die sich ihr nicht entziehen
302 können: kleinen Unternehmen, Arbeitnehmer*innen und Konsument*innen. Wir wollen dieses
303 Geschäftsmodell beenden.

304 Die EU-Kommission hat – gerade unter dem Druck von uns Grünen – endlich damit begonnen,
305 individuelle Absprachen zwischen Mitgliedstaaten und Großunternehmen als illegale staatliche
306 Beihilfen zu verfolgen und auch zu ahnden. Das geht in die richtige Richtung. Aber das
307 reicht nicht: Wir wollen das europäische Wettbewerbsrecht so verändern, dass es zur scharfen
308 Waffe wird, mit der die EU-Kommission den zerstörerischen Steuerwettbewerb auf Kosten der
309 anderen Mitgliedstaaten bekämpfen kann.

310 Große Unternehmen verlagern zudem ihre Gewinne mit Buchungstricks in Niedrigsteuerrländer.
311 Sie nutzen die gute Infrastruktur eines Landes, tragen aber nicht zu den Kosten für sie bei.
312 Damit sich aber der internationale Kaffeekonzern ebenso an der Finanzierung des Gemeinwesens
313 beteiligt, wie es heute schon der oder die Bäcker*in an der Ecke tut, müssen auf Zahlungen
314 von Zinsen und Lizenzgebühren innerhalb der EU wieder Quellensteuern erhoben werden. Dafür
315 ist die entsprechende europäische Richtlinie zu ändern. Dann lohnen sich solche Tricks für
316 die Unternehmen nicht mehr.

317 *Europäische Unternehmensmindeststeuer*

318 Wer europaweit verkaufen darf, muss auch europaweit gleichwertig besteuert werden. Deshalb
319 ist eine einheitliche Unternehmensbesteuerung die logische Fortsetzung des Binnenmarktes.
320 Wir wollen in einem ersten Schritt eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Besteuerung
321 von Unternehmen im Binnenmarkt. Für die Unternehmen wäre das eine Vereinfachung. Gerade für
322 kleine und mittlere Unternehmen führt ein einheitliches Steuerrecht dazu, dass sie leichter
323 auch in anderen Mitgliedstaaten tätig werden können. Es soll einen europäischen
324 Mindeststeuersatz für alle Unternehmensgewinne geben.

325 In einem zweiten Schritt sollte eine europäische Unternehmenssteuer folgen, damit es endlich
326 eine echte europäische Einnahmequelle gibt. Ein Teil der Einnahmen aus dem Mindeststeuersatz
327 soll direkt in den EurozonePlus-Haushalt fließen. Die Mitgliedstaaten können und sollen
328 Steuersätze festlegen, die über dem Mindeststeuersatz liegen. Die Einnahmen daraus fließen
329 in ihre nationalen bzw. kommunalen Haushalte. In Deutschland werden wir darauf achten, dass
330 diese Reform nicht zu Lasten von Städten und Gemeinden geht.

331 Längst überfällig ist, dass alle Großunternehmen öffentlich machen müssen, in welchem Land
332 sie ihre Umsätze machen, wo ihre Gewinne anfallen und wie viel Steuern sie darauf zahlen.
333 Dann fällt sofort auf, wenn ein Konzern seine Umsätze in Deutschland erzielt, aber seine
334 Gewinne in einen Steuersumpf verschiebt, um darauf möglichst wenig Steuern zu zahlen.
335 Transparenz ist eines der wirksamsten Mittel gegen Steuervermeidung. Die deutsche
336 Bundesregierung und Finanzminister Scholz blockieren diese Transparenz aber in Europa.
337 Dadurch ermöglichen sie Großunternehmen die Steuervermeidung erst.

338 *Steuerhinterziehung und Geldwäsche bekämpfen*

339 Mit der Abschaffung des Bankgeheimnisses und der Einführung eines internationalen
340 automatischen Informationsaustauschs wurde ein entscheidender Sieg gegen Steuerhinterziehung
341 erzielt. Auch das Transparenzregister der EU für Unternehmen ist ein großer grüner Erfolg
342 gegen kriminelle Geldgeschäfte. Doch selbst in Deutschland hapert die Umsetzung. Die
343 Eigentümer vieler Unternehmen sind immer noch nicht transparent. Gerade Immobilien müssten
344 der Spekulation durch kriminelles Geld so europaweit entzogen werden.

345 Die EU-Kommission schätzt, dass Europas ehrliche Steuerzahler*innen jedes Jahr um mindestens
346 50 Milliarden Euro durch Steuerbetrüger bei der Mehrwertsteuer geprellt werden. Die
347 Kommission hat einen Plan für ein einheitliches Mehrwertsteuergebiet in der EU vorgelegt,
348 der den Kriminellen das Handwerk legen soll. Die Bundesregierung blockiert auch hier in
349 Brüssel einen Fortschritt. Wir unterstützen das Ziel der Kommission.

350 Die bestehende schwarze Liste für Steueroasen in der EU ist ein erster Schritt. Wichtige
351 Steueroasen fehlen jedoch auf der Liste. Andere Staaten konnten schon mit vagen Zusagen
352 erreichen, dass sie wieder von der Liste gestrichen werden. Die Umsetzung muss nun strikt
353 überwacht werden. Die Erstellung der Liste ist komplett intransparent und lässt die
354 politische Bevorteilung einzelner Staaten vermuten. Wir wollen eine echte schwarze Liste mit
355 klaren Kriterien statt Absprachen im Hinterzimmer. Ein Eintrag auf der Liste muss
356 Konsequenzen haben. Banken, Kanzleien und Unternehmen dürfen dann keine Geschäfte in diesen
357 Ländern mehr machen, und Verstöße dagegen müssen sanktioniert werden.

358 *Europa handlungsfähig machen*

359 Die Einstimmigkeit in Steuerfragen verhindert, dass Europa gegen Steuervermeidung vorgeht.
360 Ein einzelnes Land, das das Geschäftsmodell Steuersumpf betreibt, kann Fortschritte
361 verhindern. Um diese Blockade aufzubrechen, müssen andere Mitgliedstaaten vorangehen, damit
362 sich die Verlagerung von Gewinnen für die Unternehmen nicht mehr lohnt. Damit wird das
363 Geschäftsmodell auch für die Staaten unattraktiv.

364 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 365 • den Kampf gegen Steuerbetrug, Steuerdumping und Geldwäsche,
- 366 • eine gemeinsame europäische Unternehmensmindestbesteuerung.

367 **2.5 Wettbewerb fair gestalten**

368 Wettbewerb ist die tragende Säule der Marktwirtschaft und Motor für Innovationen. Fehlt der
369 Wettbewerb, können Monopolisten hohe Gewinne auf Kosten der Verbraucher machen und
370 technische und soziale Innovationen behindern. Um das zu verhindern, braucht es einen fairen
371 Wettbewerb und eine Begrenzung wirtschaftlicher Macht. Dafür ist es auch notwendig,
372 bestehende Monopole zu zerschlagen.

373 Mit der Globalisierung schaffen globale Konzernfusionen, wie jene von Bayer und Monsanto,
374 eine noch größere Marktbeherrschung mit zahlreichen negativen Auswirkungen. Unternehmen
375 agieren zunehmend branchenübergreifend – Volkswagen ist nicht nur einer der größten
376 Autokonzerne, sondern auch eine Bank, und Amazon ist nicht nur ein Onlinehändler, sondern
377 auch ein Medienunternehmen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den Anforderungen des
378 21. Jahrhunderts gerecht wird, fordern wir ein eigenständiges europäisches Kartellamt mit
379 angemessenen Mitteln und Personal. Dieses Kartellamt soll auch als europäische
380 Digitalaufsicht fungieren. Die Marktmacht der großen Digitalkonzerne wollen wir so gemeinsam
381 kontrollieren und begrenzen. Wir möchten, dass das europäische Wettbewerbsrecht bei
382 außereuropäischen Fusionen auch die Auswirkungen auf den globalen Markt ins Auge fasst und
383 sich nicht nur auf den europäischen Markt beschränkt.

384 Wir wollen erreichen, dass bei der Kontrolle von Fusionen auch wettbewerbsfremde Faktoren
385 berücksichtigt werden. Die Fusion von Bayer und Monsanto ist nicht nur für den Wettbewerb
386 problematisch. Sie hat auch negative Auswirkungen auf den Umweltschutz. Heute aber muss man
387 Unternehmen mit einer marktbeherrschenden Stellung nachweisen, dass sie diese missbrauchen.
388 Das ist in der Regel nicht zu beweisen. Wir treten daher dafür ein, dass man Unternehmen
389 auch unabhängig von einem nachgewiesenen Missbrauch aufspalten kann, wenn ihre Marktmacht zu
390 groß wird.

391 Digitale Geschäftsmodelle und die sogenannte Plattformökonomie stellen uns vor neue
392 Herausforderungen. Google und Facebook beherrschen den Markt für Onlinewerbung und können
393 kleinen Unternehmen die Bedingungen diktieren. Amazon kann hohe Gebühren von kleinen
394 Unternehmen verlangen, die gezwungen sind, ihre Produkte auf der Plattform anzubieten, um
395 Käufer*innen zu finden. Wir wollen diese Unternehmen streng regulieren. Wenn sie anderen
396 Firmen den Zugang zu ihren Plattformen verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen
397 die Wettbewerbshüter*innen dagegen vorgehen.

398 Facebook hat als soziales Netzwerk ein Monopol geschaffen. Kein anderes Unternehmen kann
399 erfolgreich ein soziales Netzwerk betreiben, weil es davon lebt, dass viele andere Menschen
400 es ebenfalls nutzen. Mit dem Zukauf von Instagram und WhatsApp hat Facebook seine
401 Monopolstellung ausgeweitet. Um für mehr Wettbewerb zu sorgen, wollen wir diese Unternehmen
402 wieder aufspalten. Wer von Facebook zu einem anderen sozialen Netzwerk wechseln will, muss
403 zudem seine Daten einfach und schnell mitnehmen können.

404 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 405 • ein starkes europäisches Kartellamt,
- 406 • die Kontrolle digitaler Marktmacht,
- 407 • die Zerschlagung des Facebook-Imperiums.

408 2.6 Soziale Sicherheit garantieren

409 Wir stehen für ein soziales und gerechtes Europa, in dem alle Menschen gleiche Chancen
 410 haben, an der Gesellschaft teilzuhaben. Derzeit ist dieses Ziel noch nicht erreicht. Es
 411 bestehen weitreichende wirtschaftliche Freiheiten im Binnenmarkt. Gemeinsame Arbeits- und
 412 Sozialstandards sind hingegen unterentwickelt. Deshalb wird die EU häufig als Bedrohung für
 413 soziale Sicherheit gesehen. Zu Unrecht. Tatsächlich ist es so, dass die Nationalstaaten die
 414 Kompetenz für die sozialen Sicherungssysteme wie Rente, Gesundheit, Pflege oder
 415 Grundsicherung haben. Doch an einer Stelle kann die europäische Ebene schon heute handeln:
 416 Sie kann gemeinsame Mindeststandards schaffen und grenzüberschreitendes Arbeiten sozial
 417 absichern.

418 *Soziale Grundrechte für Europas Bürger*innen garantieren*

419 In der EU sollten alle Menschen ein würdevolles Leben führen können. Deshalb ist die
 420 Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung essenziell. Verlässliche
 421 soziale Rechte sind die Voraussetzung dafür, dass Binnenmarkt und Währungsunion im Interesse
 422 der Menschen wirken. Die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen Rechte
 423 müssen als Grundrechte aller EU-Bürger*innen gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem
 424 Europäischen Gerichtshof einklagbar sein. So können zum Beispiel Arbeitslose, denen das
 425 Recht auf Vermittlung in Arbeit verweigert wird, sich dagegen zur Wehr setzen.
 426 Arbeitnehmer*innen, die keinen angemessenen Urlaub oder Ruhepausen bekommen, erhalten
 427 Beistand von der EU. Und Bürger*innen können gegen ihr Land klagen, wenn ihnen aufgrund
 428 eines miserablen nationalen Gesundheitssystems das in der EU-Grundrechtecharta verbrieft
 429 Recht auf medizinische Versorgung verwehrt wird. So wird die Europäische Union zu einem
 430 Garanten für soziale Rechte.

431 Wir fordern außerdem, dass das EU-Recht den sozialen Rechten und den
 432 Arbeitnehmer*innenrechten mindestens den gleichen Stellenwert einräumt wie den
 433 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts wie beispielsweise der Dienstleistungsfreiheit.
 434 Damit der Europäische Gerichtshof bei Entscheidungen zum Binnenmarkt Arbeitnehmerrechte
 435 nicht den wirtschaftlichen Freiheiten unterordnet, müssen die entsprechenden Gesetze
 436 angepasst werden.

437 *Soziale Mindeststandards in ganz Europa*

438 Allen Menschen in Europa wollen wir ein würdevolles Existenzminimum garantieren. Dafür
 439 braucht es einen europäischen Rahmen für eine Grundsicherung in allen Mitgliedstaaten. Wir
 440 machen uns stark für eine europäische Grundsicherungs-Richtlinie, die soziale
 441 Mindeststandards für jedes Land festlegt, angepasst an die jeweilige ökonomische Situation.
 442 Die Mitgliedstaaten sind natürlich angehalten, höhere Standards zu behalten oder neu zu
 443 schaffen. Das Gleiche gilt für die nationalen Gesundheitssysteme. Auch hier braucht es einen
 444 Mindestversorgungsstandard in allen Ländern. Jede*r Europäer*in muss einen Zugang zu guter
 445 medizinischer Versorgung haben.

446 Wir streiten dafür, dass nationale Gesundheitssysteme als Teil der sozialen Daseinsvorsorge
 447 nicht durch die Hintertür über das europäische Wettbewerbsrecht ausgehöhlt werden.
 448 Medizinische Studien müssen die Gesundheit schützen, geschlechtsspezifische Unterschiede
 449 berücksichtigen und transparent sein. Wir streben strengere Regelungen gegen die
 450 Einflussnahme der Pharmaindustrie im Gesundheitswesen an.

451 *Mindestlöhne in ganz Europa – gleicher Lohn für gleiche Arbeit*

452 Alle Menschen sollen von ihrer Arbeit gut leben können. Die Mindestlöhne, die in den EU-
 453 Mitgliedstaaten derzeit gezahlt werden, variieren jedoch stark, und nicht alle
 454 Mitgliedsländer haben einen Mindestlohn. Um Lohndumping in der EU zu Lasten aller

455 Arbeitnehmer*innen zu verhindern, setzen wir uns daher für eine Mindestlohn-Richtlinie ein,
456 die allen Arbeitnehmer*innen in der EU, entsprechend den Lebenshaltungskosten des jeweiligen
457 Landes, ein auskömmliches Einkommen garantiert. Damit leisten die Arbeitgeber*innen auch
458 einen Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU.

459 Es kommt bei der Mobilität von Arbeitnehmer*innen immer noch zu Ausbeutung. Etwa wenn
460 rumänische Arbeiter in deutschen Schlachthöfen zu niedrigen Löhnen und unwürdigen
461 Bedingungen beschäftigt werden. Die neue Entsenderichtlinie war ein wichtiger grüner
462 Teilerfolg, um den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in Europa durchzusetzen. Für
463 die Umsetzung braucht es aber mehr staatliche Kontrollen. Außerdem müssen auch in andere
464 Länder entsandte LKW-Fahrer*innen dringend in die Entsenderichtlinie aufgenommen und
465 umfassend geschützt werden. Bisher sorgen aber Konservative, Liberale und Sozialdemokraten
466 im Europaparlament dafür, dass ihnen soziale Rechte auf angemessene Bezahlung und Ruhepausen
467 weiterhin verwehrt werden.

468 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 469 • einklagbare soziale Grundrechte,
- 470 • eine Grundsicherung für alle Menschen in der EU,
- 471 • europaweite Mindestlöhne.

472 **2.7 Mobil arbeiten in Europa: Freizügigkeit sozial ausgestalten**

473 Alle EU-Europäer*innen haben das Recht, sich in der EU frei zu bewegen, ihren Wohn- und
474 Arbeitsort frei zu wählen. Freizügigkeit ist Kern des europäischen Projektes.

475 Steuer- und Sozialversicherungsrecht muss so gestaltet werden, dass es mobile
476 Arbeitnehmer*innen stärkt. Eine Arbeitnehmerin, die sich für eine Arbeit in einem anderen
477 Land entscheidet, darf deshalb keine Nachteile erleiden. Die Anerkennung von Bildungs- und
478 Berufsabschlüssen innerhalb Europas muss weiter verbessert werden.

479 Wir wollen die Beratung von Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Mitgliedstaaten vor Ort
480 verbessern und die EU-Beratungsstellen ausbauen. So bauen wir Hürden für Mobilität in Europa
481 ab.

482 Wir unterstützen die neue europäische Arbeitsbehörde, um sicherzustellen, dass
483 grenzüberschreitend tätige Arbeitnehmer gleiche Rechte in allen EU-Ländern haben. Nationale
484 Behörden müssen hier mit der neuen Arbeitsbehörde kooperieren. Arbeitnehmer*innen brauchen
485 Stärkung bei der Ausübung der Freizügigkeit und auch bei der Durchsetzung ihrer sozialen
486 Grundrechte.

487 Die besondere Stärke der EU ist, dass Arbeitnehmer*innen, die in Europa mobil sind, ihre in
488 einem Land erworbenen Ansprüche nicht verlieren, sondern mitnehmen können. Eine
489 Arbeitnehmerin, die sich in Österreich eine Rente erarbeitet hat, kann ihren Ruhestand auch
490 in Schweden verbringen. Wir wollen, dass dies auch für Betriebsrenten uneingeschränkt gilt.

491 Dass die EU sicherstellt, dass Arbeitnehmer nicht aufgrund ihrer Nationalität diskriminiert
492 werden, ist Ausdruck des gemeinsamen Wertekanons und zugleich eine essenzielle Maßnahme
493 gegen Sozialdumping. Umso unverständlicher ist es, dass gerade in Deutschland immer wieder
494 die Debatte über das Kindergeld vom Zaun gebrochen wird. Kindergeld erhalten in Deutschland
495 Arbeitnehmer*innen, die arbeiten und Steuern zahlen.

496 Um Missbrauch zu unterbinden, müssen insbesondere Finanzbehörden, Polizei und Familienkassen
497 eng zusammenarbeiten, um organisierten Kriminellen den Boden zu entziehen. Der Missbrauch
498 durch Kriminelle darf jedoch nicht dazu führen, dass alle Unionsbürger*innen in Mithaftung

499 genommen werden, die einfach nur ihr Recht auf Freizügigkeit wahrnehmen. Zumal das ja auch
500 heißen würde, wenn es für Kinder im Ausland weniger Geld gäbe, dass das auch für das
501 deutsche Kind gelten müsste, das zum Beispiel in Krakau studiert.

502 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 503 • einen einfacheren Arbeitsplatzwechsel in andere EU-Länder,
- 504 • Freizügigkeit mit Schutz für Arbeitnehmer*innen in Europa.

EP-F-01 Kapitel 3: Sichern, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-F Europawahlprogramm (Kapitel 3)

1 Die Europäische Union hat Unglaubliches geleistet: Zum ersten Mal in der Geschichte unseres
2 Kontinents leben wir in einem gemeinsamen Raum des Rechts und nicht nach dem Prinzip „Recht
3 des Stärkeren“. Die EU hat schon viele Schritte für mehr Gleichberechtigung, für den Schutz
4 von Minderheiten und für ihre eigene Demokratisierung getan.

5 Europas Werte sind: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und
6 Menschenrechte. Dieses Fundament muss all die Bewohner*innen der Europäischen Union tragen.

7 Doch in den letzten Jahren und Monaten haben nationale und nationalistische, reaktionäre,
8 populistische und völkisch-rassistische Parteien die Grundprinzipien der Europäischen
9 Einigung angegriffen und ausgehöhlt. Sie hassen die liberale Demokratie. Und deshalb hassen
10 sie den Traum von einem Europa, das sich sozial erneuert, in dem Menschen sich frei begegnen
11 können, in dem nationale Kompetenzen gebündelt werden, um Freiheit, Sicherheit und Recht zu
12 gewährleisten.

13 Daher gilt es jetzt umso mehr, die Werte Europas zu verteidigen. Wenn nationale Regierungen
14 Rechte von Andersdenkenden mit Füßen treten und die Unabhängigkeit von Justiz oder Presse in
15 Frage stellen, stärken wir gezielt die demokratischen Kräfte in den betroffenen
16 Mitgliedstaaten. Wenn Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch Korruption
17 untergraben, soll die EU-Kommission den nationalen Regierungen die Kontrolle über die EU-
18 Gelder entziehen können. Wenn Menschen wegen ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer
19 Herkunft oder ihres Aussehens im Netz angegriffen werden, stellen wir Hasskommentare im
20 Internet EU-weit unter Strafe. Wenn Menschen sich aus Not in die Hände von Schleppern und
21 Schmugglern begeben müssen, schaffen wir legale Fluchtwege und ein Einwanderungsgesetz,
22 damit das Sterben auf dem Mittelmeer beendet und Einwanderung geordnet ermöglicht wird.

23 **3.1. Grundrechte in der Europäischen Union sichern**

24 Wir sind der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit,
25 Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der
26 Personen, die Minderheiten angehören, verpflichtet. Diese Kopenhagener Kriterien bilden das
27 Fundament der EU.

28 Wenn aber nationale Regierungen diese Rechte mit Füßen treten und immer autoritärer werden,
29 Pressefreiheit einschränken, Minderheiten schikanieren, die Unabhängigkeit der Justiz oder
30 die Freiheit der Künste aufheben, dann steht die EU häufig nur ratlos daneben.

31 Wir müssen daher die demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten stärken.
32 Entsprechend wollen wir die Möglichkeiten der EU erweitern. Dafür gibt es nicht die eine
33 Antwort, sondern es braucht ein Paket an Maßnahmen. Wir schlagen daher folgende Punkte zur
34 Stärkung von Demokratie und Freiheit in der Europäischen Union vor:

35 *Die Europäische Grundrechtecharta verbindlich machen*

36 Unser langfristiges Ziel ist es, dass alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger die gleichen
37 einklagbaren Grundrechte bekommen, um ihre Grundrechte und die Demokratie in allen

38 Mitgliedsländern besser verteidigen zu können. Die bestehende Grundrechtecharta der EU
39 beinhaltet grundlegende politische Freiheiten und demokratische Prinzipien, ebenso wie
40 moderne Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel auf Zugang zu guter
41 Gesundheitsversorgung und guter Bildung. Derzeit gilt die Grundrechtecharta allerdings nur
42 für europäische Gesetze. Für nationale Gesetze gelten die Grundrechte des jeweiligen Landes.
43 Deswegen konnte die Europäische Kommission beispielsweise bei der Einschränkung der
44 Pressevielfalt durch die Regierung von Viktor Orbán in Ungarn nicht angemessen agieren.

45 Der Anwendungsbereich der Grundrechtecharta muss deshalb auch auf die nationale Gesetzgebung
46 ausgeweitet werden. Damit könnten alle Bürgerinnen und Bürger die in der Charta enthaltenen
47 Grundrechte und demokratischen Prinzipien gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten
48 einklagen. Das würde sie massiv stärken und die Möglichkeiten verbessern, Demokratie und
49 Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, gerade in den Ländern, in denen diese Prinzipien
50 angegriffen werden.

51 *Unabhängige Prüfung von Demokratie und Menschenrechten in den EU-Mitgliedstaaten*

52 Der Übergang von legitimen Maßnahmen zu Verletzungen demokratischer Prinzipien oder gar
53 systematischen Menschenrechtsverletzungen ist nicht immer einfach festzustellen. Der EU
54 fehlt es bislang sowohl an klaren Kriterien als auch an Strukturen dafür. Deswegen brauchen
55 wir ein unabhängiges Gremium aus Verfassungsexpert*innen, das alle Mitgliedsländer
56 regelmäßig auf die Einhaltung demokratischer Grundsätze hin überprüft. Wir schlagen dafür
57 eine „Kopenhagen-Kommission“ vor. Sie soll Kriterien für die Überprüfung auf Grundlage der
58 in Artikel 2 des EU-Vertrages verankerten Prinzipien wie Achtung der Menschenwürde,
59 Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte
60 entwickeln. Das Gremium soll durch die nationalen Parlamente sowie das Europaparlament
61 besetzt werden.

62 Die „Kopenhagen-Kommission“ soll weisungsunabhängig und kontinuierlich alle Mitgliedsländer
63 überprüfen und einmal jährlich über jedes Land berichten. Die Ergebnisse werden im
64 Europaparlament, im Europäischen Rat und in den nationalen Parlamenten diskutiert. Bei
65 akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit
66 durch einzelne nationale Gesetze erstellt die Kommission Ad-hoc-Berichte und schlägt der
67 Europäischen Kommission Sanktionsmöglichkeiten wie Geldstrafen vor.

68 *Fördermittel an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundwerte binden*

69 Derzeit hat die EU gegenüber Mitgliedsländern bei erheblichen Verletzungen von
70 demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien nur die Möglichkeit, ein Verfahren
71 einzuleiten, das in letzter Instanz zu einem Stimmentzug dieses Mitgliedlandes führen kann.
72 Wir fordern für die EU weitere Möglichkeiten, auf entsprechende Probleme zu reagieren. Dazu
73 schlagen wir vor, bei der Vergabe von europäischen Fördermitteln anzusetzen, denn
74 europäische Ausgaben müssen auch europäischen Werten folgen.

75 Ein Entzug von Fördermitteln könnte jedoch die breite Bevölkerung treffen und nicht nur die
76 Regierungen, die demokratische Prinzipien verletzt haben. Deshalb sollten die Gelder nicht
77 einfach dem betroffenen Mitgliedland an sich gestrichen werden. Stattdessen sollen die
78 Mittel im Fall einer Verletzung von demokratischen Prinzipien direkt von der EU-Kommission
79 an Kommunen oder andere Antragsteller*innen vergeben werden. So kann das Geld weiterhin dort
80 ankommen, wo es gebraucht und sinnvoll verwendet wird, aber die Vergabemacht läge nicht mehr
81 bei den nationalen Regierungen.

82 *Keine Fördermittel ohne Kooperation bei der Kontrolle*

83 Korruption untergräbt Demokratie und Rechtsstaat. Um unter anderem Korruption bei der
84 Vergabe von europäischen Mitteln besser auf die Schliche zu kommen, hat die Europäische

85 Union endlich eine Europäische Staatsanwaltschaft eingerichtet. Allerdings wollen sich nicht
86 alle Mitgliedstaaten vom Europäischen Staatsanwalt über die Schulter schauen lassen. Aber
87 wir sagen: Wer Gelder von der EU haben möchte, muss auch Kontrollen über die rechtmäßige
88 Verwendung zulassen und dafür mit der Europäischen Staatsanwaltschaft kooperieren. Wenn ein
89 Mitgliedsland dies nicht tut, können dort nur Fördermittel an jene Akteure ausgezahlt
90 werden, die eine Überprüfung durch die Europäische Staatsanwaltschaft zulassen.

91 *Whistleblower schützen*

92 Menschen, die sich trauen, Korruption offenzulegen, müssen besser geschützt werden. Daher
93 ist der Schutz von Hinweisgebern (Whistleblowern) nicht nur im Bereich der EU-Finzen
94 nötig, sondern muss auch bei anderen illegalen Machenschaften gelten. Auf Druck der Grünen-
95 Fraktion im Europaparlament hat die Europäische Kommission einen Vorschlag gemacht, um
96 europaweit Whistleblower besser zu schützen, die im allgemeinen Interesse der Bevölkerung
97 Missstände aufdecken und dazu zum Beispiel Betriebsgeheimnisse preisgeben müssen. Nun gilt
98 es, daraus auch ein Gesetz zu machen, inklusive eines europäischen Zeugenschutzprogramms, um
99 Whistleblower vor Racheakten zu schützen.

100 *Unterstützung von Zivilgesellschaften in der EU*

101 In vielen Ländern schränken Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum
102 zivilgesellschaftlicher Initiativen, von Künstler*innen und Journalist*innen systematisch
103 ein. Doch Demokratie kann ohne eine aktive politische Zivilgesellschaft nicht funktionieren.

104 Um den Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume („shrinking spaces“)
105 entgegenzutreten, ist ein Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsverteidiger*innen
106 innerhalb der EU sinnvoll. So können jene, die sich hier für Demokratie einsetzen,
107 unterstützt werden.

108 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 109 • die Anwendbarkeit der EU-Grundrechtecharta auf nationale Gesetze,
- 110 • die systematische Prüfung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in allen EU-
111 Mitgliedstaaten,
- 112 • schärfere Maßnahmen gegen Korruption und bei Missachtung der europäischen Werte,
- 113 • ein europäisches Whistleblower-Schutz-Gesetz,
- 114 • einen Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsaktivist*innen in der EU.

115 **3.2 Europäische Demokratie stärken**

116 Wir wollen die Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene noch demokratischer machen, das
117 Parlament stärken und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger verbessern.

118 So ist das Europäische Parlament direkt gewählt, jedoch dem Europäischen Rat und dem
119 Ministerrat noch immer nicht in allen Politikfeldern gleichgestellt, zum Beispiel in der
120 Steuerpolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Das muss sich dringend ändern:
121 Das Europäische Parlament soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden
122 können. Langfristig treten wir dafür ein, den Rat in eine zweite Kammer zu überführen, die
123 aus den Regierungen der Mitgliedstaaten zusammengesetzt ist. Diese zweite Kammer bildet
124 zusammen mit dem Europäischen Parlament die Legislative.

125 Wir wollen für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch per
126 Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen einführen. Das betrifft
127 hauptsächlich die Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie die Steuerpolitik. Damit

128 stärken wir Europas Handlungsfähigkeit und verhindern, dass einzelne Mitgliedsländer
129 grundlegende Entscheidungen, zum Beispiel in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik,
130 blockieren können.

131 Während das Europaparlament im Plenum und in den Ausschüssen öffentlich tagt, ist der Rat
132 trotz Verbesserungen noch immer eine Art „Black Box“: Es ist kaum nachvollziehbar, welches
133 Mitgliedsland sich dort wie positioniert. Hier wollen wir mehr Transparenz, so dass alle
134 Mitgliedsländer offenlegen müssen, wofür sie in Brüssel eintreten.

135 Mehr Transparenz braucht es ebenso bei den Interessenvertreter*innen, die in Brüssel aktiv
136 sind. Zwar besitzen das Europäische Parlament und die EU-Kommission im Gegensatz zum
137 Bundestag ein Lobbyregister, aber dieses ist noch nicht ausreichend verbindlich. Hier werden
138 wir uns weiter hartnäckig für die größtmögliche Transparenz einsetzen.

139 Demokratie bedeutet: Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Die Europäische
140 Bürgerinitiative (EBI) gibt ihnen die Möglichkeit, durch 1 Million Unterschriften neue EU-
141 Gesetze anzustoßen. Der Vertrag von Lissabon geht damit den ersten kleinen Schritt zu
142 direkter Demokratie in Europa. Wir wollen dieses Instrument zur Teilhabe stärken, ausbauen
143 und entbürokratisieren. Vor allem wollen wir dafür sorgen, dass erfolgreiche Europäische
144 Bürgerinitiativen nicht wirkungslos verpuffen. Sollte die EU-Kommission nicht innerhalb
145 eines Jahres nach einer erfolgreichen Bürgerinitiative einen Gesetzesvorschlag vorlegen,
146 kann das Europäische Parlament den Druck mit einem legislativen Initiativbericht erhöhen.

147 Auch Jugendliche ab 16 Jahren sollen bei einer Europäischen Bürgerinitiative mitstimmen
148 dürfen.

149 Wir unterstützen weiterhin das Prinzip der europäischen Spitzenkandidat*innen und
150 transnationalen Listen. Sobald die Möglichkeit einer transnationalen Liste besteht, sollten
151 die Spitzenkandidat*innen eine europäische Parteiliste anführen. Zugleich halten wir an der
152 Position fest, dass Präsidentin oder Präsident der Europäischen Kommission nur werden kann,
153 wer zuvor als Spitzenkandidat angetreten war.

154 Wir wollen die Kontrollrechte des Europaparlaments stärken. Dazu braucht es das Recht,
155 Zeugen und Gesprächspartner vorzuladen, damit willkürliche Absagen zu Parlamentsanhörungen
156 aufhören. Außerdem muss das Plenum des Europaparlaments über die Einrichtung eines
157 Untersuchungsausschusses abstimmen, wenn 25 % der Mitglieder es verlangen.

158 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 159 • eine Stärkung des Europäischen Parlaments,
- 160 • mehr Transparenz und Abstimmung nach Mehrheitsprinzip im Europäischen Rat,
- 161 • ein verbindliches Lobbyregister,
- 162 • mehr direkte Demokratie durch die Aufwertung der Europäischen Bürgerinitiative.

163 **3.3 Einwanderung gestalten, Flüchtlinge schützen**

164 Europa war und ist ein Kontinent der Migration. Menschen sind seit Jahrhunderten innerhalb
165 Europas von einem in ein anderes Land gezogen, haben den Kontinent verlassen, sind von hier
166 geflohen oder haben ihn neu bereichert. Der Abbau der Grenzen innerhalb Europas und das
167 Recht auf Freizügigkeit war und ist eine der größten Errungenschaften, denn der Wohlstand
168 der Europäischen Union beruht nicht nur auf der Freiheit von Waren, Dienstleistungen und
169 Kapital. Essenziell für das Zusammenwachsen Europas war stets die Freizügigkeit der
170 Arbeitnehmer*innen. Möglich wurde dies, weil Europa früh Beschränkungen und bürokratische
171 Hindernisse abgebaut hat, um die Migration auf dem Arbeitsmarkt zu begünstigen, unter

172 anderem dadurch, dass Familienmitglieder von Arbeitnehmer*innen selbstverständlich die
173 gleichen Rechte wie Inländer*innen erhalten.

174 Doch wir haben die letzten Monate vor dem Hintergrund der globalen Fluchtbewegungen erleben
175 müssen, dass diese Errungenschaften keine Selbstverständlichkeiten sind. Sie zu erhalten und
176 gegen eine Rückkehr ins Nationale zu verteidigen, ist eine unserer zentralen Aufgaben. Zu
177 einer humanitären und geordneten Migrations- und Asylpolitik sollten alle EU-Staaten
178 beitragen.

179 Zugleich darf die Freiheit innerhalb Europas nicht zu einem Bollwerk nach außen werden. Bis
180 heute haben die EU-Mitgliedstaaten keine überzeugende gemeinsame Antwort auf Migration und
181 Flucht gegeben. Tagtäglich ertrinken Menschen bei der Fahrt über das Mittelmeer. Wir haben
182 schon vor Jahren festgestellt, dass das Dublin-System, wonach Asylsuchende in dem Land Asyl
183 beantragen müssen, das sie zuerst betreten haben, ungerecht und gescheitert ist. So ist es
184 im September 2015 auch gekommen.

185 Dieses System gilt jedoch noch immer. Damit wird die Verantwortung aber weiter einseitig auf
186 die Länder an den südlichen und östlichen Außengrenzen der EU abgewälzt, statt eine faire
187 Verteilung der Geflüchteten in Europa zu organisieren.

188 Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre Verantwortung, das Grundrecht
189 auf Asyl und die Notwendigkeit, Verfahren zügig und geordnet durchzuführen, zusammenbringt.
190 Ein Europa, das Menschen, die vor Krieg, Hunger, Verfolgung und Gewalt fliehen müssen,
191 Schutz gewährt, anstatt sich mit Hilfe von Autokratien und Militärdiktaturen abzuschotten.
192 Ein Europa, das legale Fluchtwege und Einwanderungsmöglichkeiten bietet. Ein Europa, das
193 Asylsuchenden ein faires Verfahren garantiert und seine Grenzen kontrolliert. Ein Europa,
194 das Fluchtursachen und nicht Flüchtlinge bekämpft. Ein Europa, das das Sterben im Mittelmeer
195 beendet.

196 Das Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Auch wenn nicht alle, die kommen, bleiben können.
197 Auf dieser Grundlage setzen wir uns für einen gemeinsamen Aufbruch einer humanitären
198 Koalition von Mitgliedstaaten und Kommunen ein, die gemeinsam die Ärmel hochkrepeln und
199 sich solidarisch an der Aufnahme von Geflüchteten beteiligen wollen.

200 *Europäisches Einwanderungsgesetz für legale (Arbeits-)Migration*

201 Bis heute sind Europäer*innen diejenigen, die am wenigsten Hürden erleben, wenn sie
202 auswandern wollen. Aber in die EU einzuwandern, ist für viele quasi unmöglich.
203 Arbeitsmigration ist jedoch nicht nur eine Realität, sondern in Zeiten des Fachkräftemangels
204 auch eine Notwendigkeit für Staaten wie Deutschland. Ein europäisches Einwanderungsgesetz
205 mit gemeinsamen Rahmenregelungen für sichere und legale Einwanderung in die EU soll dabei
206 helfen, gleiche Standards in Europa für die Zuwanderung von Menschen mit verschiedenen
207 Qualifikationsniveaus und deren Familien zu etablieren. Bei der Ausgestaltung der Regelungen
208 geht es uns darum, die vielfältigen Chancen der Migration für Migrant*innen, Ursprungs- und
209 Empfängerländer zu nutzen. Da bislang nur ein europäisches System der Arbeitsmigration für
210 Hochqualifizierte besteht, gehen jedoch auch potenzielle Migrant*innen den Weg über das
211 Asylsystem und scheitern.

212 *Legale Fluchtwege schaffen*

213 Wer verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten bereichern, die
214 angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der Flucht übers Mittelmeer aufs
215 Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchialternativen schaffen. Wir wollen, dass Menschen
216 nicht länger lebensgefährliche Fluchtwege nach Europa auf sich nehmen müssen. Die EU-
217 Mitgliedstaaten können Geflüchteten Schutz und eine verlässliche Perspektive sowie
218 Planbarkeit für die aufnehmenden Länder bieten. Und es ist allein eine Frage des politischen

219 Willens, die Länder an den EU-Außengrenzen endlich zu entlasten. Dafür sind
220 Familienzusammenführungen sowie großzügige und verlässliche Aufnahmekontingente nötig,
221 insbesondere über das Resettlement-Programm des UNHCR oder über humanitäre Visa. Über diese
222 beiden Programme können Menschen auf der Flucht, zum Beispiel aus UN-Flüchtlingslagern in
223 Jordanien, dem Libanon oder der Türkei, in festen Kontingenten in Deutschland und anderen
224 EU-Mitgliedstaaten geordnet Schutz finden.

225 *Seenotrettung gegen das Sterben im Mittelmeer*

226 Das tausendfache Sterben im Mittelmeer muss beendet werden. Es ist eine unerträgliche
227 Schande, dass tausende Menschen auf der Flucht nach Europa ertrinken und sogar in der EU
228 Rettungsbooten der seerechtlich garantierte sichere Hafen verweigert wird.
229 Zivilgesellschaftliche Seenotrettungs- und Flüchtlingsorganisationen, die dort einspringen,
230 wo der Staat versagt oder seine Schutzpflicht sogar wissentlich verweigert, dürfen nicht
231 kriminalisiert werden. Wer Flüchtlinge aus Seenot rettet, muss die Gewissheit haben, dafür
232 nicht bestraft zu werden, denn er handelt im Einklang mit See- und Völkerrecht. Gleichzeitig
233 sind wir überzeugt, dass Seenotrettung eine staatliche Aufgabe ist. Wir fordern, dass die EU
234 ihre humanitären Pflichten endlich wahrnimmt, ein europäisch organisiertes und finanziertes
235 ziviles Seenotrettungssystem aufbaut und sich an das völkerrechtlich verbrieft
236 Nichtzurückweisungsgebot hält.

237 *Europäische Grenz- und Asylbehörde schaffen und Menschen human erstunterbringen*

238 Zentraler Bestandteil einer menschenrechtlichen, humanen und geordneten Flucht- und
239 Migrationspolitik ist, dass die EU-Außengrenzen kontrolliert und Asylsuchende dort
240 zuverlässig registriert und erstversorgt sowie die Daten abgeglichen werden. Denn
241 Voraussetzung für einen solidarischen Verteilmechanismus und für die Freiheit im Inneren
242 ist, dass wir wissen, wer zu uns in die EU kommt. Auch um zu verhindern, dass mögliche
243 Terrorist*innen oder Straftäter*innen untertauchen. Aber Grenzkontrolle darf nicht heißen:
244 Niemand kommt mehr rein.

245 Wir wollen ein europäisches Grenzkontrollregime, das auf dem gemeinsamen Schutz der
246 Menschenrechte basiert und das Vertrauen in das Schengen-System stärkt, anstatt einer
247 einseitigen Aufrüstung von Frontex. Parallel dazu muss die EU-Asylbehörde EASO in ihren
248 Befugnissen so erweitert werden, dass sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für eine
249 schnelle Registrierung, eine humane Erstunterbringung mit medizinischer Versorgung und die
250 anschließende schnelle und faire Verteilung sorgt. Sie muss die gemeinsamen europäischen
251 Asylregeln gegenüber allen Mitgliedstaaten durchsetzen.

252 Essenziell dafür ist eine wirklich umfassende finanzielle, infrastrukturelle und personelle
253 Ausstattung dieser europäischen Erstaufnahmeeinrichtungen, damit nach einer umfassenden
254 Erstversorgung und Registrierung die Menschen auf Grundlage des Verteilungsmechanismus in
255 die anderen EU-Staaten weitergebracht werden. Zustände wie in den Hot Spots auf Lesbos sind
256 mit den Werten Europas nicht vereinbar und müssen dringend beendet werden, indem Menschen
257 aus diesen Lagern in EU-Staaten aufgenommen werden.

258 Abgesperrte Massenlager in der EU und europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir
259 ebenso ab wie Abschottungs-Abkommen, mit denen Menschen in Drittstaaten zurückgeschickt
260 werden, die die Menschenrechte und internationales Recht mit Füßen treten. Dem Umbau des
261 Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zu einem Programm zum Abbau von
262 Flüchtlingsrechten treten wir entschieden entgegen.

263 *Ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem solidarischen Verteilmechanismus* 264 *voranbringen*

265 Zu einer humanitären und geordneten Migrationspolitik sollten alle EU-Staaten beitragen. Das
266 Dublin-System schiebt derzeit die Verantwortung einseitig auf Spanien, Italien, Malta und
267 Griechenland ab und hat ein gemeinsames Vorgehen in Europa unmöglich gemacht. Eine Reform
268 dieses Systems und ein fairer und solidarischer Verteilungsmechanismus sind deshalb
269 überfällig und wurden vom Europäischen Parlament längst beschlossen. Die Ministerinnen und
270 Minister der Mitgliedstaaten im Rat der EU müssen für diese Beschlüsse nun endlich den Weg
271 frei machen und ebenfalls zustimmen. Gleichzeitig gilt aber auch: Wenn sich nicht alle EU-
272 Staaten auf ein einheitliches Vorgehen bei der Asyl- und Migrationspolitik einigen können,
273 müssen die Länder, die die Notwendigkeit eines menschenrechtskonformen und geordneten
274 Systems erkannt haben, vorangehen. Für Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen möchten, fordern
275 wir Direkthilfen der EU.

276 Viele regionale und kommunale Behörden sind mit einer Fülle von konkreten Herausforderungen
277 konfrontiert: Unterbringung, soziale Integration, medizinische Versorgung und Bildung. Dies
278 spiegelt sich bisher nicht angemessen in den Fördermöglichkeiten, die die EU im Rahmen des
279 Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zur Verfügung stellt, wider. Die EU sollte
280 daher Kommunen und Regionen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten direkt mit
281 einem kommunalen Integrationsfonds unterstützen. Eine besondere Unterstützung sollten dabei
282 die Städte und Kommunen erhalten, die sich direkt an dem europäischen Verteilmechanismus
283 beteiligen.

284 Grundlage dafür müssen gemeinsame europäische Asylstandards sein, die nicht unter dem
285 Existenzminimum in den jeweiligen EU-Ländern liegen dürfen.

286 *Freiwillige Ausreise stärken – Spurwechsel ermöglichen*

287 Diejenigen, deren Asylanträge abgelehnt werden und bei denen kein anderer Grund gegen eine
288 Rückkehr spricht, müssen Europa auch wieder zügig verlassen. Dazu sollten europaweit
289 freiwillige Ausreisen stärker unterstützt werden. Beim Abschluss von Rückführungsabkommen
290 wollen wir denjenigen Ländern im Gegenzug Unterstützungen anbieten, die ihre Staatsbürger
291 schnell und unbürokratisch wieder aufnehmen. Das ist der erfolgreichere Weg, als darauf zu
292 bestehen, dass diese Länder zusätzlich zu ihren eigenen Staatsbürger*innen auch sogenannte
293 Drittstaatler*innen zurücknehmen, also Menschen, die auf ihrem Weg das Land lediglich
294 durchquert haben. Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan lehnen wir ab. Menschen,
295 die bereits in Europa sind und die in Beschäftigung stehen, sollen im Rahmen eines
296 Spurwechsels ins europäische Einwanderungssystem wechseln und hier bleiben können.

297 *Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Menschen auf der Flucht*

298 Die beste Flüchtlingspolitik ist für uns diejenige, die dafür sorgt, dass weniger Menschen
299 auf der Welt gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Auch wir in Europa wollen dazu mehr
300 beitragen. Viele Ursachen der Flucht liegen nicht in unseren Händen. Oft stehen korrupte und
301 rücksichtslose Eliten einer nachhaltigen Entwicklung in den Herkunftsländern im Weg. Doch es
302 gibt auch Ursachen für Flucht, an denen wir in Europa sehr wohl beteiligt sind. Sie haben
303 mit der Art, wie wir konsumieren, wirtschaften und handeln, zu tun.

304 Wir stehen deshalb für eine Handelspolitik, die fair, ökologisch und gerecht gestaltet ist
305 und Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen die Entwicklung der Wirtschaft
306 in den Partnerländern fördern, anstatt sie auszubeuten, und wollen wirkungsvoll gegen den
307 Landraub internationaler Konzerne vorgehen. Wir unterstützen die ärmsten Staaten beim
308 Klimaschutz sowie bei der Anpassung an Klimaveränderungen und treten für eine ökologische
309 Agrarwende und ökologisch-gerechte Fischereiverträge ein. Außerdem gehören europäische
310 Billigexporte in Entwicklungs- und Schwellenländer gestoppt, genauso wie Rüstungs- und
311 Waffenexporte in Kriegs- und Krisengebiete. All das bekämpft Fluchtursachen wirklich und
312 hilft den Menschen vor Ort.

313 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 314 • ein europäisches Einwanderungsgesetz, das legale Migration ermöglicht,
- 315 • einen europäischen Integrationsfonds, der Kommunen und Regionen unterstützt,
- 316 • ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem fairen und solidarischen
- 317 Verteilungsmechanismus,
- 318 • ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem.

319 **3.4 Ein Europa der Gleichberechtigung schaffen**

320 Wir wollen, dass Frauen gleichberechtigt und selbstbestimmt alle gesellschaftlichen Bereiche
321 gestalten können. Die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Selbstbestimmung ist lange
322 Zeit durch Vorgaben aus Europa gestärkt und befördert worden. Dennoch ist noch einiges zu
323 tun, um Europa zu einem Kontinent der wirklichen Gleichberechtigung zu machen.

324 Doch aktuell werden diese Errungenschaften massiv in Frage gestellt. In Polen will die
325 rechtskonservative Regierung das sehr restriktive Abtreibungsrecht noch weiter verschärfen.
326 In Ungarn soll nach dem Willen der Orbán-Regierung die Geschlechterforschung an
327 Universitäten verboten werden. Und in ganz Europa vernetzen sich antiemanzipatorische
328 Gruppierungen, um Kampagnen gegen legale Schwangerschaftsabbrüche, Sexualaufklärung und
329 Gleichberechtigung zu starten.

330 *Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit*

331 Immer noch haben Frauen durchschnittlich weniger Geld und damit weniger Macht als Männer.
332 Sie werden für gleichwertige Tätigkeiten schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen.
333 Viele Frauen arbeiten in Berufen, die finanziell viel zu gering entlohnt werden, etwa in der
334 Pflege oder der Kinderbetreuung. In Deutschland klaffen die Löhne weiter auseinander als in
335 allen anderen europäischen Staaten.

336 Um das zu ändern, fordern wir eine europaweite Richtlinie, die Kriterien für die
337 Vergleichbarkeit von Arbeitsplätzen festlegt und Transparenz über Löhne und Gehälter für
338 alle schafft. Für Betroffene von Diskriminierung fordern wir die Möglichkeit, mit der
339 Unterstützung von Verbänden und Gewerkschaften klagen zu können. So wären die Frauen nicht
340 mehr auf sich allein gestellt, wenn sie vor Gericht ziehen müssen. Wir wollen die
341 Einflussnahme von Frauen in Macht- und Führungspositionen stärken und unterstützen den
342 Vorschlag der EU-Kommission für eine Frauenquote in den Aufsichtsräten großer Firmen. Wir
343 wollen gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die Führungsgremien der EU-Institutionen
344 verpflichtend paritätisch besetzt werden.

345 *Für sexuelle Selbstbestimmung, Schutz vor Gewalt und Ausbeutung*

346 Wir kämpfen in ganz Europa für die Selbstbestimmung der Frauen über ihren eigenen Körper und
347 ihre Sexualität. Solidarisch stehen wir an der Seite all derjenigen, die – wie in Polen –
348 gegen rechtskonservative Kräfte kämpfen, die legale Schwangerschaftsabbrüche massiv
349 einschränken oder gar abschaffen wollen. Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung,
350 selbstbestimmte Familienplanung und Zugang zu sicherer Verhütung muss für alle
351 sichergestellt sein.

352 Erstmals gibt es für den europäischen Raum ein völkerrechtlich bindendes Instrument zur
353 umfassenden Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: die Istanbul-Konvention. Das ist eine große
354 Errungenschaft der EU, mit der überall in Europa der Schutz vor Gewalt verbessert werden
355 kann. Wir setzen uns dafür ein, dass diese wichtige Vereinbarung konsequent in den EU-
356 Staaten umgesetzt und eingehalten wird.

357 Darüber hinaus fordern wir eine Richtlinie gegen Gewalt an Frauen, die konkrete Ziele
358 vorgibt, damit Frauen und Mädchen besser geschützt werden. Die EU sollte bestehende
359 Förderprogramme für Hilfs- und Beratungsangebote aufstocken, damit Frauenhäuser ausreichend
360 finanziert sind.

361 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und der Ausbeutung von Arbeitskraft muss
362 in Europa konsequent und wirkungsvoll bekämpft werden: mit Hilfe des Strafrechts, durch
363 Information und Beratung, durch die konsequente Durchsetzung der Arbeits- und Sozialrechte
364 der Betroffenen sowie durch Schutz und Hilfe für die Opfer. Diese dürfen nicht einfach in
365 ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, sondern brauchen Schutzprogramme und ein
366 dauerhaftes Bleiberecht. Nur so können wir die Anzeige- und Aussagebereitschaft deutlich
367 erhöhen und damit Menschenhandel effektiv bekämpfen.

368 *Gleichberechtigungs-Check im EU-Haushalt*

369 In einem Europa der Gleichberechtigung sollen Frauen und Männer zu gleichen Teilen von
370 europäischen Geldern profitieren. Damit das sichergestellt wird, braucht es einen
371 „Gleichberechtigungs-Check“ des jährlichen EU-Haushalts, also ein Gender-Budgeting. Um
372 gleichberechtigte Lebensverhältnisse erreichen zu können, bedarf es einer verlässlichen
373 wissenschaftlichen Grundlage zu Antidiskriminierungspolitik und geschlechtsspezifischen
374 Aspekten in allen Politikfeldern. Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen muss
375 dafür besser finanziert werden.

376 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 377 • gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit,
- 378 • Schutz vor sexualisierter Gewalt für alle Frauen und Kinder,
- 379 • sexuelle Selbstbestimmung von Frauen.

380 **3.5 Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und Queer*Menschen (LSBTIQ*)** 381 **stärken**

382 Wir treten für ein Europa ein, in dem jeder Mensch frei leben kann – unabhängig von
383 sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität.

384 Nach jahrzehntelangem Kampf für die „Ehe für alle“ dürfen in Deutschland und einigen anderen
385 EU-Ländern nun endlich gleichgeschlechtliche Paare heiraten. Obwohl vielerorts
386 Gleichberechtigung auf dem Papier besteht, werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen
387 Orientierung und Geschlechtsidentität immer noch abgewertet oder benachteiligt.
388 Rechtsnationale Kräfte versuchen, in ihrem Kampf gegen eine demokratische und freie
389 Gesellschaft autoritäre und patriarchale Wertvorstellungen wieder zum Gesellschaftsideal zu
390 machen. Der Schutz von Minderheiten gehört jedoch zu den Grundwerten der Europäischen Union.
391 Wir stehen in ganz Europa an der Seite der LSBTIQ* und stellen uns den Angriffen gegen ihre
392 Gleichberechtigung entgegen.

393 In einigen EU-Mitgliedstaaten gelten sogenannte „Anti-Propaganda“-Gesetze, die
394 Diskriminierung und Hass gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und
395 Queer*Menschen befördern, indem etwa im Schulunterricht nicht mehr über Sexualität und
396 Homosexualität gesprochen werden darf. In Ungarn gibt es staatlich orchestrierte Angriffe
397 auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit Diskriminierung aufgrund von
398 sexueller und geschlechtlicher Identität befassen.

399 Wir packen die bestehenden Probleme an und stocken die Mittel für Aufklärungsarbeit und das
400 „Programm für die Förderung von Vielfalt“ auf.

401 Wir fordern eine europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und
402 Regenbogenfamilien und die damit verbundene Anerkennung ihrer Rechte. Der Europäische
403 Gerichtshof hat im Frühjahr 2018 geurteilt, dass ein in einem Mitgliedsland anerkanntes
404 eingetragenes Paar auch in einem anderen als solches anerkannt werden muss. Jetzt gilt es,
405 diese Rechtsprechung auch in allen Mitgliedsländern durchzusetzen.

406 Innerhalb der EU gibt es aber auch Positivbeispiele, von denen wir lernen können. In Ländern
407 wie Irland, Malta und Dänemark können Trans*Personen eine Anpassung der
408 Geschlechtszugehörigkeit vornehmen, ohne sich einem entwürdigenden Gutachten zu unterziehen.

409 Wir wollen, dass in allen EU-Staaten Vornamen- und Personenstandsänderungen durch einen
410 unkomplizierten Verwaltungsakt ermöglicht werden. Eine Geschlechtszugehörigkeit kann
411 schließlich nur von den betreffenden Menschen selbst festgelegt werden.

412 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 413 • mehr Geld für das „Programm für die Förderung von Vielfalt“,
- 414 • die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und Regenbogenfamilien,
- 415 • eine einfache Änderung des Personenstandes bei Anpassung der Geschlechtszugehörigkeit,
- 416 • den Wegfall von entwürdigenden Gutachten bei der Geschlechtsanpassung.

417 **3.6 Menschenfeindlichkeit bekämpfen**

418 Europa zeichnet sich durch Diversität und ein Miteinander verschiedener Religionen,
419 Sprachen, Kulturen und Bräuche aus. Um noch besser zusammenzuwachsen, müssen wir stärker
420 gegen Hass und Menschenfeindlichkeit gegenüber bestimmten Gruppen vorgehen.

421 Niemand darf in Europa für seine Herkunft, sein Aussehen oder seinen Glauben diskriminiert
422 oder angefeindet werden. Das ist auch durch die Europäische Grundrechtecharta verboten. Aber
423 die Realität sieht anders aus: In den letzten Jahren steigen in einigen Mitgliedstaaten
424 körperliche und verbale Angriffe auf Minderheiten und Einzelpersonen wieder. Die EU muss
425 deshalb die Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärker voranbringen.

426 Rassismus nimmt zu. Menschen werden aufgrund ihrer Hautfarbe im öffentlichen Raum
427 angefeindet und angegriffen. Wir stellen uns dem entgegen und streiten für ein
428 demokratisches Miteinander.

429 Durch Antisemitismus im Alltag fühlen sich viele Jüdinnen und Juden in europäischen Ländern
430 nicht mehr sicher. „Nie wieder“ lautet das Versprechen, dem sich Europa nach dem Zweiten
431 Weltkrieg und der massenhaften Ermordung der jüdischen Bevölkerung Europas verpflichtet hat.
432 „Nie wieder“ soll Leitbild für Europas Zukunft sein.

433 Jede Art von Antisemitismus muss bekämpft werden. Der Schutz vor antisemitischer Gewalt ist
434 eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sollte nicht auf die Betroffenen abgeschoben
435 werden. Darum dürfen auch die Kosten für die Sicherheit jüdischer Einrichtungen von
436 Mitgliedstaaten nicht auf die jüdischen Gemeinden abgewälzt, sondern müssen staatlich
437 finanziert werden.

438 2017 gab es allein in Deutschland fast 1.500 antisemitische und mehr als 1.000
439 antimuslimische Straftaten. Es werden zum Beispiel Frauen mit Kopftuch im öffentlichen Raum
440 angegriffen. Antimuslimischer Rassismus insgesamt ist dabei keine gesellschaftliche
441 Randerscheinung, sondern findet sich auch in der Mitte der Gesellschaft.
442 Rechtspopulist*innen nutzen dieses „Feindbild Muslime“ für ihre Zwecke. Wir stellen uns
443 entschieden an die Seite der Muslim*innen und stellen uns dem Hass gegen sie entschieden
444 entgegen.

445 Für Betroffene von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Anlaufstellen
446 ein wichtiger Ort, um sich über ihre Rechte zu informieren und sie mit Unterstützung dieser
447 Stellen auch durchzusetzen. Diese müssen besser ausgestattet werden.

448 Roma und Sinti gehören seit hunderten von Jahren zu Europa. Ebenso lange werden sie
449 diffamiert und diskriminiert. Diese Diskriminierung ist der Hauptgrund dafür, dass Menschen
450 mit Romno-Hintergrund oft arm und schlechter ausgebildet sind. Wir begrüßen, dass im Rahmen
451 des EU-Plans für die Inklusion der Roma bereits wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht
452 werden. Die Mittel im Kampf gegen Antiziganismus müssen aber weiter aufgestockt werden.

453 Zusätzlich kämpfen wir dafür, die Barrieren beim Abruf der Gelder zu verringern. Hierfür
454 unterstützen wir die konkrete Projektarbeit, insbesondere wenn sie strukturelle
455 Veränderungen ermöglicht. Ein essenzieller Bestandteil der Arbeit muss immer die Einbindung
456 der Betroffenen auf Augenhöhe sein. Erst mit echter Hilfe zur Selbsthilfe können wir eine
457 langfristige und nachhaltige Verbesserung der Bedingungen erreichen. Es besteht ein
458 rechtlicher Anspruch auf Teilhabe in den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit.
459 Die Defizite bei der Durchsetzung dieses Anspruchs wollen wir sichtbar machen und aufheben.

460 Hass und Hetze finden heute nicht nur auf der Straße, sondern vermehrt auch im Internet und
461 in sozialen Netzwerken statt. Dagegen wollen wir europäisch vorgehen. Wir setzen uns für
462 eine wirksame europäische Rechtsgrundlage zur Bekämpfung von Hasskommentaren ein.

463 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 464 • eine europaweite, ständige, systematische Erfassung von Straftaten gegen Menschen, die
465 zu einer bestimmten Gruppe gehören (gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit),
- 466 • eine Aufstockung der Mittel im Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit,
- 467 • eine bessere Ausstattung der unabhängigen Gleichbehandlungsstellen,
- 468 • eine europäische Rechtsgrundlage für die Bekämpfung und Verfolgung von Hasskommentaren
469 im Internet.

470 **3.7 Für ein barrierefreies Europa sorgen**

471 Menschen mit Behinderungen müssen in ganz Europa selbstbestimmt und gleichberechtigt leben
472 können.

473 Um ihre Rechte umzusetzen, wurden mit der UN-Behindertenrechtskonvention auch für die EU-
474 Mitgliedstaaten verbindliche Vorgaben verankert. Menschen mit Behinderung müssen in allen
475 Lebensbereichen – bei der Bildung und Erwerbsarbeit, beim Wohnen, bei Reisen und in ihrer
476 Freizeit – den gleichen Zugang zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben
477 haben wie Menschen ohne Behinderungen. Inklusion heißt, dass alle Menschen selbstbestimmt am
478 gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und niemand ausgegrenzt wird. Dafür müssen
479 Barrieren aller Art abgebaut und das Recht auf eine selbstbestimmte und eigenständige
480 Lebensführung muss sichergestellt werden. Erste Schritte sind der europaweit geltende
481 Parkausweis oder der Euroschlüssel, der Menschen mit Behinderung den einfachen Zugang zu
482 allen Behindertentoiletten im öffentlichen Raum ermöglicht.

483 Die europäische Barrierefreiheits-Richtlinie verpflichtet auch private Anbieter von Waren
484 und Dienstleistungen zum Abbau von Barrieren. Wir setzen uns für einen barrierefreien
485 öffentlichen Raum ein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und
486 Veranstaltungen besser zugänglich und nutzbar sind. Hierzu ist es unumgänglich, auch für die
487 Privatwirtschaft verbindliche Vorgaben für die Barrierefreiheit zu formulieren.

488 Wir setzen uns dafür ein, dass die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie endlich kommt, denn sie
489 würde eine Lücke im europäischen Antidiskriminierungsrecht schließen. International
490 anerkannte Menschenrechte würden in der EU eine Rechtsgrundlage erhalten, und die VN-
491 Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung würde auf europäischer Ebene
492 rechtlich umgesetzt, wie zum Beispiel das Recht auf Zugang zu allen Bildungseinrichtungen
493 und das Recht auf selbstbestimmtes Wohnen. Doch seit Jahren wird ihre Verabschiedung durch
494 die deutsche Bundesregierung blockiert. Wir Grünen kämpfen weiter gegen die Blockade und für
495 den effektiven Schutz gegen Diskriminierung auch außerhalb des Arbeitsmarktes.

496 Wir wollen, dass auch Menschen mit Behinderungen das Recht auf Freizügigkeit für sich nutzen
497 können, ohne dass sozialrechtliche Vorschriften der Mitgliedstaaten das verhindern. Auch
498 Menschen mit umfassender Betreuung sollen das Wahlrecht erhalten, das betrifft allein in
499 Deutschland 81.000 Menschen.

500 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 501 • die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der EU,
- 502 • die Ausweitung von Inklusion und Barrierefreiheit,
- 503 • das Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderung.

504 **3.8. Europas Verbraucher*innen stärken**

505 Wir treten für ein Europa ein, in dem die Rechte der Verbraucher*innen geschützt werden, und
506 zwar grenzüberschreitend. Denn im europäischen Binnenmarkt bewegen sich Waren, Kapital,
507 Dienstleistungen und Personen frei. Wir wollen sicherstellen, dass die Menschen in Europa
508 vor gesundheitlichen und finanziellen Gefahren geschützt werden und dass sie wissen, was sie
509 konsumieren. Sie müssen ihre Rechte gegenüber Unternehmen wirksam geltend machen können.

510 Der Verbraucherschutz in der Europäischen Union ist eine Erfolgsgeschichte: Die Abschaffung
511 der Roaming-Gebühren, das Verbot von Tierversuchen zur Herstellung von Kosmetika, das
512 „Bankkonto für alle“ und ein Schnellwarnsystem für als gefährlich gemeldete Produkte sind
513 nur einige wenige Beispiele.

514 Doch es gibt auch Probleme. Schon im September 2015 wurden die Abgasmanipulationen an VW-
515 Dieselaautos bekannt – welche Ansprüche die Kund*innen geltend machen können, ist aber noch
516 immer unklar. Das liegt daran, dass für einzelne Verbraucher*innen Aufwand und Risiko
517 rechtlicher Schritte derart hoch sind, dass Unternehmen trotz betrügerischer
518 Geschäftspraktiken selten Folgen fürchten müssen. Die Möglichkeit für Sammelklagen, bei
519 denen sich Geschädigte zusammenschließen können, sowie Verbandsklagen und
520 Musterfeststellungsklagen müssen daher europaweit eingeführt werden.

521 Im europäischen Bahnverkehr wollen wir ein einheitliches Ticket-System schaffen. Der
522 Flickenteppich nationaler Fahrkarten macht die Bahn grenzüberschreitend unattraktiv. Häufig
523 werden nur Einzeltickets für die Strecken der jeweiligen nationalen Anbieter angeboten.
524 Verpasst ein Fahrgast wegen einer verspäteten Bahn zum Beispiel in Deutschland seinen
525 Anschlusszug nach Italien, muss er auf eigene Kosten ein neues Zugticket kaufen. Stattdessen
526 braucht es ein System mit nur einem Ticket für alle Verkehrsträger für die gesamte EU – aus
527 dem portugiesischen Dorf bis an die kroatische Küste oder aus Süditalien nach Lappland, egal
528 ob mit Bus, Bahn oder Tram. Das Interrailticket soll nur der Anfang sein.

529 Wir brauchen auch endlich verständliche und realistische Kennzeichnungen von Lebensmitteln.
530 Nährwerte wollen wir durch die leicht verständliche Lebensmittelampel kenntlich machen. Es
531 muss klar werden, wie viel Zucker, Salz und Fett Lebensmittel enthalten. Für sämtliche

532 Tierprodukte wollen wir eine europäische verbindliche Kennzeichnung nach Haltungs- und
533 Transportbedingungen einführen.

534 Wir wollen einen starken Verbraucherschutz bei Finanzprodukten. Heute verkaufen
535 Berater*innen oft schlechte Produkte, die ihnen aber eine hohe Provision einbringen. Das
536 wollen wir ändern. Deshalb wollen wir einen Übergang zu einer qualitativ hochwertigen
537 Beratung auf Basis transparenter Honorare fördern. Beratung muss Anleger*innen den Weg zu
538 guten Finanzprodukten weisen.

539 *Digitale Verbraucherrechte stärken*

540 Datenschutz schützt nicht Daten, sondern die Privatsphäre des Menschen. Datenschutz ist
541 Verbraucherschutz. Vor allem unsere persönlichen Vorlieben und Interessen gehen niemanden
542 etwas an. Informationelle Selbstbestimmung ist ein zentrales Grundrecht. Aber es ist gerade
543 in Zeiten der Digitalisierung, der Plattformökonomie und des „Internets der Dinge“ neu
544 herausgefordert.

545 Produkte und Kaufgewohnheiten haben sich fundamental geändert. Aber welche Daten im Internet
546 preisgegeben, gesammelt und gespeichert werden, das sollen die Betroffenen selbst
547 entscheiden und nicht Internet-Giganten wie Google oder Facebook.

548 Mit der von den europäischen Grünen hart erkämpften Datenschutzgrundverordnung (DSVGO) hat
549 die EU einen Meilenstein für modernen Datenschutz gesetzt. Sie sorgt dafür, dass die
550 weltweiten Datenkonzerne in die Schranken gewiesen werden, und zeigt, dass wir als
551 Europäische Union gemeinsam Standards setzen können, die weltweite Ausstrahlung haben.
552 Hierauf können wir aufbauen.

553 So fordern wir bei der „e-Privacy“-Verordnung zum Schutz unserer elektronischen
554 Kommunikation, dass mobile Endgeräte wie Smartphones, Tablets oder „smarte“ Assistent*innen
555 wie Alexa oder Siri schon vom Werk aus auf den Schutz der Privatsphäre hin eingestellt sind.

556 Wir wollen, dass Browser-Einstellungen wie „Do not track“ rechtsverbindlich werden, damit
557 nicht automatisch ein Nutzungsprofil erstellt wird. Offline-Tracking durch Standortdaten,
558 mit dem zum Beispiel Handys geortet werden, obwohl sie nicht mit dem Internet verbunden
559 sind, muss verboten werden.

560 Wir setzen uns für verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard unserer
561 elektronischen Kommunikation ein. Hintertüren für die Hersteller oder gar für Geheimdienste
562 darf es nicht geben.

563 Technische Geräte mit Zugang zum Internet erobern zudem immer mehr unseren Alltag: So
564 reguliert die intelligente Heizung entsprechend der Wettervorhersage selbständig die
565 Zimmertemperatur, und die Spielzeugpuppe kommuniziert mit Kindern. Sind diese Geräte nicht
566 ausreichend geschützt, bieten sie ein Einfallstor für kriminelle Hacker, die sich in die
567 Systeme einschalten könnten, um sie zu manipulieren.

568 Wir fordern verpflichtende Mindeststandards für die IT-Sicherheit von technischen Geräten.
569 Dazu gehören Verschlüsselung, Software, die auf dem neuesten Sicherheitsstand ist, und
570 regelmäßige kostenlose Software-Updates sowie starke Authentifizierungsmechanismen bei
571 vernetzten Geräten.

572 Wenn ein Sicherheitsproblem bei einem Auto festgestellt wird, wie zum Beispiel eine
573 mangelhafte Bremse, ist klar, dass der Hersteller dafür haftbar gemacht werden kann und die
574 fehlerhaften Autos zurückrufen muss. Doch für Software gibt es bislang noch keinerlei
575 Produkthaftung auf europäischer Ebene. Das muss sich ändern: Kommerzielle Hersteller von
576 Software müssen haften, wenn sie bekannte Sicherheitslücken nicht schließen.

577 Damit unsere Grundrechte wirklich geschützt werden, müssen auch die Datenschutzbehörden
578 endlich die personellen und finanziellen Mittel bekommen, die sie brauchen, um unseren
579 Grundrechten flächendeckend zur Geltung zu verhelfen und europaweit zusammenzuarbeiten.

580 Wir setzen uns dafür ein, dass politische Werbung im Internet transparent gekennzeichnet und
581 die Finanzierung offengelegt wird. Versteckte Einflussnahme auf politische
582 Willensbildungsprozesse und Wahlen muss verhindert werden.

583 *Produkte nachhaltiger und sicherer machen*

584 Produkte des alltäglichen Lebens, von Essen über Kleidung bis zu Kosmetika oder
585 Gebrauchsgegenständen, wollen wir sicher machen – durch strengere Grenzwerte bis hin zu
586 Verboten gesundheitsgefährdender Stoffe. Aus PVC und PVC-Weichmachern wollen wir wegen der
587 gesundheitlichen Risiken aussteigen. Nanopartikel kommen bereits in Lebensmitteln, Kosmetika
588 oder Medikamenten zum Einsatz, ihre Unbedenklichkeit ist aber nicht eindeutig festgestellt.
589 Wir fordern daher ein Register für Nanoprodukte. Die Definition von „Nanopartikeln“ muss so
590 eng gefasst werden, dass es keine Schlupflöcher gibt.

591 Frühzeitiger Verschleiß von Produkten ist für die Verbraucher*innen ein teures Ärgernis,
592 verschwendet Ressourcen und lässt die Müllberge weiter wachsen. Unser Ziel sind langlebige
593 Produkte, die repariert und recycelt werden können. Wir fordern eine verbindliche
594 europäische Regelung gegen eine absichtliche Verkürzung der Lebensdauer von Produkten.
595 Außerdem müssen die Hersteller einer Rücknahmepflicht unterliegen, die Recycling
596 sicherstellt.

597 Für Software und Hardware braucht es Klarheit darüber, wie lange Updates inkl.
598 Sicherheitsupdates zur Verfügung gestellt werden, sowie klare Anforderungen zur Lebensdauer
599 von Software und zur Kompatibilität mit Vorgängerversionen. Die europäischen Regelungen für
600 die Gewährleistung für Produkte wollen wir an deren Lebensdauer anpassen und auch auf
601 Software ausweiten.

602 Oft braucht man für ein neues Gerät auch ein neues Ladekabel, weil das alte nicht passt. Für
603 Ladegeräte und -kabel von Smartphones, Tablets und Laptops muss es einen einheitlichen und
604 verbindlichen europäischen Standard geben.

605 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 606 • den Schutz der Privatsphäre bei Smartphones, Tablets und „smarten“ Assistenten von
607 Anfang an,
- 608 • eine verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard bei elektronischer
609 Kommunikation,
- 610 • eine Rücknahmepflicht bei den Herstellern für ein sicheres Recycling unserer Produkte,
- 611 • einen einheitlichen europäischen Standard für Ladegeräte und -kabel.

612 **3.9 Terror bekämpfen, Freiheit sichern**

613 Gegen Terrorismus helfen keine Schlagbäume. Stattdessen brauchen wir eine stärkere
614 europäische Kooperation der Sicherheitsbehörden zur Verteidigung unserer Freiheit.
615 Islamistisch und rechtsextrem motivierter Terror greifen unsere europäische freiheitliche
616 Lebensweise und Demokratie an. Dem stellen wir uns mit aller Entschlossenheit entgegen. Wir
617 setzen dabei auf wirksame Prävention und effektive Strafverfolgung. Das heißt, anders als
618 die derzeit verfolgte Politik wollen wir nicht, dass unsere Sicherheitskräfte anlasslos jede
619 Menge Daten sammeln oder dass veraltete Technik effektive Abgleiche verhindert. Wir wollen

620 eine präzise und konsequente Strafverfolgung. Eine maßlose Politik immer weiter reichender
621 Grundrechtseingriffe hingegen schwächt unsere Freiheit und sorgt nicht für mehr Sicherheit.

622 *Europäisches Kriminalamt schaffen*

623 Unsere Sicherheit darf nicht dadurch gefährdet werden, dass die Polizeibehörden der
624 Mitgliedstaaten bei der Zusammenarbeit versagen und die Überwachung von Verdächtigen an den
625 innereuropäischen Grenzen endet. Deshalb fordern wir den Aufbau eines Europäischen
626 Kriminalamts (EKA). Das heißt, dass die europäische Polizeibehörde Europol zu einer
627 schlagkräftigen europäischen Polizei nach dem Vorbild des Bundeskriminalamts mit eigenen
628 Ermittlungsteams ausgebaut wird. Sie braucht eigenständige Ermittlungsmöglichkeiten und
629 -befugnisse, um in grenzüberschreitenden Fällen von Terrorismus und organisierter
630 Kriminalität selbst ermitteln zu können. Sie muss Terrorverdächtige, Mafiaorganisationen,
631 Menschenhandel, aber auch länderübergreifend agierende Einbruchsbanden und Rechtsextremisten
632 gezielt überwachen und verfolgen. Dafür muss sie mit ausreichend Ressourcen und Personal
633 ausgestattet werden.

634 *Europaweite Vernetzung der Polizei*

635 Um die Zusammenarbeit der Polizeibehörden der EU-Staaten zu verbessern, wollen wir ein
636 europaweites Austauschprogramm für Polizist*innen ins Leben rufen. Die Zusammenarbeit von
637 Polizist*innen in länderübergreifenden Ermittlungsteams wollen wir mit zusätzlichen Mitteln
638 aus dem EU-Haushalt fördern. Denn wer gemeinsam im Team zusammengearbeitet hat, greift
639 schneller zum Telefon, um seine Kolleginnen und Kollegen aus anderen EU-Staaten zu
640 informieren oder um Rat zu fragen.

641 *Europäische Staatsanwaltschaft ausbauen*

642 Auch die Kompetenzen der Europäischen Staatsanwaltschaft müssen auf den Kampf gegen Terror
643 und organisierte Kriminalität ausgeweitet werden. Bisher ist sie nur für Betrugsfälle mit
644 EU-Geldern zuständig. Wir wollen, dass die Europäische Staatsanwaltschaft künftig auch
645 Ermittlungsverfahren gegen gewaltbereite Extremist*innen und organisierte Kriminelle
646 einleiten kann, auf deren Grundlage das Europäische Kriminalamt dann ermittelt.

647 *Terrornetzwerke aufdecken*

648 Um die Finanzierungsquellen von Terrornetzwerken und organisierter Kriminalität
649 auszutrocknen, möchten wir eine zentrale europäische Behörde für den Kampf gegen Geldwäsche
650 schaffen. Terrornetzwerke und organisierte Kriminelle agieren grenzüberschreitend. Wir
651 wollen, dass Banken verdächtige Kontobewegungen direkt an die europäische Stelle melden,
652 anstatt nur ihre nationale Meldestelle zu informieren.

653 Für die Verfolgung von terroristischer und gewaltverherrlichender Propaganda im Internet
654 braucht es mehr Beamt*innen und spezialisierte Staatsanwält*innen und Richter*innen. Die
655 momentane Praxis von Europol, Digitalplattformen lediglich auf Basis ihrer allgemeinen
656 Geschäftsbedingungen zur Löschung solcher Inhalte aufzufordern, ist eine Verhöhnung des
657 Rechtsstaats. Sie bedeutet eine Privatisierung der Rechtsdurchsetzung, führt auch zur
658 Löschung legaler Inhalte und vermeidet die eigentliche Aufgabe der Polizei, Straftäter*innen
659 dingfest zu machen.

660 *Aussteigerprogramme stärken und Waffenrecht verschärfen*

661 Programme zur Deradikalisierung und für Aussteiger*innen aus der islamistischen und
662 rechtsextremen Szene wollen wir europaweit stärken. Um Terrorakte und Amoktaten zu
663 verhindern, muss der Zugang zu Waffen erschwert werden. Es ist immer noch viel zu einfach,
664 an illegale Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen. Alle gefährlichen
665 Waffen müssen lückenlos registriert und die Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer*innen

666 regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine europaweite einheitliche Kennzeichnung und
667 gemeinsame Standards für die Deaktivierung von Feuerwaffen einführen.

668 Angesichts der Zunahme rechtsextremer Gewalttaten und der Ausbreitung rechten und
669 rechtsextremen Gedankenguts muss die demokratische Zivilgesellschaft umso mehr gestärkt
670 werden. Während demokratiefeindliche Gruppen sich international austauschen und ihre Kräfte
671 bündeln, verbleiben demokratische Initiativen meist sehr lokal verhaftet.

672 Wir setzen uns für die finanzielle Unterstützung, die Vernetzung und den internationalen
673 Austausch der demokratischen Kräfte ein. Entsprechende Fördermittel und Programme auf EU-
674 Ebene müssen aufgestockt werden. Eine besondere Rolle spielt dabei eine alltags- und
675 lebensweltbezogene Bildungsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen.

676 *Datenschutz sicherstellen*

677 Die europäischen Innenminister, tatkräftig unterstützt von der Großen Koalition in Berlin,
678 fordern nach jedem Terroranschlag geradezu reflexhaft zusätzliche Datenbanken und
679 Massenüberwachung. Wer mit dem Flugzeug nach Europa reist, wird anlasslos registriert
680 werden, egal ob es sich um Terrorverdächtige, Tourist*innen oder Geschäftsreisende handelt.
681 Bestehende Polizei- und Grenzkontrollsysteme werden gerade verschärft, neue befinden sich im
682 Aufbau.

683 Die EU-Richtlinie zur Fluggastdatenspeicherung halten wir für rechtswidrig. Es ist nicht mit
684 unseren Grundrechten vereinbar, dass alle, die einen Flug buchen, wie Verdächtige behandelt
685 werden und hinnehmen müssen, dass ihre Daten fünf Jahre lang gespeichert und fortlaufend
686 einer automatisierten Rasterfahndung unterzogen werden. Auch die anlasslose
687 Vorratsdatenspeicherung von Handy- und Kommunikationsdaten ist bereits zweimal vom
688 Europäischen Gerichtshof als grundrechtswidrig aufgehoben worden. Einen neuen Anlauf zur
689 europaweiten Kommunikationsüberwachung wird es mit uns Grünen nicht geben. Wir kämpfen
690 weiterhin mit aller Vehemenz gegen die Vorratsdatenspeicherung.

691 Die angestrebte Datensammlung kostet viel Geld, das bei der gezielten Überwachung und
692 Verfolgung von terroristischen und extremistischen Gewaltbereiten fehlt. Während die EU-
693 Staaten Milliarden in den Aufbau neuer Datenbanken investieren, hat die europäische
694 Ermittlungsbehörde Europol ein jährliches Budget von wenigen hunderttausend Euro für
695 Ermittlungsteams. Viel zu oft endet deshalb eine Ermittlung oder Überwachung, wenn ein
696 Gefährder das Land wechselt.

697 Gleichzeitig werden Datenbanken, in denen gezielt Straftäter und Terrorverdächtige erfasst
698 sind, wie zum Beispiel im Schengener oder im Europol-Informationssystem, derzeit nicht
699 richtig genutzt, weil es an Personal und Informationsaustausch zwischen den EU-Staaten
700 mangelt. Hier gibt es dringend Änderungsbedarf.

701 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 702 • ein Europäisches Kriminalamt mit eigenen Ermittlungsteams,
- 703 • mehr Kompetenzen für die Europäische Staatsanwaltschaft im Kampf gegen Terror und
704 organisierte Kriminalität,
- 705 • eine europäische Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche,
- 706 • eine EU-weite Verschärfung des Zugangs zu gefährlichen Waffen,
- 707 • die Wahrung von Grundrechten und Datenschutz beim Kampf für mehr Sicherheit.

EP-S-01 Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-S Europawahlprogramm (Kapitel 4)

1 Die internationale Staatenordnung befindet sich im Umbruch. Russlands Präsident verletzt die
2 territoriale Integrität anderer Staaten und verhindert eine demokratische Entwicklung im
3 Inland. Chinas Führung verstärkt immer weiter die staatliche Überwachung und heizt
4 Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer an. In den Staaten Nordafrikas und des Nahen
5 Ostens konnte sich die Hoffnung der Menschen auf eine Demokratisierung der Region nicht
6 erfüllen. Iran und Saudi-Arabien führen stattdessen einen Kampf um die Vorherrschaft im
7 Nahen Osten. In Syrien tobt nach wie vor ein brutaler Krieg, in dem sich sogar NATO-Partner
8 feindlich gegenüberstehen.

9 Und die USA, ehemaliger außenpolitischer Garant jener Regeln, die seit dem Ende des Zweiten
10 Weltkriegs einen großen Teil der Welt halbwegs zusammengehalten haben, haben sich als
11 berechenbarer Akteur der Weltpolitik verabschiedet. Die US-Regierung steigt aus dem
12 Klimaabkommen aus, kündigt das Iranabkommen, agiert in Handelsfragen aggressiv und verachtet
13 die internationalen Organisationen, die ihr Land selbst gegründet hat. Die EU sieht sie
14 wirtschaftlich als Gegner. Garantien, auf die sich Europa sicher verlassen konnte, gelten so
15 nicht mehr.

16 Währenddessen geht die globale Vermögensverteilung immer weiter auseinander. Zwar haben sich
17 Armut und Kindersterblichkeit in den letzten Jahrzehnten halbiert, in vielen Ländern kann
18 mittlerweile die Mehrheit der Mädchen und Jungen lesen und schreiben. Dennoch ist das eben
19 nur die Hälfte und weltweit leiden weiter 815 Millionen Menschen an chronischem Hunger. Das
20 reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt über 50 % des Gesamtvermögens und damit mehr
21 als die übrigen 99 % der Weltbevölkerung. Die Auswirkungen der Klimakrise vertreiben nicht
22 nur immer mehr Menschen aus ihrer Heimat, weil sie auf ausgetrockneten oder überschwemmten
23 Böden nicht mehr leben und keine Landwirtschaft betreiben können, sondern auch weil die
24 Auswirkungen der Klimakrise vielerorts bestehende Konflikte und schlechte Regierungsführung
25 verschärfen.

26 In dieser Situation muss sich die EU beweisen. Als außenpolitische Akteurin, als
27 Wertegemeinschaft, in der der Mensch mit seiner Würde, seiner Freiheit und seinen
28 unveräußerlichen Rechten im Mittelpunkt steht – wissend, dass gerade in der Außenpolitik
29 immer Kompromisse nötig sind und vielfältige Interessen ausbalanciert werden müssen.

30 Die Europäische Union ist nie darauf angelegt gewesen, aber die Frage, die sich Europa
31 stellt, ist die nach der Weltpolitikfähigkeit. Wenn wir diese Frage nicht angehen, dann wird
32 Europa, dann wird die globale Zusammenarbeit bedeutungslos. Dafür die Pflöcke entlang von
33 Frieden, Menschenrechten und dem Völkerrecht zu setzen, ist für uns als Grüne die zentrale
34 Aufgabe der nächsten Jahre.

4.1 Menschenrechte verteidigen, demokratische Handlungsräume sichern

36 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die
37 Menschenrechte verteidigt und Frieden sichert. Statt Aufrüstung und einer Politik, die nur
38 auf den nationalen Vorteil bedacht ist, brauchen wir eine EU, die friedens- und
39 sicherheitspolitisch mit einer Stimme spricht.

40 Die Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure werden in vielen
 41 Ländern immer weiter eingeschränkt. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen wird dort
 42 von staatlicher Seite systematisch erschwert, diffamiert, behindert und kriminalisiert.
 43 Insbesondere die Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit werden in vielen Staaten
 44 beschränkt oder ganz abgeschafft. Dies betrifft nicht nur autoritäre Staaten, sondern auch
 45 Demokratien mitten in Europa, wie zum Beispiel Rumänien und Österreich, in denen
 46 Grundprinzipien wie Pluralismus, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Medien und
 47 Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt werden.

48 Wir sehen mit Sorge die weltweite Entwicklung des „shrinking space“, also der Einschränkung
 49 des öffentlichen Raumes für die Zivilgesellschaft. Die Europäische Union, der Europarat und
 50 die Vereinten Nationen sollten dieser entschieden entgegenreten. Das kann für die EU nur
 51 gelingen, wenn sie ihre Mitgliedstaaten selbst konsequent in die Pflicht nimmt. Die EU
 52 sollte die internationale Vernetzung und den Austausch von zivilgesellschaftlichen
 53 Organisationen fördern und unterstützen. Es ist auch ein wichtiges Signal an
 54 Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, dass sie mit ihrem Engagement nicht
 55 alleingelassen werden. Wir Grünen wollen, dass die EU-Leitlinien zum Schutz von
 56 Menschenrechtsverteidigern vollständig umgesetzt und öffentlich stärker bekannt gemacht
 57 werden. Dafür ist es auch notwendig, das europäische Instrument für Demokratie und
 58 Menschenrechte zu stärken und finanziell besser auszustatten. Die EU muss weiterhin den
 59 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zur Situation von Menschenrechtsverteidigern
 60 und für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit finanziell und politisch in- und außerhalb
 61 des VN-Menschenrechtsrates aktiv unterstützen und den Aktionsplan für Menschenrechte und
 62 Demokratie des Europäischen Rates vorantreiben.

63 Menschenrechte müssen auch für die EU-Handelspolitik maßgeblich sein. Die Art und Weise, wie
 64 wir in Europa leben, hat weltweite Folgen: von der Klimakrise bis zu ausbeuterischen
 65 Arbeitsbedingungen, rücksichtslosem Ressourcenabbau und Stärkung autoritärer Regime. Damit
 66 die EU zur Förderin von nachhaltiger Entwicklung und der Stärkung sozialer und ökologischer
 67 Standards im Welthandel wird, bedarf es beherzter Schritte.

68 Transnationale Unternehmen mit Sitz in der EU müssen auch bei uns in Europa dafür haftbar
 69 gemacht werden können, wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten an
 70 Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. Lieferketten wollen wir transparenter machen, so
 71 dass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte produziert wurden, die in die EU
 72 eingeführt werden. Wir wollen nicht, dass Kriege, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung
 73 durch Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Wir Grünen wollen eine
 74 konsequente Umsetzung der Leitlinien der Vereinten Nationen zu Wirtschafts- und
 75 Menschenrechten.

76 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 77 • die Einklagbarkeit von Menschenrechten auch gegenüber transnationalen Unternehmen,
- 78 • den Schutz und die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und
- 79 Menschenrechtsverteidiger*innen.

80 **4.2 Eine gemeinsame europäische Außenpolitik gestalten**

81 Die multilaterale Ordnung und ihre Institutionen sind unter Druck. Es kommt jetzt mehr denn
 82 je auf die EU als weltpolitikfähige Akteurin an, die global gestaltet. Das kann nur
 83 gelingen, wenn die EU als dialogbereite und verlässliche Partnerin und gute Nachbarin
 84 agiert. Einen Rückfall in Nationalismus und Populismus zu verhindern und die multilaterale
 85 Ordnung zu erhalten und gerechter zu gestalten, ist Aufgabe und Interesse der EU.

86 Ein friedliches Zusammenleben mit unseren europäischen Nachbarregionen ist zentrale Aufgabe
87 europäischer Nachbarschaftspolitik. Die Kriege und Konflikte in den östlichen und südlichen
88 Nachbarstaaten stellen die EU vor große Herausforderungen. Es kommt jetzt mehr denn je auf
89 eine einheitliche und klar friedensorientierte europäische Außenpolitik an. Die EU muss ihr
90 politisches und diplomatisches Gewicht in die Waagschale werfen, um Schritte für Frieden und
91 Sicherheit in ihrer Nachbarschaft zu ermöglichen. Und sie muss ihr Engagement für die
92 angrenzenden Regionen deutlich ausweiten, um Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung im
93 gesamten Umfeld der Europäischen Union zu fördern.

94 *Stärkung der multilateralen Ordnung und ihrer Institutionen*

95 Eine friedliche Welt braucht eine starke internationale Organisation der Zusammenarbeit.
96 Gerade in einer Zeit, in der sich andere Staaten daraus zurückziehen, ist die Europäische
97 Union gefragt, Verantwortung zu übernehmen. Das betrifft sowohl die finanzielle
98 Unterstützung von internationalen Organisationen und Programmen, wie dem
99 Welternährungsprogramm, dem Umweltprogramm oder dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten
100 Nationen, als auch das Umsetzen von internationalen Verträgen, zum Beispiel des Pariser
101 Klimaabkommens.

102 In Zeiten, in denen einige Staatschefs wieder das Recht des Stärkeren an die Stelle der
103 Stärke des Rechts setzen wollen, braucht es eine Europäische Union, die das humanitäre
104 Völkerrecht verteidigt. Wir Grünen wollen, dass sich die EU für eine Stärkung und bessere
105 Funktionsfähigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes einsetzt. Es ist überfällig, dass
106 die EU neben den Mitgliedstaaten selbst Mitglied der Europäischen Menschenrechtskonvention
107 wird, damit sich auch EU-Institutionen für ihr Handeln vor dem Europäischen Gerichtshof für
108 Menschenrechte verantworten müssen.

109 Die schreckliche Situation in Syrien hat erneut verdeutlicht, welche negativen Auswirkungen
110 die Handlungsunfähigkeit der Vereinten Nationen (VN) durch die Blockadehaltung eines
111 Mitglieds im VN-Sicherheitsrat haben kann. Eine Blockade des Sicherheitsrats bei zentralen
112 Fragen schwächt das Völkerrecht und die VN insgesamt, da beispielsweise nicht einmal der
113 Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag mit der Verfolgung von Kriegsverbrechen
114 beauftragt werden kann. Die Vereinten Nationen müssen wieder handlungsfähiger werden.
115 Langfristig sollte der Sicherheitsrat so reformiert werden, dass alle Weltregionen
116 angemessen repräsentiert sind – zum Beispiel sollte Indien aufgenommen werden – und sich
117 zudem das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten verbessert. Dazu würde ein Sitz für die
118 Europäische Union einen wichtigen Beitrag leisten. Zugleich braucht es eine internationale
119 Debatte über das Vetorecht. Bis dahin sollte im Falle einer anhaltenden Blockade des
120 Sicherheitsrats die Generalversammlung der VN das Recht beanspruchen können, mit
121 qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle
122 diplomatische Maßnahmen, Sanktionen und im äußersten Fall auch friedens erzwingende Maßnahmen
123 nach Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen.

124 Neben den Vereinten Nationen wollen wir auch die Organisation für Sicherheit und
125 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stärken. Dabei geht es darum, die Fähigkeiten der OSZE im
126 Bereich ziviler Krisenprävention, Frühwarnung und Krisenbewältigung zu stärken – materiell
127 und finanziell. Das Konzept der menschlichen Dimension von Sicherheit war und bleibt eine
128 zentrale Errungenschaft der OSZE. Sie bildet den umfassenden Sicherheitsbegriff der OSZE ab
129 und umfasst beispielsweise Aktivitäten in den Bereichen Medienfreiheit, Minderheitenrechte,
130 Rechtsstaatlichkeit und Nichtdiskriminierung. Dieses Engagement für die Förderung von
131 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Toleranz und Nichtdiskriminierung wollen
132 wir unterstützen. Wir fordern daher eine Stärkung des Hochkommissars für Nationale
133 Minderheiten, des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) und des
134 OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit. Wir weisen jegliche Versuche von OSZE-Mitgliedern, die

135 Geltung dieser menschlichen Dimension in Frage zu stellen oder ihre Instrumente zu
136 diskreditieren, zurück.

137 *Konsequent für EU-Recht beim Brexit*

138 Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union verlässt ein Land das gemeinsame Haus der
139 EU. Der Brexit verdeutlicht, was passiert, wenn Regierungen sich von rechten Stimmungen
140 treiben lassen. Die Europäische Union muss weiter geschlossen zusammenstehen, damit ein
141 Drittland nicht bessergestellt ist als ein Mitgliedsland. Rosinenpickerei darf es nicht
142 geben, der Brexit darf keine Blaupause für andere Staaten werden. Das würde auch diejenigen
143 in Großbritannien unterstützen, die eine weitere Entscheidung der Bürger*innen über das
144 finale Austrittsdokument fordern. Bisher verhandelt die EU erfolgreich, besonders weil die
145 anderen 27 Mitgliedstaaten zusammenhalten. Wir unterstützen die Rolle der EU-Kommission als
146 Verhandlungsführerin. Nationale Alleingänge oder gar bilaterale Deals darf es nicht geben.
147 Die Wahrung der vier EU-Grundfreiheiten – Freiheit von Warenverkehr, Dienstleistung,
148 Personen- und Kapitalverkehr – müssen im Mittelpunkt stehen. Einen uneingeschränkten Zugang
149 zum Binnenmarkt kann es ohne Personenfreizügigkeit und Anerkennung des EU-Rechts nicht
150 geben. Einen Austritt mit Sonderstatus kann es nicht geben. Ebenso hat der Frieden auf der
151 irischen Insel absolute Priorität. Insbesondere die britische Regierung muss gewährleisten,
152 dass eine harte Grenze auf der irischen Insel vermieden wird. Ein Abkommen über die
153 zukünftigen Beziehungen kann erst nach dem rechtskräftigen Austritt Großbritanniens
154 finalisiert werden. Die außenpolitische Zusammenarbeit mit Großbritannien wollen wir nach
155 dem Austritt im Rahmen internationaler Organisationen (NATO, OSZE, Europarat) stärken.

156 *Für eine verantwortungsvolle Erweiterungspolitik*

157 Die Erweiterungspolitik der EU ist für uns eine Erfolgsgeschichte. Sie steht für Frieden,
158 Demokratie und Stabilität in Europa. Die Europäische Union hat allen Staaten des Westbalkans
159 – Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Albanien und Mazedonien – das
160 Versprechen gegeben, der EU beitreten zu können, wie dies Slowenien und Kroatien bereits
161 erfolgreich getan haben. Albanien und Mazedonien kamen dieses Jahr dem Beginn von
162 Beitrittsverhandlungen mit der EU näher. Das ist eine sehr positive Entwicklung, die wir
163 Grünen unterstützen. Es kommt jetzt darauf an, dass die EU Nägel mit Köpfen macht und beiden
164 Ländern 2019 einen festen Termin für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen präsentiert.

165 Die EU steht in der politischen Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen
166 nicht zu enttäuschen und gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in diesen Ländern
167 mitzugestalten. Wir wollen dieses Versprechen durch eine engagiertere und tiefgreifende
168 Zusammenarbeit mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteur*innen des Westbalkans
169 glaubwürdig machen. Denn die Beitrittsperspektive ist wichtiger Motor für den sensiblen
170 Friedens- und Aussöhnungsprozess, für Transformation und Modernisierung in einer weiterhin
171 fragilen Region. Und sie unterstützt vor allem diejenigen, die sich schon heute für mehr
172 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und den Schutz der Umwelt einsetzen. Klar
173 ist aber auch, dass ausschließlich der politische Reformwille vor Ort und die Erfüllung der
174 Kopenhagener Kriterien über das Tempo des weiteren Beitrittsprozesses und den EU-Beitritt
175 selbst entscheiden. Bei den dringend notwendigen Reformen darf es keinen Rabatt geben:
176 Gerade in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Grundwerte und Pressefreiheit, Bekämpfung von
177 Korruption und organisierter Kriminalität, Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und Beilegung
178 von bilateralen Konflikten müssen noch viele Fortschritte erzielt werden. Diese
179 Herausforderungen bleiben für uns Ansporn für ein starkes Engagement.

180 Das bedeutet in jedem einzelnen Fall, dass die Beitrittsvoraussetzungen erreicht werden
181 müssen, die europäischen Werte und Regeln vollständig erfüllt sein müssen und die EU nach
182 innen funktionsfähig bleiben muss, bevor ein neues Land aufgenommen wird.

183 *Transatlantische Partnerschaft erhalten*

184 Die transatlantische Partnerschaft ist in einer tiefen Krise. Der amerikanische Präsident
185 vertieft diese mutwillig. Seine Präsidentschaft bringt massive Rückschritte beim
186 Klimaschutz, bei der Anerkennung des Völkerrechts und der Verrechtlichung der
187 internationalen Beziehungen. Er versteht Europa als wirtschaftlichen Gegner und setzt auf
188 eine nationalistische Strategie. Darauf braucht es eine geschlossene Antwort der EU-
189 Mitgliedstaaten. Die EU darf sich von Präsident Trump nicht spalten lassen. Nur so kann
190 Europa sich selbst behaupten.

191 Dennoch ist die transatlantische Partnerschaft für uns ein zentraler Bezugspunkt
192 europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die USA sind mehr als ihr derzeitiger Präsident.
193 Eine enge Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Partnern und Netzwerke mit progressiven
194 Kräften im Land, die eine soziale, ökologische und menschenrechtsbasierte Politik verfolgen,
195 bleiben wesentlicher Pfeiler unserer Politik. Daher sollte die Europäische Union viel
196 stärker auf eine Zusammenarbeit mit den US-Bundesstaaten sowie zivilgesellschaftlichen
197 Akteur*innen, vor allem in den Bereichen Bildung, Energie, Klimaschutz sowie
198 Digitalisierung, setzen.

199 *Östliche Partnerschaft und Russland: demokratische Kräfte stärken*

200 Eine gute Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn der EU ist im ureigenen Interesse Europas
201 und wichtiger Baustein für Stabilität und Frieden in der Region. Die Östliche Partnerschaft
202 der EU, die seit 2009 mit Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und der Ukraine
203 besteht, muss weiter gestärkt und die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche
204 Integration dieser Staaten weiter vorangetrieben werden. Dabei dürfen europäische Grundwerte
205 nicht für wirtschaftliche Interessen geopfert werden. Der Kampf gegen Korruption,
206 demokratische und rechtsstaatliche Reformen und die Wahrung der Menschenrechte müssen in
207 diesen Ländern noch stärker von der EU eingefordert werden. Die wichtige Anbindung der
208 östlichen Nachbarn an die EU ist gleichzeitig eine Herausforderung für das Verhältnis zu
209 Russland, da Russland versucht, die engere Zusammenarbeit der östlichen Staaten mit der EU
210 zu verhindern.

211 Unter Präsident Putin hat Russland mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, dem
212 militärischen Vorgehen in der Ostukraine und mit dem brutalen militärischen Eingreifen in
213 Syrien auf der Seite Assads zu einer erheblichen Verschärfung der internationalen Spannungen
214 beigetragen. Gerade bei unseren osteuropäischen Nachbarn hat das tiefe historische
215 Erinnerungen hervorgerufen. Die Verletzung der territorialen Integrität anderer Staaten
216 durch Russland ist inakzeptabel. Das gilt für die völkerrechtswidrige Annexion der Krim
217 ebenso wie für die nunmehr zehnjährige Besatzung der georgischen Gebiete Südossetien und
218 Abchasien durch Russland und den Versuch der illegalen Grenzziehung in diesen Gebieten. Die
219 EU muss hier klar für die Unversehrtheit der Grenzen in Europa eintreten und ihre
220 politischen und diplomatischen Anstrengungen für eine friedliche Lösung des Konflikts im
221 Südkaukasus verstärken.

222 In Bezug auf Russland gibt es keine Abstriche in unserem Eintreten für Demokratie und
223 Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts. Eine Lösung des Konfliktes in der
224 Ukraine kann nur eine politische und diplomatische sein. Daher halten wir am Minsker
225 Abkommen fest. Solange Russland gegen dieses verstößt, befürworten wir die gezielten
226 Sanktionen der EU. Wir wenden uns gegen jede Verletzung der Grund- und Menschenrechte von
227 Aktivist*innen, Journalist*innen, Oppositionellen und Minderheiten in Russland. Mit Sorge
228 sehen wir Versuche von russischer Seite, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten zu
229 schwächen. Russland hat kein Interesse an einem geschlossenen und demokratischen Europa. Das
230 wurde durch die Hacks, die Wahlbeeinflussung über soziale Netzwerke und die erhebliche
231 finanzielle Unterstützung anti-demokratischer Kräfte in vielen europäischen Staaten

232 deutlich. Darauf muss sich die Europäische Union noch besser einstellen. Die Antwort muss in
233 einer Stärkung der EU liegen. Wo immer es möglich ist, suchen wir die Kooperation mit
234 Russland, deshalb bleiben wir auch im Gespräch. Sicherheit, Frieden und Abrüstung lassen
235 sich nicht erreichen, wenn man sich anschweigt.

236 *Europäisches Engagement für Stabilität und Frieden im Nahen Osten*

237 Der grausame Krieg in Syrien, der seit über sieben Jahren tobt, Hunderttausenden das Leben
238 gekostet und Millionen von Menschen in die Flucht getrieben hat, findet vor Europas Haustür
239 statt. Die EU sollte alle bestehenden Friedensinitiativen unterstützen. Solange der Krieg
240 ungehindert fortgesetzt wird, müssen Sanktionen und Einreiseverbote gegen hochrangige
241 syrische und russische Militäranghörige ausgeweitet und ihre Konten in der EU eingefroren
242 werden.

243 Die einseitige Aufkündigung des Atom-Abkommens mit dem Iran durch US-Präsident Trump könnte
244 die ohnehin instabile Region in einen weiteren blutigen Konflikt stürzen. Es droht ein
245 nukleares Wettrüsten in der Region, das ganz konkret auch die Sicherheit in der Europäischen
246 Union bedroht. Dazu kommt der Schaden für das transatlantische Verhältnis und die
247 multilaterale Ordnung insgesamt. Die EU muss jetzt alles daransetzen, das Iran-Abkommen am
248 Leben zu halten und die atomare Abrüstung des iranischen Regimes voranzubringen. Zusätzlich
249 muss sich die EU gegenüber allen Regionalmächten um die Durchsetzung einer Friedensordnung
250 bemühen.

251 Das deutsch-israelische Verhältnis ist durch die Verfolgung und Ermordung der europäischen
252 Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland geprägt. Das Existenzrecht
253 und die Sicherheit Israels mit gleichen Rechten für all seine Bürgerinnen und Bürger sind
254 daher unverhandelbar. Wir Grünen setzen uns weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um
255 die Sicherheit des Staates Israel zum Wohle aller seiner Bewohnerinnen und Bewohner sowie
256 die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina auf der
257 Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten. Es kann nur eine gewaltfreie Lösung geben.
258 Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen den Terror der Hamas. Die zunehmende
259 Diskriminierung von Minderheiten in Israel lehnen wir ab, ebenso wie den illegalen
260 Siedlungsbau. Während wir der palästinensischen Zivilgesellschaft nicht absprechen, selbst
261 über gewaltfreie Strategien zur Beendigung der Besatzung zu entscheiden, lehnen wir einen
262 Boykott Israels als Instrument deutscher und europäischer Außenpolitik ab. Wir wollen
263 weiterhin mit allen Kräften in Israel und Palästina zusammenarbeiten, die sich gegen eine
264 Fortdauer der Besatzung, gegen eine Spaltung der israelischen Gesellschaft und für eine
265 Zwei-Staaten-Lösung einsetzen.

266 Seit drei Jahren tobt auch im Jemen ein brutaler Krieg, in dem die Huthi-Rebellen mit
267 Unterstützung des Iran gegen die jemenitische Regierung und die von Saudi-Arabien angeführte
268 Militärallianz kämpfen. In dem unerbittlichen Krieg sind bereits mehr als 10.000 Menschen
269 ums Leben gekommen, 80 % der Bevölkerung sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, darunter
270 viele Kinder. Die EU muss ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden und alles dafür
271 tun, um einen sofortigen Waffenstillstand der beteiligten Militärmächte und der Rebellen zu
272 erreichen. Politisch muss auf die Kriegsparteien eingewirkt werden, um die Kampfhandlungen
273 umgehend zu stoppen, die durch Saudi-Arabien errichtete Seeblockade aufzulösen und
274 Hilfsgüter ins Land zu lassen. Jegliche Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern an Saudi-
275 Arabien muss ein Ende haben. Es darf nicht sein, dass Europa indirekt diesen Krieg auch noch
276 anheizt.

277 *Demokratische Kräfte in der Türkei stärken*

278 Die Türkei ist eines der Schlüsselländer, um unsere Nachbarregionen zu stabilisieren. Aber
279 auch Präsident Erdogan und die AKP haben sich zu einer autoritären, autokratischen Regierung

280 entwickelt. In dieser Zeit gilt es umso mehr, diejenigen zu unterstützen, die trotz schwerer
281 Repressalien und systematischer Verfolgung in der Türkei für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit
282 und Weltoffenheit eintreten. Wir verurteilen die von Präsident Erdogan eingeschlagene
283 Politik hin zu einem autoritären Präsidialsystem und die massiven Angriffe auf
284 Oppositionelle, die Zivilgesellschaft, die Meinungs- und Pressefreiheit, die
285 völkerrechtswidrigen Angriffe des türkischen Militärs auf Syrien und den Nordirak sowie die
286 Abkehr von einem friedlichen und politischen Lösungsprozess in der Kurdenfrage. Es braucht
287 nun eine grundlegende Neuvermessung der europäisch-türkischen Beziehungen. Mehr denn je muss
288 die EU klare Haltung für Demokratie und Menschenrechte zeigen. Für die europäische Ebene
289 bedeutet das unter anderem: Über eine Ausweitung der Zollunion kann erst verhandelt werden,
290 wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Alle
291 Rüstungsexporte europäischer Mitgliedstaaten gehören beendet, ebenso wie die Beteiligung
292 europäischer Unternehmen an Rüstungskonsortien in der Türkei.

293 Die Türkei hat über 3 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Deren Versorgung nach
294 humanitären Standards muss die EU finanziell unterstützen. Auch sollten die EU-Staaten
295 dringend Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen anbieten.

296 Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei ist eine Folge der Weigerung der EU-Mitgliedstaaten,
297 zu einer gemeinsamen solidarischen Lösung in der Flüchtlingskrise zu kommen. Es hat zu
298 katastrophalen Lagern auf Lesbos und anderen griechischen Inseln geführt und untergräbt
299 durch Abschiebungen ohne Asylrechtsprüfung das Recht auf Asyl. Diesen EU-Türkei-Deal wollen
300 wir beenden.

301 Praktisch liegen die Beitrittsgespräche mit der Türkei bereits auf Eis. Die Wiederaufnahme
302 der Verhandlungen muss an strenge, messbare Bedingungen geknüpft sein. Insbesondere mit
303 Blick auf die Verfassungsreform und die jüngsten Wahlen in der Türkei ist eines deutlich:
304 Ein EU-Beitritt der Türkei ist unter Präsident Erdogan nicht vorstellbar. Zugleich gilt: Für
305 eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben. Ein formaler
306 Abbruch der Beitrittsgespräche wäre falsch. Die vielen proeuropäischen Kräfte in der Türkei
307 brauchen dieses Signal und weiterhin unsere Unterstützung. Umso bedeutender ist es deshalb,
308 die noch bestehenden EU-Beitritts Hilfen ausschließlich an prodemokratische Organisationen
309 auszuzahlen und die Verwendung der Gelder deutlich strenger zu kontrollieren als bislang.

310 *Zukunftspakt mit Afrika*

311 Afrika hat für die EU auch wegen der finsternen Kolonialgeschichte eine besondere Bedeutung.
312 Statt eine Partnerschaft auf Augenhöhe anzustreben, stehen derzeit vor allem
313 Migrationskontrolle und militärische Zusammenarbeit im Vordergrund. Die gegenwärtige Agrar-,
314 Handels- und Ressourcenpolitik laufen den Zielen einer nachhaltigen Partnerschaft zuwider.
315 Diese Politik bekämpft keine Probleme, sondern verschärft die Situation derjenigen, die am
316 meisten unter Armut und globaler Ungerechtigkeit zu leiden haben. Wir wollen unsere
317 afrikanischen Partner dabei unterstützen, lebenswerte Perspektiven für die Menschen vor Ort
318 zu schaffen und damit auch langfristig Fluchtgründe zu bekämpfen. Dies wollen wir vor allem
319 durch eine Stärkung afrikanischer Organisationen wie der Afrikanischen Union oder der
320 Afrikanischen Entwicklungsbank erreichen. Deshalb schlagen wir einen Zukunftspakt zwischen
321 der EU und Afrika vor. Kern ist eine Partnerschaft, die auf dem offenen und transparenten
322 Ausgleich gegenseitiger Interessen und Forderungen basiert. Um eine nachhaltige Entwicklung
323 im gesamten globalen Süden einzuleiten, braucht es eine kohärente Politik, die sich an der
324 Agenda 2030 der Vereinten Nationen, am Klimaabkommen von Paris und an der Aktionsagenda von
325 Addis Abeba orientiert.

326 *Europäische China-Politik: Kooperation auf Basis klarer Werte*

327 Europas Verhältnis zu China ist über die letzten Jahre wichtiger, aber auch schwieriger
328 geworden. Deutschlands Beziehungen zur Volksrepublik sind besonders eng. Daraus erwächst
329 eine hohe Verantwortung dafür, dazu beizutragen, dass die EU gegenüber China vermehrt mit
330 einer Stimme spricht. Das gilt für die Abwehr chinesischer Dumpingexporte, für den
331 verantwortlichen Umgang mit Investitionen, die Belange der Sicherheit oder der öffentlichen
332 Ordnung beeinträchtigen könnten, oder für faire Chancen europäischer Unternehmen in China.
333 Es gilt nicht weniger für die gemeinsame Vertretung unserer gemeinsamen Werte, voran der
334 Menschenrechte. Und es gilt auch gegenüber Chinas Außenpolitik, die zunehmend eine der
335 harten Hand ist und zunehmende Drohungen gegenüber der Selbstverwaltung Taiwans einschließt.
336 Wir unterstützen Europas „Ein-China-Politik“ und teilen die Auffassung, dass Chinas
337 Vereinigung nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf.

338 Chinas heutige Führung, die im Inneren zum Totalitarismus zurückkehrt, befindet sich mit
339 ihren Konzepten der „neuen Seidenstraße“, des „Made in China 2025“ und der „globalen
340 Schicksalsgemeinschaft“ auf dem Weg zur globalen Supermacht, die Multilateralismus nur
341 mitmacht, wo er ihr nutzt. Europa muss der chinesischen Herausforderung mit der Bereitschaft
342 zur Kooperation, aber auch mit Klarheit in der Vertretung der eigenen Werte und Interessen
343 und mit Selbstbewusstsein begegnen.

344 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 345 • eine Initiative für die Reform und Stärkung der Vereinten Nationen,
- 346 • die materielle und finanzielle Stärkung der OSZE,
- 347 • die Stärkung des humanitären Völkerrechts und des internationalen Strafrechts zur
348 Verfolgung schwerster Menschenrechtsverbrechen,
- 349 • einen Zukunftspakt mit Afrika.

350 **4.3 Krisen vermeiden, Frieden und Sicherheit garantieren**

351 Als Friedensmacht ist es oberste Pflicht von uns Europäerinnen und Europäern, aktiv an einer
352 globalen, multilateralen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen mitzuarbeiten. Im
353 Mittelpunkt muss eine Politik stehen, die verhindert, dass Krisen und Konflikte überhaupt
354 entstehen. Von einer kohärenten, vollständig koordinierten Krisenprävention der EU sind wir
355 noch weit entfernt. Wenn die EU ihre Rolle als zivile Macht ernst nimmt, darf sie nicht nur
356 auf die Verteidigung schauen. Zivile und präventive Maßnahmen sind frühzeitig zu ergreifen
357 und nicht erst, wenn Konflikte schon entflammt sind. Das gilt besonders auch für Post-
358 Konflikt-Situationen. Das Wiederaufflammen von Kriegen und gewaltsamen Konflikten lässt sich
359 am besten verhindern, wenn frühzeitig Strukturen vor Ort aufgebaut werden, die Sicherheit
360 herstellen und die Versorgung aller Menschen in einer Region ermöglichen.

361 Damit sich Friedenspolitik auf europäischer Ebene nicht nur am kleinsten gemeinsamen Nenner
362 orientiert, setzen wir uns für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und
363 Sicherheitspolitik im Europäischen Rat ein. Eine zivile Säule des außenpolitischen Handelns,
364 die Diplomatie, ist der nachhaltigere, stärkere Pfeiler einer menschenrechtsorientierten
365 Friedens- und Außenpolitik. Dementsprechend wollen wir den Europäischen Auswärtigen Dienst
366 stärken und ausbauen. Wir plädieren dafür, die konsularischen Dienste der Mitgliedsländer
367 gemeinsam in europäischen Botschaften zu bündeln und dadurch Personalkapazitäten für die
368 eigentlichen diplomatischen Aufgaben freizusetzen.

369 Wir unterstützen den Europäischen Auswärtigen Dienst in seinen Bestrebungen, auch für den
370 zivilen Bereich feste Ausbauziele und gemeinsame Schwerpunkte festzulegen. Ähnlich wie die
371 Battlegroups im militärischen Bereich brauchen wir auch ein ziviles Einsatzteam, damit im
372 Krisenfall schnell zivile staatliche und nicht staatliche Experten wie Polizisten, Juristen,

373 Mediatoren oder Verfassungsexperten entsandt werden können. Wir wollen die Mittel und das
374 Personal für zivile Krisenprävention und die zivilen EU-Polizei- und Rechtsstaatsmissionen
375 deutlich erhöhen und ihre Finanzierung gerechter unter den Mitgliedstaaten verteilen.
376 Außerdem wollen wir das Europäische Friedensinstitut finanziell stärker in seiner
377 Mediationsarbeit unterstützen.

378 Wir stellen uns gegen den fatalen Paradigmenwechsel, zivile Gelder aus dem EU-Haushalt für
379 militärische Zwecke oder zur Abwehr von Geflüchteten umzuwidmen. Die Trennschärfe zwischen
380 entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen muss bewahrt werden. Wir lehnen sowohl
381 die Öffnung des Instruments für Stabilität und Frieden für militärische Zwecke ab als auch
382 den Plan der EU-Kommission, dieses Instrument 2020 auslaufen zu lassen. Stattdessen fordern
383 wir eine Verdoppelung der Mittel im Bereich der zivilen Krisenprävention.

384 *Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete stoppen*

385 Europa exportiert Waffen und Rüstungsgüter in Kriegs- und Krisengebiete sowie in Diktaturen.
386 Das wollen wir stoppen. Nationale Wirtschaftsinteressen dürfen nicht Frieden gefährden. Auch
387 wollen wir nicht, dass Überwachungssysteme zur Unterdrückung von Menschen in Diktaturen
388 genutzt werden. Wir fordern daher, dass die gemeinsamen Regeln für die Ausfuhrkontrolle von
389 Militärtechnologie und Militärgütern (gemeinsamer Standpunkt des Rats von 2008)
390 rechtsverbindlich und einklagbar werden.

391 Wir setzen uns auf europäischer Ebene für den Erhalt und die Stärkung internationaler und
392 regionaler Rüstungskontrollregime ein. Die EU muss darauf hinwirken, diese Abkommen auch auf
393 neue Bereiche der Kriegsführung – wie den Cyberraum oder Outer Space – auszudehnen. Wir
394 wollen, dass die EU für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge in
395 internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintritt. Weiterhin sollte sie sich
396 für eine präventive völkerrechtliche Ächtung autonomer Waffensysteme einsetzen. Außerdem
397 muss die EU zur atomaren Abrüstung beitragen, sowohl im Innern durch den Einsatz für ein
398 atomwaffenfreies Europa als auch international.

399 *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik*

400 Heutzutage werden Sicherheitsrisiken immer komplexer und reichen von der Verbreitung von
401 Massenvernichtungswaffen und Cyberangriffen bis hin zur Bedrohung der Energie- und
402 Umweltsicherheit, während zugleich militärische Annexionen direkt vor unserer Haustür
403 stattfinden. Europa kommt gar nicht darum herum, sich diesen Herausforderungen stärker
404 selbst zu stellen. Die NATO hat nach wie vor eine wichtige Bedeutung für die Sicherheit
405 Europas. Doch angesichts der Spannungen und Konflikte im NATO-Bündnis ist es sinnvoll, die
406 Sicherheit Europas stärker gemeinsam voranzutreiben. An der Vision einer gesamteuropäischen
407 Sicherheitsordnung, die den Raum der OSZE umfasst, halten wir fest. In diesem Sinne wollen
408 wir an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion arbeiten und die verstärkte
409 Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausbauen, anstatt immer mehr Geld in nationale
410 Rüstungssektoren zu pumpen.

411 Forderungen aus der NATO, die nationalen Militärausgaben auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts
412 zu steigern, lehnen wir ab. Aus Sicht der EU-Kommission würden sich schon jetzt durch eine
413 tiefgehende Kooperation im Verteidigungsbereich Einsparungsmöglichkeiten von 25 bis 100
414 Milliarden Euro pro Jahr ergeben. Statt 17 nicht funktionsfähiger Systeme sollten wir besser
415 ein funktionierendes System schaffen. Wir unterstützen daher grundsätzlich die ständige und
416 strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich (PESCO), wobei die zivile Seite der
417 Sicherheitskooperation bislang deutlich hinterherhinkt. Die Zusammenarbeit im
418 Verteidigungsbereich darf aber nicht dazu führen, dass wir zusätzliches Geld in ein
419 ineffizientes System der Verteidigungsbeschaffung stecken. Was europäisch getan wird, darf
420 nicht noch parallel national weitergeführt und finanziert werden. Vielmehr wollen wir eine

421 sicherheitspolitische Integration auf europäischer Ebene im Rahmen des EU-Budgets im Sinne
422 einer echten Umsetzung des „pooling & sharing“. Die europäischen Verteidigungsausgaben
423 dürfen auch nicht zu Lasten anderer Aufgaben der EU gehen. Die Umwidmung bisher ziviler
424 Haushaltstitel auf EU-Ebene lehnen wir ab. Wir sind gegen eine Etablierung von
425 Parallelstrukturen zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Ein
426 gemeinsames außen- und sicherheitspolitisches Vorgehen Europas kann es nur innerhalb der
427 Strukturen der Europäischen Union geben.

428 Damit der Einsatz des Militärs auch wirklich das äußerste Mittel bleibt, muss der zivile
429 Aspekt der Sicherheit deutlich gestärkt werden, wozu vor allem die Nichtverbreitung von
430 Waffen, die Verhinderung von Völkermord, die wirtschaftliche Entwicklung, die
431 Rechtsstaatlichkeit, die Vermittlung und Versöhnung und die territoriale Integrität zählen.
432 Wichtig ist für uns, dass die gemeinsamen Verteidigungsprojekte auch parlamentarisch durch
433 das Europäische Parlament kontrolliert werden. Aus nationaler Erfahrung wissen wir, dass
434 Großprojekte ohne Transparenz und echte Kontrollmöglichkeiten häufig in Missmanagement und
435 Korruption enden.

436 Außerdem brauchen wir eine regelmäßige Debatte zu Einsätzen, die im Rahmen der Missionen der
437 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU durchgeführt werden. Auch
438 die Evaluierung solcher Missionen sollte durch das Europaparlament erfolgen. Nationale
439 Parlamentsvorbehalte dürfen im Zuge einer stärkeren Rolle des Europäischen Parlaments aber
440 nicht abgeschafft oder unterwandert werden. Mitgliedstaaten sollen auch in Zukunft die
441 Möglichkeit haben, nicht an GSVP-Missionen teilzunehmen.

442 *Europäischer Beitrag zur Konfliktprävention, Friedenssicherung und Schutz vor Verbrechen*
443 *gegen die Menschlichkeit*

444 Eine an den Menschenrechten orientierte Außenpolitik, die dem Schutzprinzip des Völkerrechts
445 verpflichtet ist, bedeutet auch, zu handeln, wenn Menschenrechte massiv verletzt werden. Wir
446 setzen uns daher für den Ausbau der europäischen Polizei- und Rechtsstaatsmissionen ein wie
447 auch für Ausbildungs- und Unterstützungsmissionen zur Vorsorge oder zur Stabilisierung von
448 Friedensprozessen.

449 Wir stehen zu einer Kultur der militärischen Zurückhaltung und für das Primat des Zivilen.
450 Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Es gibt jedoch Situationen, in denen
451 militärische Gewalt unter eng begrenzten Bedingungen als äußerstes Mittel im Sinne der
452 Schutzverantwortung der VN notwendig ist, weil nationale Regierungen nicht in der Lage oder
453 willens sind, Menschen vor schweren Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Dabei steht an
454 erster Stelle immer die Prävention, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen. Wir
455 machen uns die Entscheidung über Militäreinsätze niemals einfach, sondern prüfen mögliche
456 Mandate kritisch und sorgfältig.

457 Für uns gelten die VN-Charta und das Völkerrecht. Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur
458 auf Grundlage der VN-Charta und mit einem Mandat der Vereinten Nationen nach Kapitel VI oder
459 VII der VN-Charta zustimmen. Allerdings kann ein Nichthandeln aufgrund einer Blockadehaltung
460 einer oder mehrerer Vetomächte das Völkerrecht und die Vereinten Nationen ebenso massiv
461 beschädigen wie das Handeln ohne ein Mandat. Wenn der Sicherheitsrat blockiert ist, muss
462 sich die Generalversammlung damit befassen. Einsätze müssen grundgesetzkonform sein und im
463 Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit erfolgen. Ohne eine umfassende zivile
464 Gesamtstrategie und eine Einbettung in klare Konzepte für die Zukunft des betroffenen
465 Staates dürfen militärische Interventionen nicht erfolgen.

466 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 467 • mehr Finanzmittel und Personal für europäische Polizei- und Rechtsstaatsmissionen,

- 468 • eine europäische Sicherheitsunion, die parlamentarisch kontrolliert wird,
- 469 • keine Waffenlieferungen an Diktatoren und in Kriegs- und Krisengebiete,
- 470 • eine Verdoppelung der Mittel für zivile Krisenprävention.

471 **4.4 Globale Gerechtigkeit und Entwicklung fördern**

472 Für eine gerechte Globalisierung brauchen wir eine EU, die eine menschenrechtsbasierte
473 globale Strukturpolitik vorantreibt, aktiv wird und nicht in Nationalismen zurückfällt.
474 Politikkohärenz im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist unser Ziel, damit beispielsweise
475 Handelspolitik nicht Entwicklungszusammenarbeit torpediert. Die 17 globalen
476 Nachhaltigkeitsziele, beschlossen im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen, müssen innerhalb
477 der EU und global umgesetzt werden. Entwicklung gelingt nur dann, wenn wir soziale,
478 ökologische und wirtschaftliche Kriterien zusammendenken. Ziele wie
479 „Geschlechtergerechtigkeit“, „saubere Energie“, „gute Bildung“, „Frieden, Gerechtigkeit und
480 starke Institutionen“ der Agenda 2030 müssen wir in der EU durch eine ambitionierte
481 Nachhaltigkeitsstrategie verwirklichen. Wir müssen unsere Politik ändern, wenn
482 Agrarsubventionen Märkte in armen Ländern zerstören, wenn europäische Rechtsräume zur
483 Geldwäsche oder für die Steuer- und Kapitalvermeidung missbraucht werden oder wenn unsere
484 Handelspolitik Entwicklungschancen zerstört. Eine sozial-ökologische, vielfältige EU ist der
485 richtige Weg, um dem neuen Nationalismus und den antidemokratischen Kräften
486 entgegenzutreten.

487 Dies ist auch die beste Antwort auf die Herausforderungen weltweiter Fluchtbewegungen, um
488 Menschen davor zu bewahren, ihre Heimat verlassen zu müssen, sei es aufgrund von Verfolgung,
489 Folter, Kriegen, Hunger, Dürren oder anderen Krisen. Wir müssen endlich die strukturellen
490 Ursachen der Zerstörung von Lebensgrundlagen konsequent angehen. Unser Lebensstil, unsere
491 Art zu konsumieren, unser Wirtschaftssystem zerstören die Lebensgrundlagen von Millionen von
492 Menschen im Süden unseres Planeten. Europäische Unternehmen exportieren Rüstungsgüter in
493 Krisengebiete, überfischen die Weltmeere, und unsere Gesellschaften nehmen in Kauf, dass
494 unsere Agrarexporte andernorts die Existenzgrundlage von Bäuerinnen und Bauern zerstören.
495 Menschen, die nichts mehr zu verlieren haben, lassen sich weder mit höheren Zäunen noch mit
496 Patrouillenbooten oder durch Pakte mit Autokraten aufhalten. Stattdessen braucht es eine
497 kohärente internationale Politik und strukturelle Reformen in Bereichen wie Handel,
498 Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz, wie sie die nachhaltigen
499 Entwicklungsziele der UN vorgeben.

500 Die EU-Mitgliedstaaten haben sich schon lange zu einer Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung
501 auf 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts verpflichtet – die immer noch nicht erreicht sind. Wir
502 sprechen uns klar dagegen aus, dass Ausgaben für Flüchtlinge im Inland und innerhalb der
503 Europäischen Union als Ausgaben für die Entwicklungsfinanzierung gerechnet werden können.
504 Vielmehr brauchen wir überprüfbare Zwischenschritte, um das 0,7%-Ziel in der EU tatsächlich
505 zu erreichen. Die wirtschaftlich starken Länder der EU stehen hier besonders in der Pflicht
506 und müssen gemeinsam vorangehen. Dabei sind Entwicklungsgelder nicht alles. Wir setzen uns
507 dafür ein, dass die EU konsequent die Kapital- und Steuervermeidung aus Entwicklungs- und
508 Schwellenländern begrenzt. Dazu gehören Transparenzregister, das Austrocknen europäischer
509 Steuersümpfe und die verpflichtende, länderbasierte Berichterstattung globaler Konzerne, die
510 in der EU ihren Sitz haben.

511 Der humanitäre Bedarf der Vereinten Nationen zur Vermeidung von Hungersnöten oder
512 schlimmsten Katastrophen wird von der Staatengemeinschaft immer wieder nicht erfüllt,
513 allerhöchstens erst nach wiederholten Appellen und Sondergipfeln. Wir wollen eine Stärkung
514 und ausreichende Finanzierung der europäischen und internationalen Organisationen in diesem
515 Bereich, dazu zählt insbesondere auch eine finanziell bessere Ausstattung der europäischen

516 Organisation für humanitäre Hilfe, ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen sollen
517 besser koordiniert sein.

518 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 519 • die Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung,
- 520 • die Bekämpfung von Kapital- und Steuerflucht aus Entwicklungs- und Schwellenländern,
- 521 • eine Stärkung und bessere finanzielle Ausstattung der europäischen Organisation für
522 humanitäre Hilfe.

523 **4.5 Fairen und offenen Welthandel voranbringen**

524 Die globale Arbeitsteilung hat unzähligen Ländern mehr Wohlstand gebracht. Millionen
525 Menschen in sich entwickelnden Ländern haben auch dadurch den Sprung aus extremer Armut
526 geschafft. Der Austausch von Waren und Dienstleistungen fördert die Verbreitung von
527 Innovationen und trägt zu friedlichen Beziehungen zwischen den Nationen bei. Doch
528 gleichzeitig führt eine unregulierte Globalisierung viel zu oft zur Ausbeutung von Menschen
529 und Umwelt und beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Der aktuelle globale
530 Wettbewerb setzt soziale und ökologische Standards in den Staaten unter Druck. Die
531 Wohlstandsgewinne aus dem globalen Handel sind teilweise extrem ungleich verteilt.

532 Der offene Welthandel soll fair, ökologisch und gerecht gestaltet sein und Mensch und Umwelt
533 in den Mittelpunkt stellen. In diesem Sinne setzen wir uns dafür ein, dass die Europäische
534 Union eine führende Rolle bei der sozial-ökologischen Regulierung des Welthandels einnimmt.

535 *Global und demokratisch*

536 Die Welthandelsordnung steht unter Druck. Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO)
537 stecken in der Sackgasse. Immer mehr Staaten setzen darauf, nur mit einzelnen anderen
538 Staaten Handelsabkommen abzuschließen. Die „America-first-Politik“ von Donald Trump oder
539 Chinas aggressive Industriepolitik verstärken den Sog zu immer mehr bilateralen Abkommen.
540 Wir sehen das skeptisch, denn dabei geraten die Interessen von Ländern, die keinen Platz am
541 Verhandlungstisch haben, immer unter die Räder und die Verhandlungsposition ärmerer Länder
542 wird geschwächt.

543 In einer echten globalen Partnerschaft dürfen nicht nur die wirtschaftlich Stärksten
544 entscheiden. Deswegen fordern wir die Wiederbelebung der Verhandlungen im Rahmen der WTO.
545 Dazu sollte die EU einen Vorschlag vorlegen, der die WTO und das Welthandelssystem
546 reformiert und neu belebt und langfristig unter das Dach der Vereinten Nationen stellt.

547 Die Errichtung einer neuen globalen Welthandelsordnung wird Zeit brauchen. Daher können für
548 den Übergang auch Abkommen zwischen einzelnen Staaten und Wirtschaftsräumen sinnvoll sein.
549 An diese Abkommen legen wir aber harte Kriterien an. Sie dürfen nicht zu Lasten Dritter
550 gehen. Sie müssen demokratisch und transparent zustande kommen. Und sie müssen Umwelt- und
551 Klimaschutz, Menschenrechte, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit voranbringen. Getrieben
552 von einer konservativ-neoliberalen Mehrheit wurde in Europa eine Handelspolitik
553 vorgebracht, die diesen Grundsätzen widerspricht oder sie sogar in ihr Gegenteil verkehrt.
554 Im Mittelpunkt stehen die Interessen von großen Konzernen, während Verstöße gegen
555 Umweltschutz, Arbeitnehmer*innen- und Menschenrechte weiterhin nicht bestraft werden.

556 Wir sind zusammen mit einer breiten europäischen Zivilgesellschaft erfolgreich dagegen auf
557 die Straße gegangen und haben dazu beigetragen, dass TTIP nicht gekommen ist und bei CETA
558 und JEFTA einseitige Gerichte für private Investoren erstmal verhindert werden konnten. Das
559 macht deutlich, dass es sich lohnt, für faire, ökologische, gerechte und demokratische
560 Handelsabkommen zu streiten, auch wenn wir noch nicht am Ziel sind.

561 Wir Grünen lehnen das Abkommen mit Japan (JEFTA) deshalb in dieser Form ab, zum Beispiel
 562 wegen der mangelnden Verankerung und Durchsetzung des Vorsorgeprinzips und des Pariser
 563 Klimaschutzabkommens im Vertragstext. Gerade mit Ländern wie Japan bestünde die Chance, es
 564 endlich besser zu machen.

565 Ein Großteil von CETA ist bereits in Kraft, die problematischen Teile, die auch national
 566 ratifiziert werden müssen, noch nicht. Diese wollen wir in der aktuellen Form nicht
 567 ratifizieren.

568 Beim Abkommen mit den südamerikanischen Staaten (Mercosur) setzt die EU auf die
 569 Liberalisierung bei Dienstleistungen, obwohl öffentliche Wasser- und Stromversorgung gerade
 570 in den Ländern des Mercosur ein wichtiges Mittel zur Armutsbekämpfung sind. Gleichzeitig ist
 571 auf Bestreben Brasiliens der Schutz des Amazonas-Regenwaldes aus dem Vertragstext geflogen.
 572 Wir wollen auch mit unseren Handelspartnern in Südamerika Umwelt, Verbraucher und
 573 Menschenrechte in den Mittelpunkt von Handelsverträgen rücken.

574 Unsere grüne Alternative zur bisherigen EU-Handelspolitik ist eine Handelspolitik, die die
 575 Globalisierung gerecht gestaltet. Es ist nicht hinnehmbar, dass es Sonderschiedsgerichte für
 576 Investoren zwischen Rechtsstaaten gibt, während Klimaschutz, Menschenrechte oder das
 577 Vorsorgeprinzip nur schmückende Prosa bleiben. Wir lehnen einseitige Gerichte für private
 578 Investoren ab.

579 Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen internationalen Handelsgerichtshof ein, vor
 580 dem nicht nur Unternehmen klagen können, sondern auch Betroffene gegen die Verletzung
 581 menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale
 582 Unternehmen. Der Vorschlag der EU-Kommission für einen multilateralen
 583 Investitionsgerichtshof (MIC) erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Parlamente dürfen durch
 584 Regeln zur regulatorischen Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder geschwächt
 585 werden.

586 Das Vorsorgeprinzip, nach dem die Unbedenklichkeit von Produkten vor der Zulassung
 587 nachgewiesen werden muss, ist die tragende Säule des europäischen Schutzes von Umwelt und
 588 Verbraucher*innen. Die bestehende Verankerung des Vorsorgeprinzips im Primärrecht der EU
 589 reicht hierzu nicht aus. Deshalb wollen wir, dass es für alle Bereiche der EU-
 590 Handelsabkommen gilt. Auch Produkte, deren Verkauf in Europa verboten ist, wie bestimmte
 591 Giftstoffe und Waffen, sollten hier auch nicht produziert und dann exportiert werden dürfen.

592 Wir wollen im Handel auch die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen stärken und
 593 damit der Konzentration von wirtschaftlicher Macht entgegenwirken. Sie profitieren von
 594 Zollreduktion und einheitlichen technischen Standards.

595 *Für faire Arbeitsbedingungen, Klimaschutz und Menschenrechte*

596 Handel sollte soziale Gerechtigkeit, faire Arbeitsbedingungen und Menschenrechte
 597 unterstützen. Menschenrechte und die Arbeitnehmerschutzrechte der internationalen
 598 Arbeitsorganisation, also die ILO-Kernarbeitsnormen, müssen im Handel fest verankert werden,
 599 und ihre Verletzung muss einklagbar sein. Bei Verstößen muss die EU Handelsvergünstigungen
 600 auch entziehen. Die EU-Kommission setzt in erster Linie auf freiwillige
 601 Selbstverpflichtungen. Die Erfahrung zeigt: Das reicht nicht. Notwendig sind gesetzliche
 602 Sorgfaltspflichten, neue Haftungsregeln und bessere Klagemöglichkeiten innerhalb der EU –
 603 auch für Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen, die von europäischen Unternehmen
 604 verursacht werden. Wir wollen Unternehmen gesetzlich zu mehr Verantwortung und Transparenz
 605 in Bezug auf ihre Lieferketten verpflichten sowie dazu, Menschen- und Arbeiter*innenrechte
 606 einzuhalten und fairer und ökologischer Beschaffung den Vorrang zu geben.

607 Die Klimaziele von Paris müssen fester Bestandteil des Welthandels werden. Wir unterstützen
608 den Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die Klimaziele von Paris als
609 wesentlichen Bestandteil in Handelsabkommen zu verankern und damit verbindlich umzusetzen.

610 Wir müssen Handel und Klima in Einklang bringen. Eine Vorreiterrolle im Klimaschutz darf
611 nicht zu Nachteilen im internationalen Wettbewerb führen. Im Gegenteil wollen wir erreichen,
612 dass sich ein ambitionierter Klimaschutz auch ökonomisch rechnet. Dies kann zum Beispiel
613 über eine zu entwickelnde Klimaabgabe auf schmutzige Importe erfolgen, die aber WTO-konform
614 ausgestaltet sein muss.

615 Unfairen Wettbewerb durch Preis- oder Standard-Dumping wollen wir verhindern. Die letzte
616 Reform der europäischen Anti-Dumping-Instrumente war ein wichtiger Schritt. Es ist ein
617 Erfolg grüner Politik im Europaparlament, dass Marktverzerrung nun auch bei Verstößen gegen
618 internationale Arbeitnehmer- und Umweltstandards festgestellt werden kann. Wir wollen in
619 kritischen Bereichen strategische Infrastruktur schützen.

620 Handelsabkommen dürfen keine Treiber von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung
621 werden. Wo sich Privatisierungen als Holzweg erwiesen haben, wollen wir diese rückgängig
622 machen können. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss umfassend geschützt werden. Kommunen
623 dürfen in ihrer Handlungsfreiheit nicht beschränkt werden.

624 *Faire Rohstoffpolitik*

625 Durch viele Produkte des Alltags sind wir mit der ganzen Welt verbunden, die Produktion
626 findet in Asien statt, die Rohstoffe kommen vom afrikanischen Kontinent und konsumiert wird
627 bei uns. Wir wollen die Lieferketten besser kontrollieren. Deshalb wollen wir transparente
628 Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards durch entsprechende
629 Offenlegungs- und Sorgfaltspflichten erreichen. Was in der Europäischen Union konsumiert
630 wird, darf nicht zu Krieg und Ausbeutung beitragen.

631 Wir stehen für eine andere Rohstoffpolitik. Die Rohstoffe, die wir für unsere Handys oder
632 Tablets benötigen, werden oft unter miserablen Bedingungen abgebaut und gehen mit
633 Menschenrechtsverletzungen, Konflikten und Umwelterstörungen einher. Ausbeutung darf aber
634 nicht Grundlage der Digitalisierung und unseres Konsums sein. Wir treten ein für faire
635 Rohstoffpartnerschaften, die die Bedürfnisse der Abbauländer berücksichtigen, für Einsparung
636 des Rohstoffverbrauchs und eine nachhaltige Nutzung in Europa. Wir wollen verbindliche
637 Standards bei Abbau, Weiterverarbeitung und Handel von Rohstoffen im Rahmen eines
638 transparenten Verfahrens, das auch gegen Korruption und Steuervermeidung wirkt. Besonders
639 Konfliktmineralien müssen besser kontrolliert werden.

640 *Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe*

641 Die gegenwärtige Handelspolitik der EU mit Entwicklungsländern ist einseitig von den
642 wirtschaftlichen Interessen europäischer Unternehmen dominiert. Durch den Abbau von Zöllen
643 werden heimische Industrie, Handwerk und Landwirtschaft in Entwicklungsländern durch
644 Billigimporte aus der EU bedroht. Die EU ist durch ihre starke Verhandlungsposition in der
645 Lage, den Entwicklungsländern Bedingungen zu diktieren. Die derzeitigen
646 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit Afrika verhindern den Aufbau einer eigenen
647 Wirtschaft in diesen Ländern, statt ihn zu fördern. Wir wollen diese Abkommen stoppen und zu
648 einer echten Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe übergehen. Die Entwicklungsländer
649 müssen ihren Weg einer nachhaltigen Entwicklung selbst bestimmen können. Gleiche Rechte sind
650 nur zwischen gleich starken Partnern gerecht. Wer die Schwächeren fördern will, muss ihnen
651 mehr Rechte als den Starken gewähren. Wir wollen Entwicklungsländern ausreichend Raum für
652 handelspolitische Schutzmaßnahmen lassen, um ihre heimische Wirtschaft aufzubauen und junge
653 Industrien zu schützen. Zolleinnahmen sind eine wichtige Einnahmequelle für
654 Entwicklungsländer. Ohne diese werden die mageren Staatseinnahmen stark belastet und es

655 fehlen Mittel für Investitionen in öffentliche Güter wie Bildung, Basis-Gesundheitsdienste
656 und andere Aspekte der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die EU hingegen sollte ihre Zölle auf
657 verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern abschaffen, um eine diversifizierte Industrie
658 und Wertschöpfung vor Ort zu ermöglichen.

659 *Fairer Handel auch in der Landwirtschaft*

660 Europäische Agrarsubventionen zerstören kleinbäuerliche Strukturen im globalen Süden und
661 schaffen so Abhängigkeiten, vernichten Existenzen und zementieren Armut. Deshalb lehnen wir
662 sie ab. Wir brauchen einen Neustart des europäischen Agrarhandels, der nicht länger mit
663 Dumpingpreisen Märkte im globalen Süden zerstört. Die Patentierung von Saatgut sowie
664 Landgrabbing wollen wir bekämpfen. Die EU muss Investoren und staatliche Institutionen dazu
665 drängen, die Leitlinien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN zu
666 Landrechten, Fischgründen und Wäldern einzuhalten. Agrochemiekonzerne wie Bayer, der durch
667 die Übernahme von Monsanto zum Marktbeherrscher geworden ist, kontrollieren bereits jetzt
668 große Teile des weltweiten Saatgut-, Düngemittel- und Pestizidmarkts. Mit ihren Patenten
669 werden Kleinbäuerinnen und -bauern in teure Abhängigkeiten gezwungen und die Artenvielfalt
670 wird zerstört. Wir wollen die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern in Entwicklungsländern
671 auf freien Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber hinaus wollen
672 wir den Auf- und Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die
673 biologische Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger
674 Baustein, um das Recht auf Nahrung zu verwirklichen und die Landwirtschaft
675 widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels zu machen.

676 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 677 • die Verankerung des Pariser Klimaschutzabkommens und des Vorsorgeprinzips in allen
678 Handelsverträgen der EU,
- 679 • WTO-konforme Klimaabgaben auf schmutzige Importe,
- 680 • die Abschaffung von Zöllen auf verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern.

681 **4.6 Drogenkriege beenden**

682 Der globale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Er fördert organisierte Kriminalität,
683 unterminiert die Gesundheit der Drogenkonsument*innen, verletzt Menschenrechte und trägt zur
684 Destabilisierung von Staaten bei. Damit verhindert er die politische und wirtschaftliche
685 Entwicklung der betroffenen Länder. Europa trägt als Konsumentenregion Verantwortung für die
686 Auswirkungen der Nachfrage nach Drogen. Wir wollen deshalb, dass die Europäische Union sich
687 auf der Ebene der Vereinten Nationen dafür einsetzt, dass der Drogenkrieg beendet wird.
688 Nationale Schritte für eine Reform der Drogenpolitik wie in verschiedenen Ländern
689 Lateinamerikas sollten unterstützt und nicht behindert werden. Die Europäische Union sollte
690 deshalb global eine Reform der Drogenpolitik in den betroffenen Staaten unterstützen, die
691 auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung setzt. Wir
692 fordern eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von
693 Drogen.

694 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 695 • eine globale Reform der Drogenpolitik,
- 696 • eine an den gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von Drogen.

EP-V-01 Kapitel 5: Voranbringen, was uns voranbringt: Innovation, Bildung und Kultur

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-V Europawahlprogramm (Kapitel 5)

1 In atemberaubender Geschwindigkeit greifen der wissenschaftliche und technische Fortschritt
2 aus und immer tiefer in unsere Leben ein. Die Digitalisierung prägt, wie wir arbeiten, wie
3 wir kommunizieren, wie wir denken, wie wir lernen, wie wir reden. Sie stellt die Wirtschaft
4 auf den Kopf und vieles in Frage. Es öffnet sich ein Raum von ungeahnten Möglichkeiten und
5 Herausforderungen: nicht nur, dass Roboter Rasen mähen und Post austragen, sondern auch,
6 dass sie unsere Eltern und Großeltern im Heim pflegen. Dass ferngesteuerte Maschinen die
7 Felder so passgenau düngen, dass keine Nährstoffüberschüsse mehr entstehen. Dass Roboter
8 Kriege führen und über Leben und Tod bestimmen. Neue Konzerne dominieren die Märkte, und
9 ihre handelbare Ware sind unsere persönlichen, intimsten Daten. Aus Forschungen werden neue
10 Techniken. Es entsteht neue Arbeit, alte geht verloren.

11 Vieles klingt verheißungsvoll, anderes scheint unheimlich, aber in jedem Fall ist es eins:
12 fundamental. Es ist deshalb an der Politik, die Veränderungen entlang der europäischen Werte
13 zu gestalten. Das bedeutet, Entwicklungen zu fördern, aber auch zu entscheiden, was man
14 zulassen will und wie Anwendungen zu regulieren sind. Sinnvoll geht das nur auf europäischer
15 Ebene. Wenn wir wissen wollen, nach welchen Kriterien Algorithmen bestimmen, wer wie viel
16 für einen Flug bezahlen muss oder wer in die engere Auswahl für Jobs kommt, dann wird das
17 kaum national möglich sein. Sonst läuft der strengere nationale Standard leer, weil in den
18 Nachbarländern ein niedrigerer gilt, und die in der Regel global agierenden Konzerne lachen
19 sich ins Fäustchen.

20 Europa dagegen ist eine Macht. Wenn die EU will, kann sie die digitale Welt zivilisieren.
21 Sie muss aus unserer Sicht Regeln für die Haftung von Maschinen schaffen, für die
22 Transparenz und Überprüfbarkeit von Algorithmen, sie muss die Diskriminierung durch
23 Suchmaschinen, Filter und Co. verbieten. Andererseits gilt es, die Chancen, die sich auftun,
24 wirklich zu nutzen: Schlüsseltechnologien fördern und den Nährboden für Start-ups schaffen.
25 Ein schlagkräftiges neues Forschungsprogramm auflegen, damit neue Ideen und
26 Zukunftstechnologien schneller marktreif werden und der Technologietransfer in die Praxis
27 beschleunigt wird. An neu zu gründenden europäischen Universitäten Wissen bündeln und so die
28 Innovationskraft vervielfachen.

29 Und für all das gilt: Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung, genauso von Kunst muss
30 garantiert sein. Kultur und Kreativität müssen sich frei entfalten können, was angesichts
31 des Drucks, unter dem Kulturschaffende in Ländern wie Ungarn stehen, keine
32 Selbstverständlichkeit mehr ist.

33 Bildung ist dabei der Schlüssel, damit wir für die rasanten Änderungen gewappnet sind. Das
34 gilt für Kinder und Jugendliche genauso wie für Erwachsene. Wir wollen ein Recht auf
35 Weiterbildung und lebenslanges Lernen EU-weit verankern. Schüler*innen, Auszubildende und
36 Student*innen sollen Europa konkret erfahren können. Dafür etwa wollen wir das europäische
37 Erasmus-Programm massiv ausbauen, damit Europa nicht nur für Akademiker erlebbar wird. So
38 schaffen wir ein Europa als Raum der Kreativität und Innovation, ein Europa, das auf der
39 Höhe der Zeit ist und die Entwicklungen steuert, statt ihnen hinterherzulaufen.

40 **5.1 Die Digitalisierung zum Wohl der Menschen steuern**

41 Die Digitalisierung kann uns helfen, effizienter und damit ökologischer zu handeln,
42 Informationen leichter zu verbreiten und mehr Transparenz herzustellen. Wir wollen den
43 digitalen Wandel demokratisch, ökologisch und sozial gestalten. Wir wollen die Chancen
44 ergreifen, um Arbeit zu erleichtern, Krankheiten zu heilen, Verkehrsunfälle zu vermeiden und
45 Bildungschancen zu erhöhen, und Innovationen fördern.

46 Als Grüne haben wir in Europa mit der Datenschutzgrundverordnung, die wir maßgeblich mit auf
47 den Weg gebracht haben, einen internationalen Standard gesetzt und schon viel erreicht.
48 Bürger*innen müssen sich selbstbestimmt im digitalen Raum bewegen können. Das heißt vor
49 allem, über die eigenen Daten zu bestimmen.

50 Beim Datenschutz und bei der Daten- und der IT-Sicherheit kann Europa mit einheitlichen
51 Sicherheitsnormen voranschreiten und somit Wettbewerbsvorteile durch eine an unseren
52 Grundrechten orientierte Digitalpolitik erreichen. Gerade angesichts der zunehmenden
53 Bedeutung des „Internets der Dinge“ sind höchste Sicherheitsstandards essenziell, denn neue
54 digitale Angebote und Innovationen werden nur dann genutzt, wenn die Menschen ihnen auch
55 vertrauen.

56 Die Digitalisierung trifft auf eine Wirtschaft, in der mit ökologischen Langzeitschäden,
57 Investitions- und Nachfrageschwäche, zu starker Konzentration von Vermögen und zu großem
58 Ressourcen hunger einiges im Argen liegt. Insbesondere die Plattformökonomie mit ihren
59 Netzwerkeffekten schafft zunehmend Monopole und geschlossene Strukturen. Wir wollen Ordnung
60 in dieses System bringen. Dafür brauchen wir mehr Investitionen, damit unsere Wirtschaft
61 krisenfester und dynamischer wird. Dafür brauchen wir eine öffentliche Hand, die auch
62 gegenüber Konzernen durchgreifen kann, um für fairen Wettbewerb, den Schutz der
63 Verbraucher*innen und den Erhalt öffentlicher Güter zu sorgen.

64 *Mit Digitalisierung Ökonomie und Ökologie zusammenführen*

65 Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter zusammenzuführen. Sie
66 schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Mit Videokonferenzen lässt
67 sich Teamarbeit weltweit vernetzen und damit der CO₂-Ausstoß durch Reisen reduzieren. Mit
68 intelligenten Stromnetzen und intelligent vernetzten Transportsystemen können wir unseren
69 Energieverbrauch reduzieren. Intelligente Stromnetze („smart grids“) und Zähler („smart
70 meters“) beschleunigen die Energiewende, und mit Carsharing und einer intelligenten
71 Verkehrssteuerung bringen wir die Verkehrswende voran. Dafür wollen wir ein europäisches
72 Förderprogramm, das sich exklusiv dem ökologischen Potenzial der Digitalisierung widmet und
73 die Ökoeffizienz in Unternehmen fördert.

74 Die Digitalisierung kann also zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beitragen.
75 Gleichzeitig frisst sie aber auch Ressourcen und Energie. So werden wertvolle Rohstoffe
76 zunehmend für die Digitalisierung gebraucht und der Energiebedarf für digitale Prozesse
77 wächst jedes Jahr massiv. Expert*innen zufolge wird der digitale Energiebedarf 2040 die
78 weltweite Energieproduktion übersteigen, falls nicht umgesteuert wird. Deswegen wollen wir
79 prüfen, wie für energieintensive Prozesse, zum Beispiel die Blockchain, die Entwicklung
80 ökologischer Alternativen auf europäischer Ebene gefördert werden kann.

81 Wir wollen als Teil der europäischen Energiewende energiearme IT-Technik voranbringen und
82 eine europäische „Green IT“-Strategie auflegen. Diese Strategie soll die Forschung und
83 Entwicklung von ultraeffizienten Chips fördern und die europäische Halbleiterindustrie –
84 eine technologische Schlüsselbranche – in Richtung Nachhaltigkeit stärken. Darüber hinaus
85 setzen wir uns für „Green IT“-Kriterien bei der öffentlichen Vergabe und ein Label für
86 energieeffiziente, nachhaltige Rechenzentren ein. Gerade die europäische Verwaltung soll in
87 Zukunft „Green IT“-Systeme nutzen. Damit Fortschritte bei der Energie- und
88 Ressourceneffizienz von digitalen Technologien eine größere Verbreitung finden, wollen wir

89 vor allem Open-Hardware- und Open-Software-Lösungen unterstützen. Zahlreiche Projekte in
90 diesen Bereichen haben gezeigt, wie der Energieverbrauch und damit auch die Kosten gesenkt
91 werden können.

92 *Digitalen Wandel in der Wirtschaft entschlossen vorantreiben*

93 Europas Industrie steht mitten in einem bahnbrechenden Umbruch: Neue Technologien und
94 Innovationen fassen Fuß, neue Märkte entstehen und neue Wettbewerber treten auf. In
95 zahlreichen Zukunftstechnologien, wie der künstlichen Intelligenz oder autonomen Systemen,
96 befinden wir uns in einer Aufholjagd gegenüber anderen Weltregionen. Nur gemeinsam, mutig
97 und visionär kann Europa innovationsstärker werden.

98 Wir wollen, dass Europa kleine und mittlere Unternehmen und das Handwerk bei der
99 Digitalisierung unterstützt, sei es mit Beratungsangeboten oder Förderprogrammen.

100 Auch wollen wir, dass die jetzt schon an vielen Stellen etablierten und kommenden
101 Möglichkeiten der digitalisierten Arbeitswelt für mehr Freiheit der Arbeitnehmerinnen und
102 Arbeitnehmer genutzt werden. Die digitale Arbeitswelt birgt aber auch Fallen: Unfreiwillige
103 Mehrarbeit, dauernde Verfügbarkeit und ständige digitale Leistungskontrolle werden
104 einfacher. Es braucht daher einen guten digitalen Arbeitsschutz für Beschäftigte und
105 Selbständige – sowohl gesetzlich wie tariflich. Dienstleistungsplattformen müssen sich ihrer
106 Verantwortung bei den Arbeitsbedingungen, der Mitbestimmung und der Entlohnung stellen. Um
107 Menschen eine Perspektive zu bieten, deren Arbeitsplatz im Zuge der Digitalisierung
108 wegfällt, wollen wir europäische Aus- und Weiterbildungsprogramme stärken. Dazu möchten wir
109 das Recht auf Weiterbildung europäisch verankern.

110 Wir wollen die Freiheit im Netz erhalten und gleichzeitig dafür sorgen, dass Künstler*innen
111 und Kulturschaffende für ihre Arbeiten vergütet werden. Statt einer automatischen Löschung
112 bzw. Filterung von Inhalten wollen wir ein digitales Urheberrecht, bei dem diejenigen, die
113 mit den Werken anderer Geld verdienen, diese auch angemessen dafür bezahlen. Illegale
114 Plattformen, die Filme, Texte, Fotos oder Musik anbieten, oft mit weiteren Fallen für die
115 Besucher*innen, sollen gelöscht werden – und nicht die Nutzer*innen mit zum Teil absurden
116 Forderungen abgemahnt werden. Auch Plattformanbieter, die mit der Attraktivität von
117 Kulturleistungen Geschäfte – etwa mittels Werbung – machen, müssen die Künstler*innen
118 entschädigen. Entsprechend soll ein Vergütungssystem entwickelt werden, das Klick-, Besuchs-
119 und Downloadzahlen vergütet, ohne dass dabei die Nutzer*innen selbst überwacht werden. Wir
120 übertragen so die Rechtsnormen der analogen Welt in die digitale. Es braucht ein
121 zukunftsfähiges Künstlervertragsrecht, bei dem die Kulturschaffenden selbst über die
122 Bedingungen ihrer Vergütung mitentscheiden können und nebenbei auch alternative
123 Vertriebswege gehen können. So erhalten wir die Remix-Kultur im Internet, hören auf,
124 Nutzer*innen zu kriminalisieren, und sichern Künstler*innen eine Vergütung für ihre
125 Leistungen.

126 Europäische Forschungsprogramme wollen wir stärken, um bahnbrechende digitale Technologien
127 zu entwickeln. Gerade bei der Unterstützung von künstlicher Intelligenz (KI) wollen wir
128 gesamteuropäisch vorgehen. Deswegen setzen wir uns für ein europäisches Zentrum für
129 künstliche Intelligenz ein.

130 Europa soll Vorreiterin im Datenschutz bleiben. Auf der Basis der Datenschutzgrundverordnung
131 (DSGVO) wollen wir deshalb innovative und datenschutzfreundliche Unternehmen als digitales
132 Alleinstellungsmerkmal Europas fördern und „Privacy by Design“ und „Data Protection made in
133 Europe“ zum Wettbewerbsvorteil machen. Dazu gehören Investitionen in technische
134 Datenschutzforschung und Anonymisierungstechnologien, insbesondere im Zusammenhang mit „Big
135 Data“ und Algorithmen. Die öffentliche Hand muss bei der IT-Sicherheit Vorreiter sein. Wir

136 wollen sichere europäische Cloud-Lösungen fördern und Vertrauen stärken, indem Unternehmen
137 zu regelmäßigen Sicherheitsupdates verpflichtet werden.

138 Nicht nur im Datenschutz braucht es einen gesamteuropäischen Ordnungsrahmen, sondern auch
139 für die von uns Verbraucher*innen genutzten Plattformen. Es soll möglich werden, zwischen
140 den verschiedenen Plattformen und Messenger-Apps wie Threema und WhatsApp zu kommunizieren.
141 Denn es ist äußerst unpraktisch, wenn die Menschen zig unterschiedliche Apps benötigen, um
142 mit verschiedenen Freund*innen in Kontakt zu treten. Außerdem müssen Nutzer*innen, die die
143 Plattform wechseln, künftig ihre Daten mitnehmen können. Auch digitale Unternehmen können
144 und müssen im Sinne der Nutzerinnen und Nutzer reguliert werden.

145 Damit Unternehmen und Verbraucher*innen von der Digitalisierung profitieren können, braucht
146 Europa eine flächendeckende digitale Infrastruktur. Ohne sie wird es keinen vollendeten
147 europäischen digitalen Binnenmarkt geben. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und 5G-
148 Mobilfunk gibt es Investitionslücken von hunderten Milliarden Euro. Deswegen setzen wir uns
149 für eine europäische Investitionsoffensive in die digitale Infrastruktur und für eine
150 Verbreitung öffentlicher WLAN-Netze ein.

151 Wir wollen, dass Investitionen aus Nicht-EU-Ländern durch eine Prüfung der Belange von
152 Sicherheit und der öffentlichen Ordnung („investment screening“) kritisch überprüft und ggf.
153 untersagt werden können.

154 *Digitalisierung und Gleichheit: Schutz vor Diskriminierung*

155 Große Fortschritte bei den digitalen Technologien und der Automatisierung stellen uns als
156 europäische Gesellschaft vor grundlegend neue Fragestellungen. In China sehen wir zum
157 Beispiel, wie digitale Technologien zur Massenüberwachung genutzt werden.

158 Immer stärker beruhen diese Technologien auf Algorithmen und künstlicher Intelligenz, die
159 zunehmend Entscheidungen für und über die Bürgerinnen und Bürger treffen. Wir Grünen wollen
160 möglicher Diskriminierung durch Algorithmen vorbeugen und verhindern, dass bestehende
161 gesellschaftliche Ungerechtigkeiten durch selbstlernende Systeme verstetigt werden. Zum
162 Beispiel ändern sich Preise für Flüge oder Einkäufe im Internet nutzerspezifisch. Wir wollen
163 die ethischen Implikationen neuer Technologien stärker erforschen und politisch
164 berücksichtigen. Wir wollen auf Europaebene rechtlich verankern, dass Algorithmen, die
165 automatisierte Entscheidungen über Menschen treffen, generell überprüfbar gemacht werden.
166 Wir fordern spezialisierte Schiedsstellen und ein erweitertes Verbandsklagerecht, um den
167 Schutz vor algorithmischer Diskriminierung zu gewährleisten. Gerade die europäischen
168 Antidiskriminierungsstellen müssen diesbezüglich stärker ausgestattet werden.

169 Es stellen sich aber auch Fragen, wie wer für eine Fehlentscheidung haftet, die durch einen
170 Algorithmus getroffen wurde. Die Diskussion über einen ethischen Rahmen für Roboter und
171 künstliche Intelligenz ist deshalb wahrscheinlich eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Wir
172 begrüßen, dass es seit kurzem eine europäische Expertenkommission gibt, die sich mit
173 grundsätzlichen ethischen und rechtlichen Fragen bezüglich Algorithmen, künstlicher
174 Intelligenz und digitalen Innovationen auseinandersetzt. Auch für andere autonome Systeme,
175 ob im Bereich der Mobilität, der Arbeit oder beim Militär, muss eine europäische
176 Digitaletik entwickelt werden. Wir fordern, dass diese Kommission konkrete Vorschläge für
177 einen Rechtsrahmen entwickelt.

178 Für uns als Grüne ist es jedoch noch wichtiger, dass die Diskussion um eine neue
179 Digitaletik als gesamtgesellschaftliche Debatte geführt wird. Wir wollen, dass die
180 Europäische Union bei dieser Frage innovativ vorgeht und nach dem Vorbild der irischen
181 „convention on the constitution“ Bürger*innen der EU auswählt, die die Fragen einer neuen
182 Digitaletik diskutieren und Vorschläge für eine neue Digitaletik für das Europäische
183 Parlament machen. Damit kann eine gute gesamtgesellschaftliche Debatte begonnen werden.

184 *Digitalisierung und Freiheit: soziale Medien sozial machen*

185 Wir als Grüne wollen erreichen, dass digitale Technologien das alltägliche Leben aller
186 Europäer*innen vereinfachen und den Menschen einen leichteren Zugang zu Informationen
187 ermöglichen.

188 Mit Facebook, Twitter und Co. ist ein digitaler öffentlicher Raum entstanden. Lange Zeit war
189 damit ein Optimismus verbunden, dass der einzelne Mensch durch die sozialen Medien nicht
190 mehr bloßer Informations-Empfänger, sondern auch Sender und Multiplikator von Informationen
191 werden kann und so mehr Freiheit und Aufklärung erreicht wird. In Diktaturen und Autokratien
192 bieten in der Tat verschiedene internetbasierte Anwendungen Oppositionellen die Chance, sich
193 zu vernetzen und Inhalte zu verbreiten, die in der kontrollierten Presse verschwiegen
194 werden.

195 Auf der anderen Seite müssen wir aber feststellen, dass die digitale Welt von Diktaturen und
196 autoritären Regimes zur Festigung ihrer Herrschaft genutzt wird. Hass, Lügen und
197 Unwahrheiten verbreiten sich so leicht wie nie. Auch die völkisch-nationalistische Rechte
198 organisiert und koordiniert sich über Social Media und nutzt Online-Plattformen für ihre
199 Hetze gegen Antifaschist*innen, demokratische Politiker*innen, Geflüchtete und Minderheiten.
200 Die Verifikation und Filterung von Quellen und Informationen durch professionelle
201 Journalist*innen entfällt, wenn Nutzer*innen alles einfach direkt in sozialen Medien
202 verbreiten. Durch die Macht der Lügen und Unwahrheiten bröckelt der gesellschaftliche
203 Zusammenhalt. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir den investigativen Journalismus genauso
204 stärken wie die Medienbildung in Schule und Weiterbildung, damit sich Bürgerinnen und Bürger
205 kritisch mit den Wirkungsweisen und Dynamiken sozialer Medien auseinandersetzen können.

206 Gleichzeitig braucht es europäische Regeln für soziale Medien. Da sie eine neue digitale
207 Öffentlichkeit geschaffen haben, können wir die Definition, was auf den Plattformen erlaubt
208 ist und was nicht, nicht alleine den Betreiber*innen überlassen, sondern müssen dies
209 politisch regeln. Bis heute ist völlig unklar, nach welchen Kriterien manche Algorithmen
210 Inhalte anzeigen und wem was gezeigt wird. Das ist intransparent und verhindert einen
211 selbstbestimmten Umgang mit dem Internet.

212 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 213 • ein Verbot von Diskriminierungen durch Algorithmen und eine Verpflichtung zu deren
214 Transparenz,
- 215 • den europaweiten Ausbau digitaler Infrastruktur,
- 216 • Regeln für soziale Medien, damit wir Hass und Hetze wirksam entgegentreten können.

217 **5.2 Europäische Forschung fördern und Start-ups stärken**

218 Forschung und Entwicklung bilden die Basis, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen
219 und unser Leben noch lebenswerter zu gestalten. Ein vertiefter, dynamischer und weltoffener
220 Forschungsraum in Europa ist von zentraler Bedeutung.

221 Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich die Europäische Union zum Ziel gesetzt, weltweit
222 führender Innovations- und Forschungsstandort zu werden. Bisher bleibt dieses Ziel
223 unerreicht. Vielmehr konnten die USA ihre Führungsrolle behaupten und China konnte die EU
224 bei der Höhe der Investitionen in Forschung und Entwicklung überholen. Dies spiegelt sich in
225 der Entwicklung neuer Technologien wider.

226 Wir wollen Europa als Forschungs- und Entwicklungsregion unterstützen. Besonders im Bereich
227 der Digitalisierung und Robotik, der Biotechnologie und Nanotechnologie finden derzeit

228 rasante Entwicklungen statt, und Europa muss aufpassen, weltweit den Anschluss nicht zu
229 verlieren.

230 Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist ein zentraler Wert demokratischer
231 Verfassungen. Ihre Grenzen liegen in der Menschenwürde, bei tierethischen Prinzipien und
232 dort, wo hohe Umweltrisiken entstehen. Welche Erkenntnisse und Ergebnisse wir nutzen wollen,
233 muss immer gesellschaftlich verhandelt werden. Die europäische Forschungslandschaft besteht
234 heute noch zu sehr aus einem Flickenteppich nationaler Forschungsprogramme, ineffizienten
235 Doppelungen und einer massiven Spaltung zwischen forschungsstarken und forschungsschwachen
236 Mitgliedstaaten. Und das in einer Zeit, in der angesichts der zahlreichen globalen
237 Herausforderungen sowie des Drucks populistischer Kräfte auf die Wissenschaftsfreiheit mehr
238 internationale und europäische Zusammenarbeit dringend notwendig ist. Einzelnen für sich haben
239 die Mitgliedstaaten nicht die finanzielle Durchschlags- und internationale Strahlkraft
240 entwickelt, die es im globalen Wettlauf der Innovationen braucht. Dafür benötigt es einen
241 ganzheitlichen Ansatz. Noch immer wird das selbstgesetzte Ziel, 3 % des BIP für Forschung
242 und Entwicklung zu investieren, verfehlt. Noch immer werden Forschungsmilliarden in den
243 Kernfusionsreaktor ITER fehlgeleitet. Noch immer scheitern viele kleine und mittlere
244 Unternehmen an einer Teilnahme an den EU-Forschungsprogrammen, weil die Hürden zu hoch, zu
245 kompliziert, zu bürokratisch sind. Und noch immer bleiben viele gute Ideen aus der
246 Spitzenforschung auf der Strecke oder werden in anderen Regionen zu Geld gemacht, weil sie
247 nicht in den Markt umgesetzt werden.

248 *Ein neues Forschungsprogramm ab 2020*

249 Der Zeitpunkt, um dies zu ändern, ist genau richtig. Das aktuelle europäische
250 Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ läuft aus. Jetzt können wir ein schlagkräftiges
251 Nachfolgeprogramm auf die Beine stellen, das die europäische Forschungslandschaft vernetzt,
252 Schlüsseltechnologien fördert, den Nährboden für innovative Start-ups schafft und die
253 angewandte Forschung und Grundlagenforschung stärkt. Forschung muss dabei Hand in Hand mit
254 sozialen Innovationen gehen.

255 Forschungs- und Innovationsförderung soll auf die großen gesellschaftlichen
256 Herausforderungen von Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Ressourcenknappheit bis zur
257 Krebs- und Demografie-Forschung ausgerichtet werden. Das Nachfolgeprogramm „Horizon Europe“
258 muss dafür sorgen, dass neue Ideen schneller marktreif werden und der Technologietransfer in
259 die Praxis beschleunigt wird. Für umweltverträgliche Zukunftstechnologien wollen wir die
260 Markteinstiegsphase beschleunigen. Die Umwidmung ziviler Forschungsmittel für die
261 Rüstungsforschung lehnen wir strikt ab.

262 Forschung wird aber nicht nur durch bessere materielle Ausstattung attraktiv, sondern auch
263 durch ein attraktives Umfeld und soziale Faktoren, wie eine gute Kinderbetreuung. Wir wollen
264 in allen EU-Mitgliedsländern faire statt prekäre Karrierewege für Wissenschaftler*innen
265 schaffen, damit sie uns erhalten bleiben. Echte Wissenschaftsfreiheit setzt eine solide
266 Grundfinanzierung voraus, so dass nicht nur für Unternehmen lukrative Forschungsgebiete
267 bestehen, sondern auch Grundlagen- und kritische Forschung langfristig in der EU eine Heimat
268 haben: Das muss durch die Förderpolitik gesichert werden.

269 *Schutz für bedrohte Wissenschaftler*innen*

270 Mit großer Sorge sehen wir, dass international zunehmend politischer Druck auf
271 Wissenschaftler*innen ausgeübt wird. Die Wissenschaftsfreiheit ist ein demokratisch
272 verbrieftes Grundrecht. Wenn in der Türkei mehrere tausend Wissenschaftler*innen aus
273 politischen Gründen entlassen oder verhaftet werden, wenn in Ungarn Universitäten bedroht
274 werden, dann ist das eine dramatische Abkehr von der Wissenschaftsfreiheit. Wir setzen uns
275 dafür ein, dass Wissenschaftler*innen, die wegen ihrer Tätigkeit verfolgt werden und ihr

276 Land verlassen müssen, in der EU Schutz finden und ihre Forschung frei fortführen können. Es
 277 ist daher unser Ziel, dass die EU einen europäischen „Fonds für verfolgte
 278 Wissenschaftler*innen“ einrichtet, aus dem Forschungsaufenthalte an Universitäten,
 279 Hochschulen und weiteren Forschungseinrichtungen für solche Gastwissenschaftler*innen
 280 finanziert werden können. In mehreren grün mitregierten Bundesländern haben wir mit einem
 281 solchen Fonds schon erste Erfolge erzielt. Zudem kommt dadurch auch neue, inspirierende
 282 wissenschaftliche Expertise nach Europa. Dies stärkt den Wissenschaftsstandort, aber auch
 283 den Ruf und das Ansehen Europas als Kontinent des politisch gelebten Humanismus.

284 *Rückenwind für Start-ups*

285 Gerade den Pionieren – den Start-ups – wollen wir Rückenwind geben und dafür sorgen, dass
 286 sie mit frühzeitigen Finanzierungsprogrammen und Infrastruktur unterstützt werden.
 287 Insbesondere Frauen wollen wir bei der Gründung von Unternehmen und bei der
 288 Forschungsförderung unterstützen. Für die erfolgversprechendsten Start-ups fordern wir einen
 289 „Europäischen Startup Pass“. Dieser soll ihnen die Möglichkeit geben, an allen europäischen
 290 und nationalen Start-up-Förderprogrammen teilzunehmen und Unterstützung durch sogenannte
 291 Inkubatoren, also Einrichtungen, die sie auf dem Weg in die Selbständigkeit begleiten, zu
 292 erhalten. Sie sollen außerdem breite Unterstützung durch Informationen und Beratung zur
 293 Rechtslage und zu Patenten bis hin zu vereinfachten Visa für ausländische Mitarbeiterinnen
 294 des Start-ups bekommen. Um die europäische Start-up-Landschaft weiter zu fördern und zu
 295 stärken, wollen wir auch mit den Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung
 296 dafür sorgen, dass in jedem EU-Mitgliedsland ein One-Stop-Shop für Start-ups mit
 297 niedrigschwelliger Beratung verfügbar ist. Diese niedrigschwelligen Beratungen wollen wir
 298 untereinander vernetzen, damit die europäische Start-up-Szene weiter zusammenwächst. Jungen
 299 Menschen wollen wir durch ein Förderprogramm für Start-ups dabei helfen, Jobs zu schaffen,
 300 wo kaum noch welche zu finden sind.

301 Auch erfolgversprechende nichteuropäische Start-ups wollen wir für Europa gewinnen. Dafür
 302 fordern wir ein „Europäisches Startup Visum“, ähnlich dem französischen „Tech Ticket“. Neben
 303 dem Visum sollen ausländischen Start-ups auch Beratungsangebote und finanzielle
 304 Unterstützung angeboten werden, damit sie sich in Europa ansiedeln.

305 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 306 • ein neues Forschungsprogramm, das angewandte und Grundlagenforschung gleichsam in den
 307 Blick nimmt,
- 308 • Wissenschaftsfreiheit und den Schutz von bedrohten Wissenschaftler*innen,
- 309 • eine Gründerförderung durch einen Start-up-Pass und durch Start-up-Visa.

310 **5.3 Bildung europäisch leben**

311 Wir wollen grenzüberschreitende Bildungsangebote. In einem anderen europäischen Land die
 312 Schule zu besuchen, zu studieren oder eine Ausbildung oder Praktika zu machen, dort zu leben
 313 und zu lernen, hat heute schon für Millionen Menschen die europäische Gemeinschaft konkret
 314 erfahrbar gemacht. Wenn der Austausch über nationale Grenzen hinweg zu einem
 315 selbstverständlichen Bestandteil der Bildungsbiografie aller Unionsbürger*innen wird, ist
 316 ein wichtiger Schritt zur Stärkung der europäischen Gemeinschaft geschafft. Bisher reicht
 317 der Horizont von Bildungspolitik jedoch viel zu oft nur bis zur Landes- oder Staatsgrenze.
 318 Bildungserfahrungen im Ausland sind viel zu oft noch ein Privileg für Akademiker*innen und
 319 Menschen mit guten Einkommen.

320 Wir wollen auf der europäischen Ebene in allen Bildungsbereichen die Vernetzung und
 321 gemeinsame Arbeit in Projekten der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ fördern. So

322 erreichen wir, dass sich viele aktiv an der Gestaltung einer ökologisch verträglichen,
323 wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Gesellschaft beteiligen und somit das
324 Zusammenleben in Europa gestärkt wird.

325 *Jugendfreiwilligendienst in Europa garantieren*

326 Wir stehen für ein Europa der engagierten Zivilgesellschaft. Wir wollen das große Engagement
327 gerade von jungen Europäerinnen und Europäern in der Gesellschaft für und mit anderen
328 fördern und unterstützen.

329 Allen jungen Menschen in Europa, die sich für die Gesellschaft in Form eines freiwilligen
330 Dienstes für ein Jahr engagieren möchten, müssen dies auch können. Deswegen setzen wir uns
331 für eine europaweite Garantie ein. Sowohl der europäische als auch die nationalen Dienste
332 müssen so ausfinanziert sein, dass auch Jugendliche aus Elternhäusern mit geringem Einkommen
333 diese Möglichkeit nutzen können. Dafür wollen wir 1 Million Plätze im europäischen
334 Freiwilligendienst schaffen und über Erasmus+ hinaus zusätzliche europäische Mittel zur
335 Finanzierung einsetzen.

336 *Erasmus für alle*

337 Das europäische Austauschprogramm Erasmus ist ein Markenzeichen und eine der großen
338 Erfolgsgeschichten Europas. Es hat in den 30 Jahren seines Bestehens die Biografien vieler
339 junger Europäer*innen geprägt. Der Freiheitsraum Europa wurde so für Millionen Menschen Teil
340 ihres Lebensgefühls.

341 Wir wollen, dass alle jungen Menschen in der EU unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern und
342 von der Schule, die sie besuchen, während ihrer Schulzeit, Ausbildung oder ihres Studium die
343 Chance haben, an einem Austausch mit dem europäischen Ausland teilzunehmen. Dazu möchten wir
344 das Erasmus-Programm massiv ausbauen, für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende.

345 Beim Schulaustausch wollen wir Erasmus+ einfacher zugänglich machen. Zu detaillierte
346 Voraussetzungen, wie zum Beispiel das Kriterium, dass an dem Austausch junge Menschen aus
347 mehreren Ländern und nicht nur aus zwei Ländern teilnehmen müssen, stellen unnötige Hürden
348 dar. Statt absurd überbürokratisierter Programme wie Move2Learn, Learn2Move, die auf nur ca.
349 5.000 Teilnehmer*innen EU-weit pro Jahr ausgelegt sind, wollen wir breit zugängliche,
350 einfache und pauschalisierte Antrags- und Förderverfahren für Schulen, so dass die Programme
351 wirklich genutzt werden können.

352 Nach wie vor erreichen die Angebote zu wenige Azubis und junge Arbeitnehmer*innen. Dabei
353 sind Auslandspraktika in der beruflichen Aus- und Weiterbildung eine hervorragende
354 Möglichkeit, interkulturelle und zusätzliche fachliche Kompetenzen zu erwerben. Hier geht
355 also noch mehr: Wir wollen das Informationsangebot verbessern, Antrags- und
356 Anerkennungsverfahren einfacher gestalten und passgenaue Unterstützungsangebote einrichten.

357 Das bisherige Ziel der EU, der Hälfte eines Jahrgangs von Studierenden einen
358 Auslandsaufenthalt in einem anderen europäischen Land zu ermöglichen, wurde noch nicht
359 erreicht. Um in die Welt zu gehen, braucht man eine soziale Absicherung. Daher wollen wir
360 Risiken und Barrieren, die der Mobilität von Studierenden im Wege stehen, ausräumen und eine
361 soziale Staffelung der Erasmus-Unterstützung verbindlich machen. Sie kann für weniger
362 wohlhabende Studierende bis zu einem Vollstipendium reichen.

363 *Eine europäische Gesellschaft braucht Europäische Universitäten*

364 Wir Grünen unterstützen die Idee der Gründung Europäischer Universitäten. Hochschulen sind
365 eine europäische Erfindung, sie prägen Geistesleben, Wissenschaft und Kultur unseres
366 Kontinents seit Jahrhunderten. Aufgabe einer Europäischen Universität ist es, eine ganz
367 Europa umfassende wissenschaftliche Bildung zu verankern und die Verknüpfung bislang

368 national geprägter Wissenschaftsdisziplinen zu fördern. In Lehre und Forschung bündelt sie
369 vorhandene Kräfte und Kompetenzen mit dem Anspruch, zu den besten Hochschulen der Welt zu
370 gehören.

371 Institutionelles Vorbild bzw. Kern für Europäische Universitäten können das Europäische
372 Hochschulinstitut in Florenz, die Europa-Universität Viadrina oder bestehende Kooperationen,
373 wie zum Beispiel der Hochschulverbund Eucor – The European Campus – sein. Dort arbeiten fünf
374 Universitäten am Oberrhein bereits seit Jahrzehnten zusammen und kooperieren in vier
375 strategisch bedeutenden Forschungsschwerpunkten.

376 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 377 • Ausbau des europäischen Freiwilligendienstes,
- 378 • Erasmus-Programm für alle,
- 379 • Europäische Universitäten,
- 380 • sozial-ökologische Bildungsprogramme.

381 **5.4. Europas Kulturreichtum mehren**

382 Wir wollen europaweit die Investitionen in Kultur und Kunst ausweiten und den
383 Kulturaustausch zwischen Europa und der Welt fördern.

384 Europa hat in seiner wechselhaften und oft dramatischen Geschichte ein kulturelles
385 Verständnis ausgeprägt, das weit über seine Grenzen hinaus eine hohe Anziehungskraft
386 entfaltet. Die Dichte der Theaterlandschaft, seine vielfältige Musik, bildende Kunst und
387 Literatur, seine Museen, Bibliotheken und Architektur formen in ihrem historischen
388 Bewusstsein und in immer wieder neuen Gestaltungen kulturelle Bezugspunkte in unseren
389 Städten und Gemeinden. Wir wollen eine europäische Kulturpolitik, die die vielen regionalen
390 kulturellen Ausprägungen seiner 500 Millionen Bewohner*innen lebendig hält. Gleichzeitig
391 wollen wir die Idee einer gemeinsamen Kultur durch die Reflexion der europäischen Aufklärung
392 und die wechselseitige Neugier auf kulturelle Werte der Nachbarn durch eine Förderung
393 grenzüberschreitender Kulturprojekte auch mit anderen Regionen dieser Welt fördern. Eine
394 lebendige Kulturpolitik, die Vielfalt und Innovation zulässt und fördert, ist eine wichtige
395 Grundlage zur Weiterentwicklung der Demokratie in Europa.

396 Wir wollen den europäischen Film – vor allem regionale Produktionen – stärken, durch
397 Filmförderung künstlerische Qualität befördern und den Vertrieb europäischer Filme und die
398 Entwicklung qualitativ hochwertiger Computerspiele stärker unterstützen.

399 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 400 • europaweite Investitionen in Kultur und Kunst,
- 401 • die Förderung des europäischen Kulturaustauschs,
- 402 • die Förderung des europäischen Films,
- 403 • die Förderung der europäischen Computerspiel-Entwicklung.

EP-E-01 Kapitel 6: Ermöglichen, was vor Ort am besten gelingt: Europa der Regionen und Kommunen

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-E Europawahlprogramm (Kapitel 6)

1 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt in ihrer Vielfalt. Diese Vielfalt wird durch die
2 europäische Gründungsidee geschützt. Die EU will keine übergeordnete Zentralmacht sein,
3 sondern Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen zu einem friedlichen und fruchtbaren
4 Miteinander befähigen. Sie sollen ihre jeweils eigenen demokratischen
5 Entscheidungsspielräume behalten. Wir wollen, dass auch in Zukunft die politischen
6 Entscheidungen dort verwirklicht werden, wo sie am besten gelingen: in den Dörfern und
7 Städten.

8 Die Kommunen sind das Fundament der Europäischen Union. Hier organisieren die Bürger*innen
9 ihr Zusammenleben im Alltag, hier wirkt europäische Politik unmittelbar, hier kann der
10 Grundstein für mehr Europa gelegt werden. Hier findet Europa jeden Tag statt.

11 Es ist deshalb richtig, dass so viele Entscheidungen wie möglich auf kommunaler Ebene
12 getroffen werden. Das Subsidiaritätsprinzip – also Entscheidungen möglichst bürgernah zu
13 treffen – ist die Grundlage für ein erfolgreiches Europa. Das bedeutet aber auch, dass
14 Europa da unterstützend wirken soll, wo Kommunen an ihre Grenzen stoßen.

15 Nicht alles in Europa muss gleich gemacht werden. Und nicht jeder Lebensbereich soll
16 reguliert werden. Der europäische Binnenmarkt ist eine wichtige Errungenschaft, aber die
17 Umsetzung seiner Wettbewerbsregeln darf nicht dazu führen, dass Kommunen zum Beispiel zur
18 Privatisierung der öffentlichen Güter gezwungen werden. Wir wollen die Selbstbestimmung der
19 Regionen und Kommunen über ihre Kultur und die Daseinsvorsorge erhalten.

20 Wenn EU und Kommune Hand in Hand arbeiten, kann wirklich etwas für die Bürger*innen
21 verbessert werden. Beispielsweise kümmert die EU sich darum, dass grenzüberschreitender
22 Verkehr funktioniert, und die Kommune gestaltet den örtlichen Busfahrplan. Diese Prozesse
23 müssen ineinandergreifen und funktionieren, denn Europa lebt von der Verständigung und dem
24 Austausch über Grenzen hinweg. So entsteht ein europäisches Gemeinschaftsgefühl. Bereits
25 jetzt gibt es eine europäische Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Metropolregionen, die
26 Brücken nicht nur zwischen Ländern und Kommunen entstehen lässt, sondern vor allem auch
27 zwischen den Menschen.

28 Der europäische Gedanke verankert sich in den Köpfen der Bürger*innen, wenn sie die Arbeit
29 der EU in den Kommunen erleben, etwa wenn Straßen oder Gebäude mit Förderprogrammen der EU
30 errichtet werden. Wir wollen den Kommunen einen einfachen, direkten Zugang zu den
31 Fördermitteln geben.

32 **6.1 Daseinsvorsorge vor Privatisierung schützen**

33 Eine funktionierende Grundversorgung, also die Bereitstellung von Gütern wie Trinkwasser,
34 aber auch der Zugang zu kulturellen Einrichtungen und die Verfügbarkeit von öffentlichen
35 Dienstleistungen wie der Feuerwehr bilden die Basis unseres gesellschaftlichen
36 Zusammenlebens. Wir wollen nicht, dass beispielsweise das gut funktionierende lokale
37 Wassernetz ein Spekulationsobjekt wird und darunter die Wasserqualität leidet. Eine
38 funktionierende Daseinsvorsorge sichert die Lebensqualität der Bürger*innen und trägt zum
39 sozialen Zusammenhalt bei. Es macht einen Unterschied, ob sich Bürger*innen bei konkreten

40 Problemen an ihre Gemeinde und an ihre gewählten Vertreter*innen wenden können oder in der
41 Warteschleife einer anonymen Firmenzentrale hängen.

42 Die Europäische Union hat eine doppelte Bedeutung für Kommunalpolitik. Sie darf die
43 kommunale Daseinsvorsorge nicht behindern. Es wird aber oft übersehen, dass Europa die
44 Kommunen auch vor Liberalisierungsdruck schützen kann. Das wollen wir stärken und ausbauen.
45 Wo Kommunen und Regionen in eigener Verantwortung über Dienstleistungen der Daseinsvorsorge
46 entscheiden, dürfen ihre Handlungsspielräume nicht eingeschränkt werden. Wir schützen die
47 öffentliche Daseinsvorsorge vor Deregulierung und Privatisierung. Dies gilt auch bei
48 Verhandlungen über EU-Handelsabkommen mit anderen Wirtschaftsräumen, wie CETA mit Kanada
49 oder JEFTA mit Japan. Wir wollen eindeutige Schutzklauseln gegen neue, zusätzliche Risiken,
50 die soziale Dienstleistungen, die Wasserversorgung oder den Bildungsbereich bedrohen können.
51 Das größte Risiko geht von möglichen Investoren aus, die aufgrund von Gewinnerwartungen
52 gegen soziale, gesundheits- oder umweltschützende Standards klagen. Es ist unser Ziel, dass
53 Europa klare und umfassende Ausnahmen für die kommunale Daseinsvorsorge und für öffentliche
54 und soziale Dienstleistungen schafft.

55 *Sozialen Wohnungsbau unterstützen*

56 Bezahlbarer Wohnraum ist in vielen Städten Europas zu einem so knappen Gut geworden, dass
57 Menschen aus innerstädtischen Quartieren verdrängt werden. Das gefährdet den
58 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Europa muss deshalb dazu beitragen, dass Mieten nicht zum
59 Armutsrisiko wird. Diesem Ziel läuft eine Einschränkung der EU-Kommission von 2011 zuwider,
60 wonach die Förderung von Sozialwohnungen nur unter ganz bestimmten restriktiven Kriterien
61 wettbewerbskonform und damit erlaubt ist. Es gibt in den Kommunen aber sehr unterschiedliche
62 Probleme und Lösungsansätze, die nicht nach einem EU-weiten Schema zu bestimmen sind. Diese
63 Einschränkung der EU-Kommission wollen wir aufheben. Europa soll sozialen Wohnungsbau
64 ermöglichen. Er kann zudem aus den Struktur- und Investitionsfonds gefördert werden; die
65 Europäische Investitionsbank unterstützt bereits mit zinsgünstigen Krediten. Diese Programme
66 wollen wir ausbauen und den Zugang für die Kommunen einfacher gestalten.

67 *Wasserversorgung schützen*

68 Wir werden uns weiterhin jedem Versuch entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum
69 Investitionsobjekt für internationale Unternehmen zu machen, wie es zum Beispiel im
70 Handelsabkommen mit Japan (JEFTA) vereinbart wurde. 2013 konnten wir an der Seite der
71 Europäischen Bürgerinitiative Right2Water die Liberalisierungspläne der Europäischen
72 Kommission zurückweisen und eine Ausnahmeregelung für Wasserdienstleistungen im europäischen
73 Vergaberecht durchsetzen. Damit bleiben die Kommunen und Gemeinden zunächst für die
74 öffentliche Daseinsvorsorge bei der Wasserversorgung verantwortlich. Im April 2019 wird die
75 Ausnahmeregelung erneut von der Kommission überprüft. Wir werden uns dafür starkmachen, dass
76 sie in ihrer jetzigen Form erhalten bleibt.

77 *Energie in Bürgerhand*

78 Bürger*innen, Kommunen und Regionen, aber auch regionale Unternehmen und das Handwerk sind
79 entscheidende Akteure der Energiewende. Für eine erfolgreiche und bürgernahe europäische
80 Energie- und Klimapolitik ist ihr Engagement unerlässlich. Wir wollen verhindern, dass die
81 Chancen allein von Großunternehmen und wenigen finanzstarken Investoren genutzt werden – und
82 den Menschen in den Dörfern und Städten dann ohne Beteiligung Großprojekte vor die Nase
83 gesetzt werden. Eine Bürger*innen-Energiewende kann monopolistische und oligopolistische
84 wirtschaftliche Machtstrukturen aufbrechen und Kooperativen, Genossenschaften sowie Kommunen
85 und Regionen die Chance eröffnen, selbst über ihre Energieerzeugung zu bestimmen und davon
86 zu profitieren. So könnten bis 2050 rund 264 Millionen Energiebürger*innen 45 % des
87 Strombedarfs der EU decken.

88 *Verantwortung für den ÖPNV bei den Kommunen*

89 Die Verantwortung für die Organisation des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) soll bei Städten
 90 und Kommunen bleiben. Vorgaben für die Erstellung und Veröffentlichung von Nahverkehrsplänen
 91 helfen den Bürger*innen nicht, und genauso wenig ist es in ihrem Sinne, wenn die
 92 Auftragsvergabe an kommunale Betriebe erschwert wird. Europa sollte sich an dieser Stelle
 93 raushalten. Ein Verordnungs-Vorschlag der EU-Kommission zur Liberalisierung und Öffnung des
 94 Marktes für Verkehrsunternehmen aber zielt in eine andere Richtung. Er nimmt Kommunen und
 95 Regionen dieses wichtige Steuerungselement. Kommunen und Regionen müssen, zum Beispiel als
 96 Betreiber öffentlicher Busbahnhöfe, entscheiden können, inwieweit privaten Busunternehmen
 97 der gleiche Zugang wie öffentlichen Verkehrsunternehmen gewährt wird. Die Rolle der EU muss
 98 sich darauf beschränken, Regeln für Transparenz und fairen Wettbewerb bei Großprojekten
 99 vorzugeben. Im Sinne einer nachhaltigen, umfassenden örtlichen und regionalen
 100 Mobilitätsstrategie, die die Mobilität von Bürger*innen und den Klimaschutz beachtet, ist
 101 eine starke Rolle von Kommunen und Regionen förderlich.

102 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 103 • den Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge,
- 104 • europäische Unterstützung im sozialen Wohnungsbau,
- 105 • den Schutz unseres Trinkwassers vor Privatisierung,
- 106 • öffentlichen Nahverkehr in kommunaler Hand.

107 **6.2 Grenzüberschreitend zusammenleben**

108 Das Herz der EU sind ihre Bürgerinnen und Bürger. Städtepartnerschaften zwischen zwei und
 109 mehr Ländern sorgen seit vielen Jahren dafür, dass sich Menschen näherkommen, über
 110 Landesgrenzen hinweg Freundschaften und gemeinsame Projekte entstehen und der europäische
 111 Gedanke mit Leben gefüllt wird. Wir wollen sie stärken, ihre Erneuerung wo nötig
 112 unterstützen und die europäischen Mittel entsprechend ausbauen. Programme und Fonds für
 113 Kleinprojekte, die die unmittelbare Begegnung europäischer Bürger*innen fördern, wie
 114 Erasmus+, Europa für Bürgerinnen und Bürger, Kreatives Europa und der Europäische
 115 Sozialfonds (ESF) eröffnen Menschen aus unterschiedlichen EU-Staaten die Chance zu
 116 gemeinsamen Aktivitäten und Projekten und helfen somit bei der Herausbildung eines
 117 europäischen Gemeinschaftsgefühls.

118 Europa kann und soll die Förderung von Klein- und Begegnungsprojekten mit niedrigschwelligem
 119 Ansatz verstärken. Wir unterstützen den Vorschlag zivilgesellschaftlicher Organisationen und
 120 des Europaparlaments, das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, aus dem sich lokale
 121 Austauschprojekte finanzieren lassen, auf ein Budget von 1 Euro pro Bürger*in aufzustocken
 122 und es damit mehr als zu verdoppeln.

123 Grenzüberschreitende Metropolregionen (Euregio) und Kommunalverbände (Eurodistrikte) leben
 124 diese europäische Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene vor. In der Euregio Maas-Rhein, die
 125 sich über die belgische, niederländische und deutsche Grenze hinweg erstreckt, lässt sich
 126 beispielsweise schon heute beobachten, dass Kooperation funktioniert. In vielen konkreten
 127 Alltagsfragen sind Euregios und Eurodistrikte Vorreiter für transnationale Lösungen. Dafür
 128 brauchen sie Flexibilität. Sie sollen beispielsweise in die Lage versetzt werden, die
 129 Trägerschaft von grenzüberschreitenden Einrichtungen wie Kindertagesstätten oder
 130 Gesundheitseinrichtungen zu übernehmen und grenzüberschreitenden öffentlichen Nahverkehr zu
 131 betreiben. Dieses Engagement darf nicht durch unnötige bürokratische Hürden blockiert
 132 werden. Bisher ist es so, dass Behörden für solche transnationalen Projekte eine parallele
 133 Zertifizierung durch die EU sowie die Mitgliedstaaten brauchen. Das wollen wir ändern.

134 Zudem soll das Prinzip der „einzigsten Prüfung“ (Single Audit Principle) angewandt und die
135 Prüfung von Verwendungsnachweisen in die Hände professioneller Auditstellen vor Ort gelegt
136 werden. Mit solchen zentralen Anlaufstellen und einer gebündelten Zertifizierung kann Europa
137 den Verwaltungsaufwand für transnationale Projekte deutlich senken.

138 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 139 • mehr Möglichkeiten im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf regionaler
140 und kommunaler Ebene,
- 141 • weniger Bürokratie bei grenzüberschreitenden Kitas und Gesundheitseinrichtungen.

142 **6.3 Förderpolitik neu ausrichten**

143 Vielen Bürgerinnen und Bürgern offenbart sich die EU durch Förderprogramme, etwa wenn sie in
144 ihrem Dorf Schilder entdecken, auf denen der Hinweis steht, dass Gebäude und Projekte durch
145 Mittel der EU finanziert wurden. Ein Drittel des EU-Haushalts, rund 53 Milliarden Euro
146 allein für 2018, werden für Förderprogramme verwendet, die überwiegend in regionale oder
147 lokale Projekte fließen. Diese Struktur- und Kohäsionsfonds sind ein Mittel der EU, um
148 wirtschaftlich schwächere Regionen, beispielsweise durch den Aufbau einer modernen
149 Infrastruktur, zu unterstützen. Ziel dieser Umverteilung ist der Ausgleich regionaler
150 Unterschiede und die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, sowohl
151 innerhalb der Mitgliedstaaten als auch zwischen ihnen. Die Förderpolitik muss die Vielfalt
152 ländlicher Regionen in Europa abbilden und den Regionen bei der Mittelverwendung möglichst
153 viel Entscheidungsfreiheit lassen. Die gezielte Stärkung ländlicher Räume ist auch ein
154 wichtiger Beitrag, den Siedlungsdruck auf die Ballungsräume abzumildern. Regionalfonds
155 bieten den Regionen die Chance, ihre jeweiligen Herausforderungen zielgerichtet anzugehen.
156 Eine zentrale Rolle kommt dabei der regionalen Daseinsvorsorge zu, die wir auch in diesem
157 Aspekt besonders fördern wollen. Wir setzen uns für eine bessere Kombinierbarkeit und
158 Vereinfachung der bestehenden Fördertöpfe auf europäischer, Bundes-, Länder- und regionaler
159 Ebene ein.

160 Wir treten für ein Europa ein, in dem schwächere Regionen besonders gefördert werden, in dem
161 es lebendige ländliche Räume gibt, die von und mit der Landwirtschaft leben, und
162 Naherholungs-, Industrie- oder Dienstleistungsregionen. Europa kann durch seine
163 Förderpolitik dazu beitragen, dass Jugendliche ihren Heimatort nicht verlassen, ältere und
164 andere hilfebedürftige Menschen in ihrem Umfeld die Hilfe bekommen, die sie benötigen, und
165 Bäuerinnen und Bauern im Einklang mit der Natur Landwirtschaft betreiben können. Dafür
166 brauchen wir eine zielgerichtete Förderung, die sich am sozialen Zusammenhalt, an der
167 öffentlichen Infrastruktur und ökologischen Zielsetzungen orientiert. Wir haben uns in der
168 laufenden Förderperiode erfolgreich dafür eingesetzt, dass mehr Mittel für diese
169 Schwerpunkte verwendet werden können.

170 *Zugang zu Fördermitteln vereinfachen und entbürokratisieren*

171 Europäische Fördermittel bieten für Kommunen wie auch für Nichtregierungsorganisationen eine
172 Chance, um zusätzliche, innovative Projekte zu entwickeln. Die Beantragung der Mittel ist
173 jedoch oft zu kompliziert. Dadurch werden manche Antragsteller abgeschreckt und gute
174 Projekte nicht verwirklicht. Für die kommende Haushaltsperiode ab 2020 braucht es daher ein
175 Umsteuern. Der Verwaltungsaufwand der EU-Förderprogramme muss erheblich reduziert werden.
176 Bei der Bewilligung und Prüfung von Förderprogrammen sollte überprüft werden, ob die
177 wesentlichen Ziele des Programms erreicht werden.

178 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 179 • einen vereinfachten Zugang zu EU-Fördermitteln,

- 180 • EU-Förderprogramme, die Armut bekämpfen, Natur und Umwelt schützen und den sozialen
181 Zusammenhalt stärken.

182 **6.4 Städten und Regionen eine Stimme geben**

183 Es ist längst offensichtlich, dass die Umsetzung europäischer Ziele – Umwelt- und
184 Klimaschutz, nachhaltige Stadtentwicklung, Bildung, Armutsbekämpfung und Integration – nur
185 mit aktiver Beteiligung der Kommunen und Regionen sowie zivilgesellschaftlichem Engagement
186 gelingen kann. In vielen Förderprogrammen der EU werden Kommunen unmittelbar einbezogen;
187 eine transnationale Kooperation auf kommunaler Ebene wird häufig ausdrücklich gefördert.
188 Dies ist auch sinnvoll, da der Binnenmarkt und andere EU-Politiken den Handlungsrahmen von
189 Kommunen und Regionen setzen und bestimmen. Trotzdem wird die Frage, ob und wie Kommunen und
190 Regionen oder auch gemeinnützige Organisationen in formelle europäische
191 Entscheidungsprozesse einbezogen werden, oft als innerstaatliche Angelegenheit betrachtet.
192 Dies entspricht aber schon lange nicht mehr ihrer gewachsenen Bedeutung als kulturelle
193 Bezugsebene. Wir setzen uns dafür ein, dass ihre direkte politische Beteiligung gestärkt
194 wird. Kommunen und Regionen müssen regelmäßig in Konsultationen, Anhörungen und Feedbacks in
195 Gesetzgebungsverfahren sowie beim Design von Förderprogrammen, die sie betreffen, einbezogen
196 werden. So können sie ihre Expertise eigenständig einbringen. Es ist wichtig, dass auch
197 weiterhin bei der Gestaltung und Vergabe von Förderprogrammen das Partnerschaftsprinzip zur
198 Anwendung kommt. Durch die gesetzlich sichergestellte Einbindung von lokalen und regionalen
199 Behörden und Nichtregierungsorganisationen in der europäischen Förderpolitik kann garantiert
200 werden, dass deren Know-how berücksichtigt wird.

201 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 202 • ein gesichertes Mitspracherecht von Kommunen, Regionen und Nichtregierungs-
203 organisationen bei europäischen Gesetzgebungsverfahren und Förderprogrammen.